

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

101. Sitzung

Hannover, den 5. März 2021

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:	Julia Willie Hamburg (GRÜNE)9627
	Johanne Modder (SPD)9632, 9634
Mitteilungen der Präsidentin9617	Dr. Stefan Birkner (FDP)9638
Feststellung der Beschlussfähigkeit9617	Dirk Toepffer (CDU)9645
	Klaus Wichmann (fraktionslos)9650
Tagesordnungspunkt 2:	Harm Rykena (fraktionslos)9651
	Stephan Bothe (fraktionslos)9652
Zustimmung zur Ernennung eines Mitglieds der	Jens Ahrends (fraktionslos)9652
Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 4 der	Stefan Wirtz (fraktionslos)9653, 9654
Niedersächsischen Verfassung - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 18/86409617	Ausschussüberweisung (TOP 5)9654
Beschluss9617	Tagesordnungspunkt 6:
Tagesordnungspunkt 3:	Abschließende Beratung:
	Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des
Vereidigung gemäß Artikel 31 der Niedersächsi-	Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektions- schutzgesetz des Bundes - Gesetzentwurf der
schen Verfassung9618	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6297 -
Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Ge-	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts-
sundheit und Gleichstellung9618	und Verfassungsfragen - Drs. 18/8556 - dazu:
Tanasanda on nanon lat 4:	Schriftlicher Bericht - Drs. 18/8557
Tagesordnungspunkt 4:	Helge Limburg (GRÜNE)9654, 9655
Zwiechen Carona Mildigkeit und Mutationen	Dr. Stefan Birkner (FDP)9656, 9660
Zwischen Corona-Müdigkeit und Mutationen - neue Perspektiven durch Testen und Impfen -	Dunja Kreiser (SPD)9657
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten -	Thiemo Röhler (CDU)9658
Drs. 18/86419618	Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft,
DIS. 10/00419010	Arbeit, Verkehr und Digitalisierung9659
und	Beschluss
und	Erste Beratung: 75. Sitzung am 23.04.2020
Tagesordnungspunkt 5:	
-	
Erste Beratung:	
Ein Leben mit dem Virus ermöglichen - Antrag der	
Fraktion der FDP - Drs. 18/86449618	
Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft,	
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung9618	

Tagesordnungspunkt 7:

- agood and agop and a c
Erste Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der zu-
kunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Be-
reich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARS-
COV-2-Pandemie (3. Nachtragshaushaltsgesetz
2020) - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP -
Drs. 18/86429660
Jörg Bode (FDP)
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE) 9662, 9666
Frank Henning (SPD)
Karl-Heinz Bley (CDU)
Reinhold Hilbers, Finanzminister9667
Ausschussüberweisung9668
7 tadooriaddabor woldarig
Tagesordnungspunkt 8:
Dringliche Anfragen9669
g
a) Bund-Länder-Beschluss vom 03.03.2021: Hat
Niedersachsen eine Strategie? - Anfrage der Frak-
tion der FDP - Drs. 18/86809669
Susanne Victoria Schütz (FDP)
9669, 9672, 9674
Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Ge-
sundheit und Gleichstellung9669 bis 9675
Björn Försterling (FDP)9673, 9674
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 9673, 9675
Grant Hendrik Tonne, Kultusminister9674
a) Impfen, testen, lockern!? - Wie sieht die kon-
krete Organisation für Niedersachsen aus? -
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Drs. 18/86839675
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)
9675, 9678, 9680, 9681
Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Ge-
sundheit und Gleichstellung9676 bis 9681
Susanne Victoria Schütz (FDP) 9678, 9679

Jörg Bode (FDP)9681

Tagesordnungspunkt 9:
Erste Beratung: Schneller impfen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8643
und
Tagesordnungspunkt 10:
Erste Beratung: Impfstrategie anpassen - umfassende (Schnell-)Teststrategien auf den Weg bringen - schrittweise Lockerungen möglich machen - Leben mit dem Virus ermöglichen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8645 neu 9682 Susanne Victoria Schütz (FDP)
Ausschussüberweisung (TOP 9 und TOP 10) 9689

Nächste Sitzung......9689

Vom Präsidium:

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann (CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD) Schriftführer Matthias M ö h I e (SPD) Schriftführerin Hanna Naber (SPD) Schriftführerin Sabine Tippelt (SPD) Rainer Fredermann (CDU) Schriftführer

Schriftführerin Gerda Hövel (CDU) Schriftführerin Gudrun Pieper (CDU) Heiner Schönecke (CDU) Schriftführer

Schriftführerin Imke Byl (GRÜNE)

Schriftführerin Susanne Menge (GRÜNE) Schriftführer Thomas Brüninghoff (FDP)

Hillgriet Eilers (FDP) Schriftführerin Schriftführer Horst Kortlang (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister

Reinhold Hilbers (CDU)

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie-

Dr. Carola Reimann (SPD)

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD)

Dr. Bernd Althusmann (CDU)

Ministerium für Inneres und Sport

Staatssekretärin Doris Nordmann,

Finanzministerium

Staatssekretär Heiger Scholz,

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Staatssekretärin Gaby Willamowius,

Kultusministerium

Staatssekretär Dr. Berend Lindner,

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali-

sierung

Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig Theuvsen, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

cherschutz

Staatssekretär Dr. Frank-Thomas Hett, Justizministerin

Barbara Havliza (CDU) Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler (CDU)

Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Olaf Lies (SPD)

Staatssekretär Frank Doods.

Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima-

schutz

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie namens des Präsidiums sehr herzlich begrüßen und eröffne die 101. Sitzung im 40. Tagungsabschnitt des Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1: Mitteilungen der Präsidentin

Ich darf bereits die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages liegen Ihnen vor. Mit der "Tagesordnung mit Nachtrag und aktualisierten Redezeiten" haben Sie Informationen über die von den Fraktionen umverteilten und die von den fraktionslosen Mitgliedern des Hauses angemeldeten Redezeiten erhalten. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten feststellen? - Das ist der Fall. Vielen Dank.

Herr Kollege Schulz-Hendel, wir würden uns freuen, wenn auch Sie Ihren Platz einnähmen. Vielen Dank.

Die heutige Sitzung soll demnach gegen 16.39 Uhr enden

Herr Ministerpräsident Weil lässt sich heute entschuldigen. Wie Sie vielleicht bereits den Medien entnommen haben, befindet sich Herr Weil in Quarantäne. Er wird vertreten durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Minister Dr. Althusmann.

Die weiteren Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Eilers mit. Bitte, Frau Kollegin!

Schriftführerin Hillgriet Eilers:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Des Weiteren haben sich für heute entschuldigt: die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Frau Birgit Honé, und die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Barbara Otte-Kinast, von der Fraktion der SPD Herr Axel Brammer, Herr Tobias Heilmann und Frau Doris Schröder-Köpf, von der Fraktion der CDU Herr Dr. Karl-Ludwig von Danwitz, Frau Dr. Esther Nie-

werth-Baumann, Herr Frank Oesterhelweg und Frau Mareike Wulf, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Susanne Menge ab 15.30 Uhr sowie die fraktionslosen Mitglieder des Hauses Frau Dana Guth und Herr Stefan Wirtz ab 15 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2:

Zustimmung zur Ernennung eines Mitglieds der Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 18/8640

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Folgendes mitzuteilen:

Mit Schreiben vom 2. März 2021, das Ihnen in der Drucksache 18/8640 vorliegt, hat Herr Ministerpräsident Weil mitgeteilt, dass Frau Ministerin Dr. Carola Reimann ihren Rücktritt als Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erklärt hat.

Namens des gesamten Hauses möchte ich Frau Dr. Carola Reimann an dieser Stelle für die dem Land geleisteten Dienste herzlich danken, ihr alles Gute für die Zukunft wünschen und vor allen Dingen baldige Genesung.

(Starker Beifall)

Mit gleichem Schreiben hat der Herr Ministerpräsident ferner mitgeteilt, dass er beabsichtigt, Frau Staatssekretärin a. D. Daniela Behrens zum Mitglied der Landesregierung zu berufen. Frau Daniela Behrens soll die Leitung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung übertragen werden. Er bittet um die Zustimmung des Landtages.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dieser Berufung die nach Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das waren die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und ein fraktionsloses Mitglied, Herr Beekhuis. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Mitglieder der Fraktion der FDP und einige fraktionslose Abgeordnete. - Wer möchte sich enthalten? - Das sind die Mitglieder

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Mit den Stimmen der großen Mehrheit ist damit die Zustimmung erteilt worden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Der stellvertretende Ministerpräsident wird jetzt die Ernennungsurkunde aushändigen. Ich unterbreche zu diesem Zweck kurz die Sitzung, bitte Sie aber herzlich darum, in Reichweite zu bleiben. Ich gehe davon aus, dass wir die Sitzung in wenigen Minuten fortsetzen können.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.07 Uhr bis 10.11 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen nunmehr die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3:

Vereidigung gemäß Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben sich die Mitglieder der Landesregierung bei der Amtsübernahme vor dem Landtag zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates zu bekennen und den in der Verfassung vorgeschriebenen Eid vor dem Landtag zu leisten.

Ich bitte nun die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. Die neu ernannte Ministerin bitte ich, hierher nach vorn zu treten.

Frau Ministerin, ich darf Sie nun bitten, das Bekenntnis abzulegen und den Eid zu leisten.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses Glückwünsche aussprechen und Ihnen für die in der Tat herausfordernden Aufgaben alles Gute wünschen.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Starker, anhaltender Beifall - Ministerin Daniela Behrens nimmt Glückwünsche entgegen)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vereinbarungsgemäß zusammen rufe ich auf

Tagesordnungspunkt 4:

Zwischen Corona-Müdigkeit und Mutationen neue Perspektiven durch Testen und Impfen -Regierungserklärung des Ministerpräsidenten -Drs. 18/8641

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Ein Leben mit dem Virus ermöglichen - Antrag der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/8644</u>

Zunächst erteile ich dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten das Wort für die angekündigte Regierungserklärung. Bitte, Herr Dr. Althusmann!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Damit kein falscher Eindruck entsteht: Eigentlich wollte ich gerade eben den Blumenstrauß noch herübertragen. Das wurde dann aber bereits getan. Den Blumenstrauß der Landesregierung habe ich gerade eben hinten übergeben. Auch die Landesregierung hat also einen Blumenstrauß überreicht. Nun stellen Sie sich mal vor, wir hätten die Blumenläden nicht geöffnet!

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist die elfte Regierungserklärung - meine erste, in der Tat -, aber es geht am Ende darum,

für unser Land die Perspektiven für die nächsten Monate zu beschreiben.

Ich will deutlich sagen, dass nach zwölf Monaten coronabedingter Einschränkungen bei vielen Menschen in unserem Land die Nerven blank liegen. Die Ungeduld nimmt zu, die Zustimmung zu manchen Vorsichtsmaßnahmen vermutlich dann doch eher ab. Unsere gemeinsame Hoffnung auf ein schnelles Ende dieser Pandemie erwies sich im Sommer der vermeintlichen Entwarnung als ein Trugschluss. Das Virus kam dann doch heftiger zurück als zu Beginn, es lernte, es mutierte, es verstärkte seine Ansteckungsgefahr.

Zu keinem Zeitpunkt seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wurden so umfassend auf Basis des Infektionsschutzgesetzes Grundrechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und unser Wohlstand derart eingeschränkt wie in den letzten zwölf Monaten. Die Menschen in unserem Bundesland leben - lassen Sie mich das als eigene Vorbemerkung dazu sagen - seit zwölf Monaten in einem Krisenzustand, sie haben viel ertragen, und sie haben viel getragen - zunächst mit Geduld, dann mit neuer Hoffnung und dann doch wieder mit Sorge und Enttäuschung. Familien sind an der Belastungsgrenze, ältere Menschen drohen zu vereinsamen.

Wenn man ganz genau hingehört hat, hat man bemerkt: Es war stiller geworden in unserem Land. Manch erregte Debatte der Vor-Corona-Zeit war plötzlich verschwunden, zugunsten einer sehr großen Ernsthaftigkeit und auch Einigkeit in der Politik. Und ganz persönlich möchte ich hinzufügen: Es wäre ein gutes Zeichen, wenn wir alle gemeinsam genau zu dieser Einigkeit zurückkehrten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mancher Unmut, manche Ungeduld, manches Unverständnis für die Entscheidungen der letzten zwölf Monate sind verständlich. Sosehr ich persönlich manche Erklärungen in Sinn, Zweck und Inhalt auch selbst hinterfragt habe, sosehr sehe ich heute die Notwendigkeit, viel mehr erklären zu müssen, zumal die Fragen an uns berechtigt sind. Die Menschen fragen uns natürlich: Warum gelingt es uns nach zwölf Monaten nicht, vollumfänglich ein effektives Pandemiemanagement aufgebaut zu haben, das Testen mit dem Impfen besser zu verknüpfen? Warum verkomplizieren wir eigentlich manchmal im Bereich des Krisenmanagements dieses derart, dass vor lauter staatlicher Gewährleistungskontrolle das eigentliche Ziel aus dem Blickfeld gerät?

Die MPK von Mittwoch war inhaltlich und zeitlich die womöglich anspruchsvollste, weil es den einen teilweise nicht schnell genug ging beim Lockern, den anderen ging es aber viel zu schnell mit Blick auf die Sorge um die Gesundheit der Menschen in unserem Land.

Eines aber dürfte unsere gemeinsame Überzeugung für die nächsten Monate gewesen sein: Wir brauchen eine Perspektive mit Augenmaß, die den Impfschutz beschleunigt, die Testkapazitäten erweitert und die uns schützt und dieses dann vor allen Dingen möglichst reibungslos und schnell umsetzt. Vielleicht brauchen wir ein bisschen weniger Schlagzeile und mehr Schlagzahl mit Orientierung.

Meine Damen und Herren, am Beginn des zweiten Corona-Jahres können - nein, müssen - wir nachvollziehbar zeigen, dass wir einen Plan haben, der wie ein Räderwerk ineinandergreift und uns den Weg aus der Krise zeigt und dann auch bereitet.

Ich möchte diese heutige Regierungserklärung dazu nutzen, mich sehr herzlich zu bedanken: ganz allgemein natürlich bei allen denjenigen in unserem Land, die durch ihr persönliches, ihr eigenes Verhalten und ihre Zurückhaltung im Übrigen auch sehr aktiv zum Infektionsschutz von uns allen beigetragen haben. Ich möchte mich bei all denjenigen in unserem Land bedanken, die sich in diesen zurückliegenden Monaten und auch sicherlich in den kommenden aktiv für die Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes eingesetzt haben und einsetzen. Vor allen Dingen sind das die Menschen in unserem Gesundheitswesen, in unseren Krankenhäusern, in unseren Arztpraxen. Herzlichen Dank für diesen Einsatz!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mein Dank gilt aber ebenso allen in Politik und Verwaltung - auch im Übrigen hier im Parlament. Wir haben letztendlich viele gemeinsame Entscheidungen getroffen und werden sie noch gemeinsam treffen müssen. Stellvertretend und namentlich möchte ich eine ganz besondere Person herausgreifen, nämlich Carola Reimann, unsere ehemalige Ministerin, die in dieser Woche aus gesundheitlichen Gründen als Sozialministerin zurücktreten musste.

Ich bin mir zutiefst sicher, dass die guten Wünsche aller Mitglieder des Niedersächsischen Landtages sie nun in dieser Phase begleiten werden, in der sie sich ganz und gar auf die eigene Gesundheit, auf die persönliche Gesundheit und auf ihre Familie konzentrieren muss. Alles Gute, Carola Reimann, und vielen Dank für den Einsatz!

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich bin sicher, die guten Wünsche aller Mitglieder begleiten auch die Zusammenarbeit mit unserer neuen Ministerin, die ich in Stellvertretung unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil soeben in ihr Amt berufen durfte. Ich begrüße in unserem Kreis natürlich Daniela Behrens. Sie war schon einmal hier. Vor ihr liegt unbestritten eine sehr schwierige Aufgabe. Für Ihre verantwortungsvolle Arbeit wünschen wir und wünsche auch ich persönlich Ihnen viel Erfolg zum Wohl des Landes und Gottes Segen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es entbehrt nicht einer gewissen Symbolik, dass wir im zeitlichen Umfeld des Jahrestages nun auch unsere Strategie im Kampf gegen das Virus anpassen und dann am Ende auch weiterentwickeln müssen. Dem Grunde nach gleicht die aktuelle Lage hier auch in Niedersachsen einem Spagat. Seit bald einem viertel Jahr befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einem harten Lockdown. Gewiss, wir haben deutliche Rückgänge bei den Infektionszahlen erreicht. Vom eigentlichen Ziel sind wir allerdings nach wie vor entfernt. Wenn die Zahl des heutigen Tages, die ich mir aufgeschrieben habe, richtig ist, liegt der Inzidenzwert aktuell nach RKI-Stand bei 58,5, laut unseren eigenen Zahlen bei 64. Das ist unterdurchschnittlich, aber eben auch um einiges vom eigentlichen Ziel entfernt.

In unserem Land - wie in vielen anderen auchstellen wir eine Stagnation der Infektionszahlen fest. Die Anstrengungen der vergangenen Wochen konnten letztendlich höhere Infektionszahlen durch die Mutationen nicht verhindern. Gerade diese Mutationen sind auf dem Vormarsch. Die Einschränkungen, die wir vielen Menschen zugemutet haben, konnten allerdings nicht darüber hinaus noch weitere Rückgänge herbeiführen. Das Risiko eines weiteren Anstiegs ist nicht gebannt, dieses Risiko eines weiteren, zum Teil auch exponentiellen Anstiegs besteht - leider! - derzeit jederzeit.

Deshalb müssen wir versuchen, uns von dieser Corona-Müdigkeit in weiten Teilen unserer Gesellschaft, die mit Händen zu greifen ist, ein wenig zu trennen. Ich weiß, viele Bürgerinnen und Bürger sind nach dieser langen Zeit der Einschränkungen und der Entbehrungen, der persönlichen Belastungen - nennen wir es so - zermürbt und sehnen sich danach, der Normalität ein Stück weit wieder näherzukommen. Mit Beginn des Frühlings wird dieses Empfinden wahrscheinlich noch zunehmen, und natürlich muss Politik auch hier in Niedersachsen diesem Wunsch der Menschen entgegenkommen.

Aber in dieser Situation reicht es nicht aus, die bisherigen Maßnahmen einfach mal so, wenn Sie so wollen, fortzusetzen. Eine Pandemie - das ist zu Recht immer und immer wieder betont worden lässt sich nur mit den Menschen und nicht gegen die Menschen in unserem Land wirksam bekämpfen. Wir brauchen Verständnis, wir brauchen die Bereitschaft zum Mitmachen, wenn staatliche Anstrengungen nicht verpuffen sollen. Darauf wird diese Landesregierung weiter hinarbeiten.

Vor diesem Hintergrund ist eine Strategie, die neben Impfungen, die neben Kontaktnachverfolgung vor allen Dingen auch auf eine Kontaktreduzierung - staatlich verantwortet und vorgegeben setzt, dann wahrscheinlich doch an den Grenzen ihrer Möglichkeit angekommen.

Die Entwicklung der letzten Zeit zeigt meines Erachtens sehr deutlich: Wir werden so in der nächsten Zeit weder den dringend erhofften Fortschritt bei den Infektionszahlen erreichen noch ein Mehr an Zustimmung in der Gesellschaft - und diese Zustimmung brauchen wir bei der Pandemiebekämpfung.

Deswegen ist es zwingend geboten, dass wir jetzt die Strategie auch für unser Bundesland Niedersachsen und, wenn ich das so sagen darf, dem Grunde nach für ganz Deutschland weiterentwickeln.

Grundlage ist und bleibt natürlich die Infektionszahl. Welche sollte es denn auch sonst sein? Natürlich gibt es weitere Faktoren. Natürlich kann man sich an Krankenhausbelegungszahlen der Intensivbetten orientieren. Natürlich kann man sich am Modus des RKI, am Schaubild des RKI oder dem dortigen Modell orientieren. Aber dem Grunde nach beruht alles am Ende tatsächlich auf der Infektionszahl, weil sich die Fortschritte und die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen mit zeitlicher Verzögerung in den Infektionszahlen ausdrücken. Sie bleiben deshalb auch weiterhin eine wichtige Grundlage für unser Vorgehen. Hinzutreten werden jetzt aber neue Elemente, mit denen das Spannungsverhältnis zwischen mehr persönli-

cher Freiheit und Schutz der Gesundheit dann wahrscheinlich besser ausgeglichen werden kann.

Ich spreche da zum einen über die Impfkampagne, die Fortschritte macht, aber - zugegeben - auch noch intensiviert werden muss. Mittlerweile haben über 626 000 Impfungen in Niedersachsen stattgefunden. Ich weiß gar nicht, ob uns das so bewusst ist: In den zwölf Sekunden, die Sie mir jetzt möglicherweise ganz intensiv zugehört haben, sind deutschlandweit 25 Menschen geimpft worden. - Jetzt kann man sagen: Das geht zu langsam. Israel und andere sind schneller. - Aber es ist nicht so, dass nichts passiert. Wir versuchen, diesen Schutz der Bevölkerung im gemeinsamen Konzert der Länder und des Bundes jetzt, gemessen an den tatsächlichen Impfdosen, so schnell es geht, voranzubringen.

Der Schwerpunkt liegt und wird auch hier bei uns in Niedersachsen weiterhin auf den Erstimpfungen liegen. Mittlerweile ist uns doch allen klargeworden, dass schon die erste Impfung eine hohe Schutzwirkung erzielt, und wir müssen dies weiter verstärken. Wir wollen die Menschen schützen, wir müssen sie schnellstmöglich jetzt mit der ersten Impfung erreichen. Mit steigender Impfunte wird im Übrigen am Ende auch die Anzahl schwerer Krankheitsverläufe zurückgehen. Deshalb ist die Inzidenzzahl eine wichtige Zahl, aber sie wird möglicherweise in der Wichtigkeit, in der Bedeutung für Entscheidungen, eher ab- als zunehmen. Das kann sein, muss aber nicht.

Die Tagesleistung für Impfungen beläuft sich derzeit in Niedersachsen auf rund 20 000. Das ist spürbar mehr als vor gar nicht allzu langer Zeit, aber im Vergleich mit anderen Staaten für ein hochentwickeltes Land wie Deutschland noch viel zu wenig. Wir brauchen eine spürbare Steigerung, wir müssen hier schneller und besser werden.

Das Sozialministerium hat nunmehr Ziele für die Impfzentren formuliert und diese Ziele noch mal weiter nach oben geschraubt. Wir wollen, dass möglichst überall an allen Tagen - auch am Wochenende - geimpft wird. Das sind wir der Bevölkerung in unserem Land, gerade auch den Älteren in unserem Land, schuldig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass alles mit viel Mühe und Arbeit verbunden ist und vieles nur mit großem Einsatz aller Beteiligten gelingt. Deshalb danke ich allen ganz besonders herzlich, die sich an dieser Aufgabe beteiligen.

Dann gibt es eine weitere gute Nachricht, dass nämlich neben einer Impfung in den Impfzentren in absehbarer Zeit eine weitere flächendeckende Impfung auf andere Weise möglich sein wird: Wir haben 50 Impfzentren. Die waren zum Teil schondas wissen Sie aus Ihren Wahlkreisen - im Dezember fertig. Die standen fertig und impfbereit, warteten dem Grunde nach darauf, dass der Impfstoff kommt und sie anfangen können, zu impfen. Jetzt sind die Impfteams unterwegs, und sie impfen.

Meine Damen und Herren, wir sollten jetzt aber die Kapazitäten der Arztpraxen stärker nutzen. Wir haben in Niedersachsen allein dafür 5 000 Arztpraxen verfügbar,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die in der Lage wären, die Impfquote für Niedersachsen in den kommenden Wochen sehr schnell zum Schutz der Bevölkerung nach oben zu ziehen. Es zeichnet sich ab, dass die verfügbare Impfstoffmenge schneller und stärker wachsen wird, als es bis jetzt angenommen wurde. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet für das zweite Quartal mit etwa 40 Millionen Impfdosen, die Deutschland zur Verfügung haben wird. Genau das brauchen wir jetzt, damit möglichst viele Menschen in unserem Bundesland möglichst schnell geimpft werden.

Deswegen hat die Konferenz der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten vorgesehen, in den kommenden Wochen bis Ende März die Hausärzte unseres Bundeslandes Schritt für Schritt in diese Impfkampagne mit einzubeziehen. Das wird das Tempo noch einmal nachhaltig beschleunigen. Vor allem aber haben viele Menschen aus guten Gründen ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis zum Hausarzt. Ich sage Ihnen ganz offen, für mich persönlich: Meine 81-jährige Mutter würde lieber zu ihrem Hausarzt gehen als in ein anonymes, in einem Industriezentrum in Lüneburg disloziertes Impfzentrum, wo sie sich dann beim Impftermin womöglich noch mit vielen anderen Menschen in eine Reihe stellen muss.

(Zuruf: Schön wär's!)

Nichts gegen diese Organisation, aber ich glaube, das Vertrauen - gerade der älteren Menschen zum Hausarzt ist womöglich höher. Deshalb finde ich diesen Weg, die Ärztinnen und Ärzte unseres Landes stärker einzubeziehen, absolut richtig. Ich bin sicher, dass wir das Tempo bei den Impfungen auf diese Art und Weise deutlich beschleunigen können.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kurzfristig können Impfungen natürlich die Infektionszahlen noch nicht spürbar senken. Wenn wir nicht so lange warten wollen, bis das der Fall ist, muss es einen Zwischenschritt geben, und diesen wird es jetzt geben einen Zwischenschritt zu ein wenig mehr Freiheit und zu deutlich mehr Sicherheit.

Auch hierzu gibt es eine gute Nachricht, auch für unser Bundesland: Die neue Generation von Antigen-Schnelltests ist nach der Beurteilung der Bundesregierung zuverlässig, und ihre Ergebnisse sind belastbar. Durch die Nutzung dieser Tests können gesicherte Zonen geschaffen und Angebote genutzt werden. Das ist für mich eine realistische Perspektive, wie wir auch unter den Bedingungen der Pandemie dennoch wieder mehr Freiheiten nach und nach in Anspruch nehmen können.

Dabei wird es im Wesentlichen - auch in Niedersachsen - um drei Bausteine gehen:

In den Schulen kann jetzt eine ganze Generation kohortenweise regelmäßig getestet werden. Das schafft Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrer und die dort Beschäftigten. Das schafft zusätzliche Sicherheit in den Einrichtungen. Zunächst einmal wollen wir einmal wöchentlich die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen testen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das reicht doch nicht!)

Damit wird voraussichtlich ein erster Schritt auf den Weg gebracht. Das muss, ergänzt um ein entsprechendes System, zügig hochlaufen. Ihr Hinweis ist berechtigt: Wir werden das zügig aufbauen müssen. Das können wir nicht von heute auf morgen, aber wir sind dabei.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Seit Herbst!)

Deshalb ist dieser Schritt so richtig und wichtig. Das gilt auch für die Erzieherinnen und Erzieher in unserem Bundesland, das gilt für die Kindertagesstätten. Genau dort muss getestet werden, um die notwendigen Informationen über die Situation im frühkindlichen Bereich zu erhalten.

Der zweite Bereich betrifft das Arbeitsleben. Auch dort sind typischerweise große und stabile Gruppen anzutreffen, deren regelmäßige Testung ebenfalls sehr sinnvoll erscheint. Hierzu finden derzeit abschließende Gespräche der Bundesregierung mit der Wirtschaft statt, an deren Ende hoffentlich ein zweiter Bereich steht, in dem Woche für Woche viele Menschen getestet werden.

Ich sage Ihnen ganz persönlich bewusst: Warum eigentlich nicht? Warum sollten wir als Staat nicht versuchen, die deutsche Wirtschaft, die bereitwilligen Unternehmen auch dieses Bundeslandes von Airbus über VW und andere Unternehmen - in die Frage des Testens und des Impfens noch stärker einzubeziehen?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Darüber diskutieren wir seit vier Monaten, Herr Minister!)

Warum nutzen wir nicht genau diese Kapazitäten? Wir werden es tun. Wir werden diesen Weg auch jetzt in Niedersachsen massiv beschreiten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Seit vier Monaten!)

Es geht voran, sehr verehrte Frau Abgeordnete!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der SPD - Christian Meyer [GRÜNE]: Sie reagieren doch gar nicht!)

Aber eines stimmt auch: Etwa die Hälfte der Bevölkerung befindet sich weder im Bildungswesen, noch hat sie ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Für diesen Teil unserer Gesellschaft ist ein dezentrales System erforderlich, das derzeit etabliert wird. Das Sozialministerium führt in dieser Hinsicht derzeit Gespräche mit unterschiedlichen Beteiligten. Ziel ist es, noch in diesem Monat eine entsprechende Infrastruktur entstehen zu lassen. Erste Teststellen in Arztpraxen und Apotheken stehen bereits ab nächster Woche zur Verfügung.

Zu bedenken bleibt aber: Mehr Tests bedeuten zumindest zu Beginn auch mehr nachgewiesene Infektionen. Ich möchte schon vorab darauf hinweisen, dass dies ein Thema sein wird, das uns in den nächsten Wochen massiv beschäftigen wird. Mehr Tests müssen nicht automatisch mehr Lockdown bedeuten, sondern kann am Ende auch bedeuten, dass wir trotz mehr Testergebnissen weniger Infektionen haben. Auch das gehört zur Wahrheit. Die adäquate und richtige Antwort werden auch wir in Niedersachsen finden müssen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich habe ganz bewusst zunächst die Themen Impfen und Testen abgehandelt und komme auf dieser Grundlage zur Frage von Lockerungen.

Ich sage schon jetzt: Eine bloße Fortsetzung des Status quo genügt derzeit nicht als Perspektive. Ebenso wenig dürfen wir uns aber auf unbedachte und vielleicht etwas leichtfertige Lockerungen, die gerne gefordert werden, einlassen.

Ich weiß doch ganz genau wie Sie alle: Wir alle werden täglich konfrontiert mit Wünschen, mit Anliegen, mit Forderungen an uns als Abgeordnete in unseren Wahlkreisbüros. Überall, wo wir gehen und stehen, wo wir arbeiten, kommen Menschen auf uns zu und sagen uns: Unser Hygienekonzept ist so exzellent, bei uns kann doch gar nichts passieren! Öffnet es doch endlich!

(Christian Grascha [FDP]: Die Leute sind doch nicht leichtfertig!)

- Nein, es geht nicht darum, dass sie leichtfertig sind.

(Christian Grascha [FDP]: Das haben Sie aber gerade gesagt!)

Es geht aber darum, den Gesundheitsschutz *und* die Wirtschaft in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Deshalb versuchen wir, mit diesen Einschränkungen genau in dieses Verhältnis zu kommen. Niemand von uns kann diese Wünsche nicht nachvollziehen. Gleichzeitig sagt uns, Herr Abgeordneter Grascha, unser Verstand aber auch ein wenig, dass wir nicht vom Regen in die Traufe geraten dürfen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Lockerungen müssen kontrollierbar bleiben, sie müssen nach und nach erfolgen und immer laut und deutlich mit dem Vorbehalt versehen sein: Verschlechtert sich die Situation nachhaltig, müssen wir Kontakte dann auch wieder konsequent reduzieren.

Ich will das an einem Beispiel festmachen, das der Ministerpräsident gerne nutzt: Emden. Emden hatte vor Kurzem eine sehr niedrige Inzidenzzahl. Dort hätte man auf die Idee kommen können: Öffnen, öffnen, öffnen! - Ein einzelner Fall hat in Emden vor Kurzem dazu geführt, dass die Inzidenz-

zahl nicht durch die Decke, aber deutlich angestiegen ist: exponentielles Wachstum innerhalb von wenigen Tagen. Von daher gilt es, wachsam und umsichtig zu bleiben. Dann muss eben wieder konsequent reduziert werden. Das ist aktiver Gesundheitsschutz. Das ist im Übrigen auch aktive Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaft lebt am Ende davon, dass wir möglichst wenige Beschränkungen haben.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich finde, wir schulden es den Menschen in unserem Land ein Stück weit, dass wir genau diese Verantwortung im Blick haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch zu verstehen. Das Ergebnis ist eine wesentliche Weiterentwicklung dieses Kurses. Maßgeblich ist zunächst einmal ein Inzidenzwert von 50, oberhalb dessen Einschränkungen geboten sind, unterhalb dessen dagegen weitergehende Lockerungen möglich erscheinen.

Nicht nur das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte mit Recht darauf hingewiesen, dass die zwischenzeitliche Orientierung am Inzidenzwert 35 schlichtweg auf durchgreifende rechtliche Bedenken stößt. Es hat uns das als Gesetzgeber auf der Seite 13 oder 14 ausdrücklich als Hinweis mit auf den Weg gegeben.

Ich finde es gut und richtig, dass das jetzt Konsequenzen hat. Ich sage es aus ehrlicher Überzeugung: Wir haben gemeinsam als Niedersachsen auf Bundesebene eine tolle Überzeugungsarbeit geleistet, dass wir uns eben nicht ausschließlich an der 35 orientieren, sondern dabei bedenken, dass die Frage der Verhältnismäßigkeit gerade mit Blick auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts eine Rolle spielt. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg hat für die Entscheidung auf Bundesebene eine maßgebliche Rolle gespielt, weil wir als Niedersachsen genau darauf hingewiesen haben: Achtung, wir brauchen weitere Kriterien!

Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage gibt es nun eine Reihe von Öffnungen, die mit Beginn der nächsten Woche überall in Deutschland erfolgen werden - auch in Niedersachsen. Die sehr strengen Kontaktbeschränkungen - ein Haushalt und eine zusätzliche Person - werden beendet. Stattdessen gilt die uns allen noch bekannte

Regel von fünf Personen aus zwei Haushalten. Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgerechnet.

Kinder sollen auch von anderen Maßnahmen profitieren. Ich will gerne hervorheben, dass es gerade die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Modder, war - aber auch der Fraktionsvorsitzende der CDU -. die im Koalitionsausschuss maßgeblich Seite an Seite in der Frage, was wir mit unseren Schulen und mit unserem Bildungswesen machen, gekämpft haben und mit ihrer Meinung auch überzeugt haben, sodass wir jetzt in den Kindertagesstätten in das Szenario B gehen. Die Kinder kehren also in die Kitas zurück, bleiben dort aber als Vorsichtsmaßnahme in festen Gruppen. Ich denke, nach den guten Erfahrungen in den Grundschulen wird der Wechselunterricht jetzt auf weitere Jahrgänge ausgedehnt, teils zum 15. März, teils zum 22. März. Das entspricht dem Anliegen vieler, vieler Familien, aber auch der Kinder und Jugendlichen selbst.

Ich als Familienvater kann das auch ein wenig selbst beurteilen. Glauben Sie mir, die Kinder finden es toll, wenn sie eine Zeit lang zu Hause sind. Aber irgendwann wollen sie auch mal wieder zurück zu ihren Freunden in die Schule. Sie wollen eben nicht zu einer Verlierergeneration werden, die am Ende bestimmte Dinge durch Corona nicht mitbekommen hat, sondern sie wollen zurück in die Schulen. Ich persönlich bin also davon überzeugt, dass dieser Schritt richtig ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dann schaffen Sie doch mal die Infrastruktur dafür!)

Ich weiß nicht, ob uns das ausreichend bewusst ist: Es sind, glaube ich, gerade die Kinder und viele einsame Menschen, die derzeit am meisten unter dieser Corona-Pandemie leiden - vielleicht nicht auf den ersten Blick, aber mit Sicherheit auf den zweiten Blick!

Insofern wird es einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen geben, auch im Bereich des Sports. Dort sollen Gruppen mit bis zu 20 Kindern wieder gemeinsam draußen Sport treiben können eine wichtige Grundvoraussetzung.

Aber nicht nur Kinder sollen sich ein wenig über die anstehende Öffnung, die vorsichtige Öffnung von Büchereien und des Buchhandels, von Museen, Zoos und ähnlichen Einrichten freuen. Das alles unterliegt jeweils natürlich strengen Vorschriften, insbesondere einer Begrenzung der Kapazität,

aber auch einer Pflicht zur Anmeldung. Auch damit erreichen wir ein wichtiges Ziel.

Wir ermöglichen im Übrigen auch wieder Kultur. Kultur ist ein wesentliches Element des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für den Einzelhandel. Ich weiß, dass der Einzelhandel in Niedersachsen auf die Ankündigungen von Lockerungen nicht positiv reagiert hat. Das Terminshopping wird es zum 8. März geben. Das Wiederaufnehmen seiner Aktivitäten mit "Click and Meet" bietet dem Händler die Möglichkeit, seine Kunden wieder zurück an das Geschäft zu binden und es zu präsentieren. Das ist ein wichtiges erstes Signal. Gerade in den beratungsintensiven Bereichen wie Möbel, Küchen, Fahrräder und Kfz ist das, glaube ich, außerordentlich wichtig. Lange aufgeschobene Käufe können jetzt endlich getätigt werden. Uns ist dabei sehr bewusst, dass dies nur der allererste Schritt sein kann, zumal die Lage in vielen Bereichen der Non-Food-Branche dramatisch ist. Viele Einzelhändler in unserem Land stehen vor der Existenzkrise.

(Stefan Henze [fraktionslos]: Die sind schon tot!)

Und dennoch: In der Gesamtschau handelt es sich um spürbare Öffnungen, die ab der nächsten Woche erfolgen können. Es werden aber auch Bereiche unzufrieden sein, die ihre Geschäfte noch nicht öffnen dürfen. Das gilt gerade für die großen Branchen im Einzelhandel, denen Terminshopping nicht oder nur wenig hilft. Allerdings haben wir uns innerhalb der Koalition gestern auf eines verständigt: Wir werden genau prüfen, wie die um uns herumliegenden Bundesländer gerade diese Frage regeln. Wir werden gegebenenfalls noch vor dem 22. März nachsteuern bzw. nachsteuern müssen. Ich sage das ganz bewusst und ergänze das hier; denn in Hessen, in Sachsen-Anhalt, in Baden-Württemberg, in Bayern - und Nordrhein-Westfalen prüft - sind die Baumärkte ab der nächsten Woche wieder geöffnet.

Meine Damen und Herren, Gartenmärkte, Blumenläden und Baumärkte sind ein Thema, das wir noch vor dem 22. März - möglicherweise durch eine Sonderverordnung - überprüfen könnten, wenn wir es nicht bis morgen bzw. Anfang der nächsten Woche auf den Weg bringen können. Das ist eine wichtige Vereinbarung innerhalb der

Koalition. Ich halte es für richtig, dass wir dies so machen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

In den weiteren Schritten müssen die weiteren gesellschaftlichen Bereiche Berücksichtigung finden. Ich persönlich - ich spreche für mich - hätte mir noch den einen oder anderen Öffnungsschritt in der Gastronomie mit vorbildlichen Hygienekonzepten sehr gut vorstellen können. Wir werden alles daransetzen. Deshalb das Signal jetzt: 22. März Außengastronomie! - Das ist vielen zu wenig, aber es ist besser, als noch nichts zu tun. Wir gehen jetzt in den Bereich der Außengastronomie. Vielleicht ist es ein Stück Lebensfreude und vielleicht auch ein Stück Rückgewinn von Optimismus beim Kampf gegen ein heimtückisches Virus.

Meine Damen und Herren, für den Bereich des Einzelhandels dürften weitgehende Öffnungen spätestens nach Ostern der Fall sein. Vielleicht schaffen wir es sogar über jetzt auf den Weg zu bringende Versuche in einzelnen Städten mit einem durchdachten Konzept - so, wie ich höre, gibt es den Willen dazu in Osnabrück und in Göttingen -, dass man mit digital, also App-gestützten Test- und Zugangskontrollsystemen versuchen will, die Möglichkeit des Einkaufs wieder zu eröffnen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Braunschweig!)

- Sie haben recht, Braunschweig war es.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich halte das für einen absolut richtigen Weg im Interesse der Unternehmen, aber auch im Interesse der Menschen in unserem Land.

Das gilt im Übrigen auch für die Frage der Regionalisierung, über die wir innerhalb der nächsten 14 Tage werden entscheiden müssen. Schauen wir nur auf den durchschnittlichen Inzidenzwert für das Land, oder können wir auch auf den Inzidenzwert einer Region schauen und öffnen, ohne einen Pull-Effekt auszulösen, und wie verhindern wir, dass über Ländergrenzen oder womöglich über Landkreisgrenzen Infektionstourismus entsteht? Auch diese Aufgabe müssen wir innerhalb der nächsten 14 Tage dringend abschließend klären; denn viele Städte sagen: Wir haben seit 14 Tagen oder 3 Wochen stabile Werte unterhalb von 50 oder sogar unterhalb von 35. - Wenn wir diese Pull-

Effekte vermeiden können, werden wir auch dies kurzfristig bis zum 22. März regeln.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ebenso klar ist, in welchen Bereichen die notwendigen Weichenstellungen noch ausstehen - das wissen Sie -: Gastronomie, Kultur, Veranstaltungswirtschaft und Reisewirtschaft. Diese Themen werden die Ministerpräsidenten bei der Konferenz am 22. März hoffentlich abschließend beraten und entscheiden. Meine große Hoffnung und ein mir wichtiges Anliegen ist es, dass wir dann auch diesen Branchen eine Perspektive für schrittweise Öffnungen bieten können. Auch diese benötigen Planungssicherheit für die Vorbereitungen zum Wiederanfahren ihres Geschäfts, auch wenn nicht alle Bereiche sofort und im vollen Umfang öffnen können.

Ganz besonders wichtig ist mir: Ich möchte versuchen, den Menschen eine Perspektive auch für den Osterurlaub zu geben. Viele Menschen wünschen sich dies. Viele haben hart gearbeitet und manche Entbehrung in Kauf genommen. Ein wenig Entspannung würde uns allen möglicherweise ganz guttun.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle genannten Bereiche sind theoretisch geeignet, durch tagesaktuelle Negativtests dafür zu sorgen, dass Infektionen weitgehend vermieden werden. Es geht also um ein Konzept von gesicherten Zonen - so haben wir es bezeichnet -, über das dann zu entscheiden sein wird. Bis dahin werden viele zusätzliche Testmöglichkeiten etabliert sein. Bis dahin werden wir auch erste Erfahrungen sammeln können.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Jahr wahrscheinlich über 800 Millionen Tests zur Verfügung haben. Wir haben derzeit in den Lagern Kapazitäten für 200 Millionen Tests zur Verfügung. Diese wachsen kontinuierlich. Fast täglich wachsen die Testkapazitäten an. Tests bieten aber keine 100-prozentige Sicherheit.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das wächst im Lager - na toll! - Weitere Zurufe -Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mir dennoch durch das digital, also Smartphone-basierte Konzept viele Fortschritte und auch mehr Sicherheit für ein Stück mehr Freiheit erhoffe.

Lassen Sie mich noch eines festhalten: Zur Freiheit gehört immer auch die persönliche Verantwor-

tung einer und eines jeden Einzelnen. Das heißt, auch jenseits der Tests: Weiterhin Abstand halten, Hygiene beachten, Maske tragen, lüften! Und wer Symptome hat oder Kontakt zu infizierten Menschen hatte - das erleben wir gerade -, muss sich testen lassen und sich dann leider von anderen fernhalten.

Meine Damen und Herren, die aktuell getroffenen Entscheidungen lassen sich allesamt gut mit unserem Vorschlag für einen niedersächsischen Stufenplan vereinbaren. Seitdem wir vor etwa einem Monat unseren Vorschlag gemacht haben, ist schon wieder sehr viel passiert. Dann liegt es doch auf der Hand, dass nunmehr eine Fortschreibung nötig ist. Denken Sie nur an die neuen Schnelltests! Insgesamt hat sich die von uns damals vorgeschlagene Systematik in dieser - wenn Sie so wollen - Probezeit auch ein Stück weit bewährt.

Wir reden nun auch auf Bundesebene über unterschiedliche Stufen je nach Infektionslage und über unterschiedliche Reihenfolgen von Maßnahmen. Bei allen Anmerkungen im Detail ist am Ende unser Versuch einer mittelfristigen Planung in vielen Stellungnahmen der unterschiedlichsten Akteure positiv aufgenommen worden.

Wir werden den Stufenplan auf der neuen Grundlage überarbeiten und ihn vor der abschließenden Entscheidung Ihnen, dem Parlament, übermitteln und vorlegen, damit dieser beraten werden kann. Wir alle stimmen in dem Ziel überein, in einer Zeit des Übergangs so viel Transparenz, Planungssicherheit und Perspektive wie irgend möglich zu vermitteln. Das ist schon der bisherige niedersächsische Weg gewesen, und er wird es auch in den nächsten Monaten sein.

Impfen - testen - öffnen! So lässt sich der eingeschlagene Weg zusammenfassen. Aber es gibt immer auch die andere Seite der Medaille. Niemand schützt uns vor Rückschlägen. Niemand soll glauben, wir hätten alles geschafft. Das ist nicht der Fall, ganz und gar nicht! Ob wir Schritt für Schritt wieder in ein normales Leben zurückkehren können, hängt von unseren Entscheidungen, vor allen Dingen aber auch von der Infektionslage ab.

Je vorsichtiger und verantwortungsbewusster alle Menschen in unserem Land sind, desto bessere Chancen auf Normalität haben wir. Das Gegenteil ist aber eben leider auch richtig. Wir leben in sehr unruhigen Zeiten, aber wir können sie beeinflussen. Wir alle können durch unser eigenes Verhalten Infektionsrisiken vermeiden. Genau das müssen wir tun! Wir müssen uns die letztendlich im-

mensen Folgen einer Pandemie für unser Land, für Niedersachsen, vor Augen führen.

Abschließend: Der prognostizierte große Einbruch einiger Branchen unserer Wirtschaft treibt mich besonders um. Die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist alarmierend hoch und wird nachfolgende Generationen auf die nächsten Jahrzehnte in ihrer Entscheidungskraft binden.

Meine Damen und Herren, zahlreiche Familienunternehmer, Mittelstand, Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie - alle Teile unserer Wirtschaft in Niedersachsen stehen zum Teil vor dem persönlichen Ruin. Mancher Familienunternehmer hat mir am Telefon sein persönliches Leid nahezu unter Tränen geschildert. Ich glaube, wir alle haben diese Erfahrung gemacht.

Unsere Industriearbeiter von VW über Salzgitter bis zu Conti oder zur Meyer Werft - sehr aktuell - sorgen sich um ihre Zukunft und damit um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Familien.

Der Strukturwandel aus der Zeit vor der Corona-Pandemie nimmt eine atemberaubende Schnelligkeit ein und droht, manche Menschen schlicht abzuhängen.

Unsere junge Generation sorgt sich um ihre Bildungschancen und die ältere Generation um die Zukunft der jüngeren.

Unsere Wirtschaft will - aus meiner persönlichen Sicht - nicht noch immer mehr staatliche Unterstützungsprogramme. Ich glaube, unsere Wirtschaft will in aller erster Linie eines: den Weg zurück in die wirtschaftliche Normalität, um am Ende die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die uns durch zahlreiche Krisen erfolgreich geführt hat und sie hat überwinden lassen, wieder mit eigener Kraft und mit eigenem Inhalt füllen zu können.

Ja, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die Ausweitung der Grundsicherung, die inzwischen verlängerte Antragspflicht für Insolvenzen, ein Ersatzlohn für Solo-Selbstständige, Härtefallfonds, Überbrückungshilfen I, II, III, Dezember- und Novemberhilfe, Fixkostenhilfe - alles das sind geeignete Instrumente zur zeitweisen Überwindung einer Krise, aber eben nicht auf Dauer. Genau diesen Zustand müssen wir in den nächsten Monaten überwinden. Der vorgelegte Stufenplan für Niedersachsen dient natürlich dem Schutz der Bevölkerung vor einem aggressiven, womöglich mehrfach mutierenden Virus. Der Stufenplan dient

aber auch dazu, unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

Corona hat uns bitter die Schwächen unserer eigenen Bequemlichkeit schonungslos vor Augen geführt. Wir müssen gerade jetzt kurzfristig bis zum Sommer das tun, was jetzt zu tun ist. Aber danach müssen wir die Weichen so stellen, dass Niedersachsen für die nächsten zehn Jahre krisenfest aufgestellt ist.

Nutzen wir also doch die zahlreichen Unternehmen der Start-up-Branche, die Ideen unseres Landes, um am Ende besser gegen akute Gefährdungen durch Viren oder Pandemien geschützt zu sein! Nutzen wir doch den Unternehmergeist in unserem Land bei der Entwicklung von Produktions- und Logistikketten, bei Life-Science-Projekten, bei der Beschaffung von Impfstoffen, Schutzausrüstungen, Medikamenten und bei Hightech-Geräten zur Luftdesinfektion! Wir haben alle diese Unternehmen bei uns in unserem Land.

Es gilt deshalb am Ende, uns besser für die Zukunft - wenn Sie wollen: resilient gegen Pandemien - aufzustellen. Das muss unser Ziel sein.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Fangen Sie doch bei den Schulen mit den Geräten an!)

Die uns in Deutschland, Frau Abgeordnete, immer zugerechnete Präzision und der unternehmerische Erfindergeist für neue Ideen sind doch ein echter Mehrwert für unser Land, den es jetzt beim Impfen, beim digitalbasierten Testen zu nutzen gilt. Wir wollen doch alle ein Stück weit schneller zurück zur Normalität, aber nicht zurück in die Komfortzone

Meine Damen und Herren, zeigen wir doch den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, dass wir es nicht verlernt haben, Krisenmanagement zu beherrschen, zu organisieren, pragmatisch anzupacken, bevor die letzten Fragen der Details geklärt sind, ob es verwaltungstechnisch womöglich abgerechnet werden kann und wie dies erfolgen muss!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir in den kommenden drei bis vier Monaten zeigen, dass wir nicht nur ankündigen, sondern dass wir es am Ende auch umsetzen, dann werden wir das unzweifelhaft verlorengegangene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückgewinnen. Dessen bin ich mir sicher. Ein Plan für Niedersachsen aus der Pandemie liegt vor. Nun liegt es an uns allen, an allen Abgeordneten auch dieses Parlaments, was wir daraus machen

Wir haben die Chance auf ein Stück mehr Freiheit für uns alle. Ob wir diese Chance nutzen oder nicht, hängt von uns allen ganz persönlich ab. Arbeiten wir dafür, sorgen wir dafür, werben wir dafür, dass der neue Weg zu unserem gemeinsamen Erfolg wird!

Eines habe ich in den letzten Jahren - ich bin schon einige Zeit in der Politik - immer wieder gelernt: Wir können nicht zaubern - weder CDU, SPD, Grüne, FDP oder andere. Aber eines können wir - ich sage jetzt nicht, wer -: Wir können hart arbeiten im Sinne der Menschen dieses Landes, und das sollten wir tun.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich darf dem Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten herzlich für die Abgabe der Regierungserklärung danken.

Bevor wir jetzt zur Aussprache über die Regierungserklärung und zur Beratung des Entschließungsantrages kommen, stelle ich fest, dass die Regierungserklärung 40 Minuten gedauert hat. Sie kennen das Prozedere. Für die nun folgende Aussprache erhalten die beiden großen Fraktionen ebenso viel Redezeit, wie die Landesregierung verbraucht hat, also ebenfalls 40 Minuten. Für die beiden kleineren Fraktionen ergibt sich eine Redezeit von 27 Minuten. Jedes fraktionslose Mitglied des Hauses, das sich zu Wort meldet, erhält anderthalb Minuten Redezeit.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Hamburg. Bitte! Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Wir warten noch einen kleinen Moment, bis Ruhe eingekehrt ist. - Vielen Dank.

Bitte, Frau Kollegin.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Althusmann, mit welcher Eu-

phorie Sie uns hier heute Möglichkeiten im Umgang mit diesem Virus vorgestellt haben!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Jawohl! - Schön, nicht? - Gegenruf von Christian Meyer [GRÜNE]: Was haben Sie eigentlich in den vergangenen Jahren gemacht?)

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle nicht zu nahe treten, aber man könnte den Eindruck bekommen, dass Sie in den letzten Monaten in diesem Parlament nicht sonderlich aufgepasst haben, wenn wir Oppositionsanträge diskutiert haben; denn genau das fordern wir seit vielen Monaten von Ihnen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Aber lassen Sie mich vorweg Frau Carola Reimann auch von unserer Seite einen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Wir waren nicht immer einer Meinung. Wir hätten uns einige Dinge anders gewünscht. Aber trotzdem wissen wir, was für ein Knochenjob es in den letzten Wochen und Monaten dieser Krise war, dieses Amt auszufüllen. Deswegen möchte ich Ihnen und stellvertretend Ihrem Haus meinen herzlichen Dank dafür aussprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte Ihnen auch ganz persönlich und im Namen meiner Fraktion eine schnelle und die beste Genesung wünschen sowie viel Kraft für die kommenden Wochen und Monate.

Ich möchte am Anfang auch noch sagen: Will-kommen zurück, Daniela Behrens! Wir freuen uns sehr, dass Sie zurück in diesem Hause sind. Wir wissen, dass Sie eine sehr tatkräftige und für alle Anregungen offene Kämpferin und eine Verwaltungsfachfrau sind. Ich wünsche Ihnen bei der Bewältigung dieser Krise und bei den politischen Herausforderungen, die vor Ihnen liegen - wir werden gleich hören, wie herausfordernd sie sind -, ein gutes Händchen und viel Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Herr Althusmann, Sie haben gesagt, viele Menschen seien zermürbt. Dann ist es doch wichtig, sich zu fragen, warum diese Menschen eigentlich so zermürbt sind. Sind sie es vielleicht, weil die Maßnahmen, die wir unter Corona seit Wochen und Monaten treffen, einfach nicht praxistauglich sind.

(Zuruf von den GRÜNEN: Richtig!)

fernab von der Realität von Familien, von Kindern und Jugendlichen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

fernab davon, eine unsinnige "Plus-eins-Regel" zu haben, bei der ich jeden Tag fünf Leute nacheinander treffen kann, mich aber nicht mit vier festen Haushalten in einer Social Bubble aufhalten kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Althusmann, das ist es, was zermürbt.

Was zermürbt noch? - Dass Hilfsmaßnahmen einfach viel zu bürokratisch sind, dass Menschen, die in Existenznot sind, stundenlang erst einmal Antragformulare finden und dann ausfüllen müssen, und am Ende kommen die Anträge noch nicht einmal an.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Meyer [GRÜNE]: Wer ist dafür verantwortlich?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das liegt daran, dass sie praxisfern ausgestellt sind.

Herr Althusmann, das zermürbt. Sie haben gesagt, die Unternehmen wollen eigentlich gar keine Hilfsleistungen. Richtig! Aber wer - ich sage jetzt nicht, wer - wäre denn dafür zuständig gewesen, die Schnelltests schon in den letzten Wochen und Monaten nach Niedersachsen zu holen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich stimme Ihnen vollkommen zu: Es sind letztlich nicht die Schlagzeilen und übrigens auch nicht emotionale Reden, die für die Menschen zählen, sondern es ist das, was bei ihnen ankommt, und es ist die Schlagzahl, mit der wir arbeiten. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Wir werden Sie daran messen, Herr Althusmann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was zermürbt noch? - Es ist die ewige Hoffnung, die jede Ministerpräsidentenkonferenz begleitet: Wird für mich etwas besser? Wird jetzt endlich gelockert? - Denn wir haben immer noch keinen bundesweiten Stufenplan, der Verlässlichkeit im Umgang und im Kampf mit dem Virus bringt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben erlebt, dass die Atempause im Sommer und auch der viermonatige Lockdown nicht genutzt

wurden, um Rahmenbedingungen, Schnelltests und Impfungen so auf den Weg zu bringen, dass ein Leben mit dem Virus realistisch und möglich erscheint, sondern dass wir uns von Woche zu Woche durch diesen Lockdown hangeln, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Dezember wurden groß Impfungen angekündigt, Sie haben irgendwelche Impfungen begleitet und Testzentren eröffnet - aber am Ende kamen die Impfungen nicht bei den Menschen an. Die Impfhotline sagte: "Kein Anschluss unter dieser Nummer". - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist es doch, was zermürbt - nicht nur der bloße Wunsch nach Öffnungen und persönlichem Wohlbefinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es fehlt eine Perspektive für ein Leben mit dem Virus. Das ist es, was zermürbt.

Herr Althusmann und Herr Weil - ich weiß, auch Sie schauen mir zu; Sie haben es angekündigt -,

(Zuruf: Er sieht alles!)

es wird ja gerne gesagt, Niedersachsen befinde sich gerade in einem Marathon im Kampf gegen das Virus. Es sei kein Sprint, sondern ein Marathon.

Ich finde dieses Bild sehr passend; denn Sie sind locker losgelaufen - von Maybrit Illner über Anne Will zu Markus Lanz -, hatten Unterstützung, haben gesagt: "Wir haben alles im Griff. Wir gehen den Weg von Maß und Mitte." - Man hat sich auf die Schultern geklopft. Viele waren zufrieden mit dem Krisenmanagement.

Dann ist Folgendes passiert: Sie sind zwei-, dreimal falsch abgebogen, haben sich verlaufen, sind einmal gestolpert, waren frustriert. Und jetzt, nach zwei Dritteln der Marathonstrecke, passiert das, was oft passiert: Wadenkrampf, keine Energie, keine Aussicht auf die nächste Energy Station! Und man fragt sich: "Wie geht es weiter? Ich brauche neue Energie." - Man verliert die Ausdauer und beginnt, zu straucheln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei haben wir das Ziel doch vor Augen. Wir können es doch schon sehen. Wir müssen es doch nur ergreifen, jetzt für den Schlusssprint noch einmal ausholen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir erfolgreich über die Ziellinie gehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte beim Thema Impfen anfangen. Wir alle sind hoffnungsvoll, dass es bald mehr Impfstoff geben wird. Herr Althusmann, was Sie sagen, ist nicht falsch; denn seit Monaten fordern wir Ihre Landesregierung dazu auf, die Betriebsärzte und die großen Player mit einzubeziehen. Die UVN haben erneut betont, dass sie mit Ihnen darüber reden wollen, wie sie Sie beim Impfen unterstützen können. Wir haben Sie aufgefordert, die Hausärzte mit einzubeziehen und mobiles Impfen voranzubringen.

Herr Althusmann, die Gespräche dazu könnten bereits gelaufen sein. Sie sollten sie nicht jetzt erst beginnen, sondern sie sollten schon abgeschlossen sein! Wenn der Impfstoff kommt, dann müssen wir impfen - 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das muss das Ziel sein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Letztlich wissen wir aus den bisherigen Bemühungen - die oft nicht falsch waren; wir haben Carola Reimann oft die Rückmeldung gegeben, dass wir den Ansatz richtig finden -, dass der Teufel im Detail steckt. Damals war es die Überlastung der Impfhotline: "Kein Anschluss unter dieser Nummer".

Jetzt sind es andere Fragen: Wie erreichen wir die Unter-65-Jährigen? Wie wickelt man die Impfung der Lehrkräfte ab, die noch immer keine Impftermine haben? Welche Rolle werden die Kommunen bei der Organisation der Einladungen spielen? Was kann die Anmeldeplattform des Landes überhaupt? Was bedeutet die Zulassung des Astra-Zeneca-Impfstoffs für Über-65-Jährige? - Wenn Sie als Landesregierung diese Antworten zu spät geben, dann wird genau das zur nächsten Frustration und Zermürbung führen. Das müssen wir verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleiches gilt für das Thema Schnelltests. Herr Althusmann, seit Herbst fordere ich Sie auf, Schnelltests voranzubringen. Seit Herbst weise ich auf Studien aus Hessen hin, in denen die Selbstanwendung von Schnelltests in den Schulen erprobt wurde. Seit Herbst fordere ich Sie auf, sich bei Herrn Spahn dafür einzusetzen, diese Tests aufgrund genau dieser Forschungen schneller zuzulassen.

Ich sage Ihnen, was passiert ist: Noch im Januar erzählte mir Ihr Sozialministerium, dass es sich dem nicht anschließt, weil es diese Schnelltests für

nicht valide genug hält. Im Februar, als Herr Weil hier das erste Mal von diesen Schnelltests gesprochen hat, hatte Berlin schon zehn Millionen Schnelltests bestellt. Als Sie am 1. März die Bestellungen überhaupt erst herausgegeben haben, hatte Berlin schon seit zwei Wochen in den Grundschulen getestet.

Das ist es, was ich Ihnen vorwerfe: Sie laufen an dieser Stelle hinterher, anstatt voranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP - Christian Meyer [GRÜNE]: Schlusslicht Niedersachsen!)

Wir müssen nicht darum herumreden: Es sind letztlich genau diese Begleitmaßnahmen, die Sicherheit und Klarheit im Leben mit dem Virus schaffen und der Gesellschaft und der Wirtschaft eine Perspektive geben. Hier sind wir gar nicht auseinander. Nur gewinnt die Gesellschaft den Eindruck, dass wir von MPK zu MPK gehen und die Hausaufgaben, die diese Perspektive schaffen würden, nicht gemacht wurden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist es, was zermürbt; denn diese Themen gibt es nicht erst seit Februar, als Sie sie entdeckt haben, sondern sie wurden in Niedersachsen - allerdings auch im Bund - einfach sträflich vernachlässigt.

Stattdessen haben Sie bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz einfach beschlossen, trotzdem schon einmal zu öffnen, um - mal wieder nach dem Prinzip Hoffnung - Druck aus dem Kessel zu nehmen - in der Hoffnung, dass nichts passiert, bis die Tests da sind, und man trotzdem noch eine Teststrategie etablieren kann.

Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, zermürbt; denn für viele Menschen fühlt sich das an wie ein Ritt auf der Rasierklinge, der viel zerstören kann, wenn er schiefläuft. Ich wünsche uns allen, dass das nicht so sein wird. Aber das Risiko räumen Sie ja selbst ein.

Die Bürgerinnen und Bürger hätten zu Recht erwarten können, dass Sie mehr als einfache Öffnungsschritte anbieten, die nicht durch flankierende Maßnahmen begleitet werden.

Beispielsweise sagen die Not- und Rettungsärzte: Sie öffnen drei Wochen zu früh. Die Voraussetzungen dafür sind nicht geschaffen. Es besteht die Gefahr, schneller in die dritte Welle zu rennen, als uns lieb ist.

Dass die Menschen in den Altenheimen geschützt sind, ist nur ein halber Trost; denn 50 % der Menschen in Niedersachsen gehören zu einer Risikogruppe. Das sind nicht nur die Menschen in den Altenheimen. Deswegen ist es wichtig, hier besondere Vorsicht walten zu lassen.

Es bedarf einer langfristigen Strategie mit den erforderlichen Begleitmaßnahmen. Deshalb fordern wir Sie auf: Denken Sie in Niedersachsen größer, Herr Althusmann, und auch Sie am Bildschirm, Herr Weil! Denken Sie weiter! Denken Sie nach vorne!

Herr Weil, Sie wandern ja gerne; Herr Althusmann, ich weiß nicht, ob auch Sie gerne wandern.

(Heiterkeit - Christian Meyer [GRÜ-NE]: Von links nach rechts und zurück!)

Wenn man sich in den Bergen befindet und ein Gewitter aufkommt, dann hat man zwei Möglichkeiten: Man kann sich als Team darüber streiten, wer es verpasst hat, in die Wetterkarte zu gucken; in diesem Fall der Bund, das Land oder die Kommunen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Immer die anderen!)

Man kann aber auch gemeinsam losrennen, einen Unterschlupf suchen und sich hinterher erzählen, dass es widrig und unvorhergesehen war, dass man es aber trotzdem gemeistert hat. Das sind die Geschichten, die man sich später noch erzählt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen deutlich: Die Schnellteststrategie, wie Sie sie in der Ministerpräsidentenkonferenz angelegt haben, reicht an dieser Stelle einfach nicht aus. Einmal in der Woche testen - liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit Schnelltests auseinandergesetzt hat, weiß, dass das nicht wirklich Sicherheit und keinen Überblick schafft und dass es nicht von Dauer ist.

(Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Auch Strategien zu freiwilligen Testungen bringen letzten Endes nichts; denn wer macht dieses Tests nicht? - Natürlich die, die auf der Party waren, von der niemand erfahren soll und bei der man sich potenziell infiziert hat.

Insofern möchte ich Sie auffordern: Testen Sie strategisch mindestens zweimal in der Woche in den Schulen und in den Betrieben! Machen Sie Tests zur Voraussetzung zum Einlass in den Handel und in die Gaststätten, wenn Sie diese öffnen!

Hier könnten und müssten Sie als Wirtschaftsminister und auch die gesamte Landesregierung weiter sein; denn das würde die Infektionszahlen dauerhaft senken und uns eine sichere Perspektive geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Althusmann, Sie haben gesagt, die Kinder wollen zurück an die Schule. Ich stimme Ihnen zu; wir beide haben Kinder und wissen das. Sie wollen zurück an die Schule.

Aber was haben Sie als Landesregierung getan? - Sie haben fünf Millionen Tests für die Schulen bestellt. Das reicht bei einer zweimaligen Testung für drei Wochen.

Dann haben wir gefragt, ob weitere bestellt sind. Das Ministerium sagte im Sozialausschuss: Nein, wir warten darauf, dass die Preise sinken. Es wird irgendwann ein Überangebot geben. Deswegen bestellen wir erst später.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist also die Priorität der Landesregierung mit Blick auf Bildung, Kinder und Jugendliche: pokern auf niedrigere Preise? - Ich muss Sie ernsthaft bitten: Ändern Sie das! Korrigieren Sie das! Schaffen Sie eine verlässliche Teststrategie nicht nur für die Schulen, sondern für alle Landesbediensteten und auch die Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Gar nicht beantwortet haben Sie die Frage, was mit Menschen ist, die sich diese Tests nicht leisten können. Menschen in Jobs, in denen die Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden, Menschen, die den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, sind doch besonders gefährdet. Aber es geht z. B. auch um Menschen, die unsere Sprache nicht sprechen. Auch sie dürfen wir doch bei diesen Schutzmaßnahmen nicht abhängen. Wo sind da Ihre Konzepte und Visionen? Das sind nicht wenige Menschen in Niedersachsen.

Hierauf braucht es Antworten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und schon wieder vergessen Sie den Sozialbereich und auch Jugendliche, die Jugendarbeit. Der Chef der Staatskanzlei sagte gestern, das habe bei der MPK eine untergeordnete Rolle gespielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie fatal ist es gerade in den Zeiten, in denen wir alle emotional angespannt sind, in denen viele Menschen um ihre Existenz fürchten, in denen viele Menschen von Armut bedroht sind, gerade im Sozialbereich, der das auffängt und kompensiert, zu sparen oder keine Konzepte vorzusehen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, legen Sie endlich einen Schwerpunkt auf die Sozialpolitik in der Krise; denn sie ist am Ende das Bindeglied in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Modder, Herr Toepffer, ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch etwas sagen, weil Sie ja gerne nach mir sprechen und sagen: Frau Hamburg, Ihre Anträge haben sich doch schon überholt. Packen Sie sie wieder ein. Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit. - Ich habe mir die Mühe gemacht und es noch einmal gelesen. Richtig, einige Dinge haben Sie übernommen. Sie öffnen mittlerweile die Zoos, die Bibliotheken,

(Zuruf von der SPD)

für Kinder und Jugendliche gibt es Ausnahmeregelungen. Ich will einmal klatschen: Sie hören auch Dinge, die wir sagen.

(Zurufe - Johanne Modder [SPD]: Zu spät! - Glocke der Präsidentin)

- "Viel zu spät" zu sagen, wollte ich Ihnen eigentlich ersparen, Frau Modder. Aber jetzt, wo Sie es sagen: Ja, auch viel zu spät. Tatsächlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Aber ich wollte Ihnen etwas Anderes sagen. Ich habe unsere Anträge seit April letzten Jahres noch einmal gelesen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich viele grüne Anträge gefunden habe, zum Bereich Schule, zum Bereich Wirtschaft, zur Kultur, zur Pflege, zum Gesundheitswesen, zum Sozialbereich, die immer noch aktuell sind. Es gibt Themen, über die wir hier seit April/Mai oder seit dem Herbst letzten Jahres sprechen und die noch aktuell sind, weil die Themen nicht angepackt wurden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das müssen wir ändern. Wir müssen endlich alle Bereiche in den Blick nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch einen Antrag zu einem Stufenplan eingebracht. Herr Althusmann, wo Sie gerade gesagt haben, dass er in der Anhörung der Landesregierung sehr gelobt worden ist: Die Unterlagen zu dieser Anhörung hätten wir gerne und warten seit einem Monat darauf. Es wäre schön, wenn Sie sie dem Parlament endlich übersenden würden. -So viel zur Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Parlament.

Heute bringen wir einen Antrag zum Thema Schnellteststrategie und begleitetes Öffnen ein. Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen? Weil es die große Enttäuschung dieser Ministerpräsidentenkonferenz ist, dass sie - insofern stimme ich Ihnen zu, Herr Althusmann - genau diese wichtige Frage der strategischen Mittel nicht beantwortet und das Problem nicht gelöst hat. Das war ein sträflicher Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern von Ihnen, das strategische Testen nach vorn zu stellen, mehr als einmal in der Woche zu testen - ich habe dies bereits ausgeführt - und auch zu schauen, wann und unter welchen Voraussetzungen diese sogenannten sicheren Zonen, die mal "grüne Zonen" hießen, eigentlich denkbar sind. Hierbei könnten Sie deutlich weiter sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern Sie also auf, diesbezüglich voranzugehen.

Um das Bild des Marathons noch einmal zu bemühen: Wir sind also bei zwei Dritteln des Weges angelangt. Was kann man da tun? Eine Möglichkeit besteht darin, sich der Tatsache, dass man sich verlaufen hat oder stehenbleiben musste und aus der Puste gerät, zu ergeben, aufzugeben, die Schultern hängen zu lassen und zu warten, bis die Kehrmaschine einen von der Straße fegt, sich auf die Wiese zu setzen und sich zu ärgern. Ich weiß, dass es eine anstrengende Zeit ist und dass viele in der Landesregierung, viele im Gesundheitswesen, viele in den Schulen, in den Kitas und überall gereizt und überlastet sind und nicht mehr wollen. Uns geht es nicht anders. Trotzdem könnten wir auch durchatmen, eine Banane essen und uns gegenseitig motivieren, das Ziel wieder in den Blick nehmen - denn das ist schon in Sicht - und motiviert gemeinsam den Schlussspurt einleiten.

Ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, plädiere für das Zweite. Lassen Sie uns also die Lücken gemeinsam schonungslos in den Blick nehmen. Lassen Sie sie uns schließen, und lassen Sie uns noch einmal alle die Zähne zusammenbeißen, auch wenn es gerade schwerfällt. Wir reichen Ihnen dafür weiterhin die Hand und werden jedenfalls nicht lockerlassen, Niedersachsen eine Perspektive für das Leben mit diesem Virus zu geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hamburg. - Nun erhält für die SPD-Fraktion die Fraktionsvorsitzende, Frau Modder, das Wort. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Alle anderen darf ich um Aufmerksamkeit bitten!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich will mich zu Beginn meiner Rede unserer neuen Sozialministerin, Frau Daniela Behrens, zuwenden. Herzlichen Glückwunsch! Herzlich willkommen zurück im Niedersächsischen Landtag und alles Gute und eine glückliche Hand bei den wirklich großen Herausforderungen! Ihr Haus muss sich mit weitaus mehr Themen als nur mit Corona beschäftigen, und dicke Schiffe wollen in Gang gesetzt werden. Von der SPD-Fraktion und von mir persönlich haben Sie jede Unterstützung.

Herzlich willkommen und alles Gute für das neue Amt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will es auch nicht versäumen, der früheren Sozialministerin, Dr. Carola Reimann, von dieser Stelle alles erdenklich Gute zu wünschen. Ich bin sicher, sie sieht ebenfalls zu. Ich wünsche ihr viel Kraft für diese schwere Zeit, und ich wünsche ihr von ganzem Herzen - ich spreche wohl für das ganze Haus - eine baldige und vor allem vollständige Genesung. Frau Dr. Reimann, es war für Sie eine schwere, aber menschlich und persönlich genau die richtige Entscheidung, sich jetzt mit aller Kraft um die eigene Gesundheit zu kümmern. Liebe Carola, dir alles erdenklich Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Kollegin Hamburg hat gerade gesagt, dass uns Ministerpräsident Stephan Weil zusieht. Natürlich auch herzliche Grüße an ihn ins Homeoffice, in die Quarantäne. Aber es gehen auch Genesungswünsche an die erkrankte Kollegin. Das sollte heute ebenfalls nicht zu kurz kommen.

Liebe Kollegin Hamburg, Sie haben bildlich von einem Marathon und über Verlässlichkeit gesprochen. Ich kann ja mit vielen Dingen, die Sie vorgetragen haben, leben, aber ich will auf eines hinweisen: Mit der Erfahrung von heute hätten wir vor einem Jahr vielleicht ganz anders reagiert. Ich glaube, wir müssen uns ehrlich machen. Dies ist nicht nur ein Problem Niedersachsens oder Deutschlands, sondern die ganze Welt kämpft gegen diese Pandemie, und alle versuchen, ihr Bestes zu geben. Natürlich lernt man in dieser Phase stets dazu.

Das Thema der Testung will ich kurz ansprechen. Sie haben recht. Wir haben ganz zu Anfang gesagt - und das ist bis heute so -, dass diese Testung für den Moment Sicherheit gebe, aber eben nicht auf Dauer. Dazu braucht es viele Überlegungen, auch hinsichtlich der Frage, wie wir diese Testung einbinden und wie wir mit dem Impfen weiterkommen können.

Ich hätte mir im letzten Jahr nicht vorstellen können, dass wir schon im Dezember anfangen könnten zu impfen. Wir haben uns nicht vorstellen können, dass die Impfstoffe so schnell freigegeben werden. Auch das gehört zur Wahrheit.

Manchmal kommt es mir so vor, als ob Sie aus der Opposition heraus ein Immer-mehr und ein Immerschneller fordern, immer fordern, noch andere Wege zu gehen. Aber man hat natürlich mit dem, was man im Moment abzuarbeiten hat, auch sehr viel zu tun.

Ich will einmal das Bild eines Marathons aufgreifen. Mir kommt es so vor, als ob Sie nicht die ganze Strecke im Blick haben, sondern sofort lospowern und auf halber Strecke leider erkennen müssen, dass Sie sich übernommen haben und dass Sie vielleicht besser etwas gemächlicher begonnen hätten, um die ganze Strecke zu schaffen.

Ich habe die herzliche Bitte, dass wir uns gegenseitig zugestehen, in dieser Pandemie jeden Tag dazuzulernen, und ich habe die große Hoffnung, dass wir aus dem Sonderausschuss "Pandemie" die richtigen Schlüsse für das ziehen, was uns vielleicht irgendwann wieder begegnen wird.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt noch einmal ganz kurz auf die aktuelle Situation eingehen und - ich glaube, das ist gerechtfertigt - einen Blick auf das Infektionsgeschehen werfen. Dabei will ich auch unser aller Erwartungen und die Erwartungen der Öffentlichkeit an diese Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Frau Bundeskanzlerin ansprechen.

Was hat man dazu alles lesen können! Die Ministerpräsidenten wurden eingeteilt in "Team Vorsicht" und "Team Hoffnung".

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es war schon früh bekannt, dass die Bundeskanzlerin eigentlich lieber keine Lockerungen vornehmen, sondern bis zum 28. März verlängern wollte, und nach wie vor der Inzidenzwert von 35 im Raum stand.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, wir alle sind uns sicher, dass dieser Inzidenzwert von 35 - wenn man das Infektionsgeschehen mit der Mutante heute bewertet - für uns in weiter Ferne zu sein scheint. Deswegen blickte man dieser Ministerpräsidentenkonferenz zwar mit großen Hoffnungen und Erwartungen, aber auch ein Stück weit realistisch entgegen. Wer war also "Team Vorsicht" und wer "Team Hoffnung"?

Nach der wirklich langen Konferenz erfolgte die Bewertung der Ergebnisse. Man las von einem Strategiewechsel, den angeblich keiner verstehen konnte, und es war von einem Trostpflaster die Rede, da die Corona-Müdigkeit um sich gegriffen hat und viele natürlich maßlos enttäuscht waren und sich mehr gewünscht haben, weil einige Bereiche gar nicht im Blick der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin gewesen sind. Ich denke da an die Bereiche Gastronomie, Tourismus und Hotellerie, die sich in den Gesprächen nicht wiedergefunden haben. Es herrscht also eine große Enttäuschung. Ich glaube, wir alle haben die öffentlichen Reaktionen zur Kenntnis genommen; es hat aber auch viele Anschreiben gegeben, die diese Frustration sehr deutlich gemacht habe.

Nach den aktuellen Zahlen von heute - Herr Dr. Althusmann hat das vorgetragen - liegt unser Inzidenzwert bei 64, bundesweit liegt er bei 65,4. Wir verharren also in diesen Werten zwischen 50 und 100 und haben daher das Gefühl, dass wir nicht wirklich vorankommen. Trotz aller Maßnahmen im Lockdown kommen wir nicht wirklich dazu, diese Inzidenzwerte zu senken. Das frustriert, weil auch die Menschen, die sich an alle Einschränkungen halten, nicht das Gefühl haben, dass wir jetzt gemeinsam etwas schaffen. Diese Frustration in einem Lockdown zu erleben, macht natürlich auch ein stückweit hoffnungslos. Die Zahl 35 schwebte über uns, und keiner weiß genau, was wir eigentlich noch machen müssen, um die Werte zu senken und wieder zu einem einigermaßen

vernünftigen oder normalen Leben zurückzukommen.

Wir sind - und ich glaube, das habe ich schon beim letzten Mal gesagt - in einer sehr schwierigen, wenn nicht in der schwierigsten Phase der Pandemie, trotz steigender Zahlen und einer sehr angespannten Infektionslage Perspektiven für Öffnungen und ein Leben mit dem Virus zu geben und dieses Virus sozusagen in die Schranken zu weisen.

Ich glaube, man hat an diesem Abend wirklich lange um jeden einzelnen Punkt gerungen. Es ist ein schwieriger Abwägungsprozess - auch das habe ich beim letzten Mal schon gesagt - zwischen Sicherheit und Freiheit. Was können wir uns erlauben? Was geht? Wir sind seit Mitte Dezember in einem harten Lockdown, und es ist sowohl von Herrn. Dr. Althusmann als auch von der Kollegin Julia Hamburg schon darauf hingewiesen worden, wie schwer die Folgen im sozialen, im gesellschaftlichen, aber auch im wirtschaftlichen Bereich sind.

Wir alle kennen das zu genau aus unseren Wahlkreisen. Wir kriegen die Meldungen, dass viele um ihre Arbeitsplätze bangen oder sie schon verloren haben und keine Perspektive mehr besitzen. Sie, Frau Hamburg, haben aber auch völlig zu Recht die Folgen besonders für Kinder und Jugendliche und im sozialen Bereich angesprochen.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment bitte, Frau Kollegin Modder. Ich darf ich um Ruhe bitten. Danke, Herr Siebels. Auch andere darf ich bitten, etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen. Danke auch Ihnen, Herr Meyer. Bitte, Frau Modder!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank.

Wir haben die Schäden und Folgen insbesondere im sozialen Bereich nicht aus dem Blick verloren, sondern - ganz im Gegenteil - wir nähern uns diesen Fragen immer mehr und müssen wirklich bedenken, warum es dabei geht: um Schicksale von Einzelpersonen und Familien.

Es ist eine Situation, in der die Anspannung fast greifbar ist. Frustration macht sich breit, weil wir trotz der Anstrengungen nicht erkennen können, dass wir wirkliche Erfolge erlangen.

Ich finde es immer noch wichtig, dass wir uns alle vor Augen führen, worum es eigentlich geht und welche Zielsetzung wir in dieser Pandemie haben. An erster Stelle steht, die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Manchmal habe ich das Gefühl, dass diese Ziele wegrutschen und man gar nicht mehr weiß bzw. viele nicht mehr wahrhaben wollen, wofür wir das eigentlich machen. Oder es wird - vorsichtig formuliert - gesagt: Das Gesundheitssystem kann ja noch viele mehr aufnehmen, die Belastung der Krankenhäuser ist ja entspannt, da geht noch mehr! - Das ist nicht mein Ansatz! Wir müssen von Anfang an versuchen, das Leben der Menschen zu schützen und das Gesundheitssystem so zu stabilisieren, dass sie die bestmögliche gesundheitliche Versorgung bekommen können.

Natürlich wollen wir die Infektionsketten erkennen, um die Infektionsdynamik damit zu durchbrechen. Dazu gehört natürlich auch die Nachverfolgung. Für mich war und ist der Inzidenzwert von 50 entscheidend. Bis zu diesem Wert sagen unsere Gesundheitsämter, sie können die Infektionsketten mit Sicherheit nachverfolgen.

Die Hilfen für die entstehenden Schäden - ob es die Wirtschaftshilfen oder die Hilfen für Familien sind - sind natürlich auch zu leisten. Wir sind darauf angewiesen, und - Sie haben es selbst angesprochen, Herr Dr. Althusmann - natürlich brauchen wir auch da die notwendige Dynamik, damit diese Hilfen auch wirklich ankommen.

Ich glaube also, dass wir schon sehr weit gekommen sind. Manchmal finde ich es schade, dass die Positivmeldungen in den Hintergrund treten und nicht nach vorne gestellt werden, wenn es darum geht, dass wir in Deutschland und auch in Niedersachsen einigermaßen durch diese Pandemie kommen. Das haben wir denen zu verdanken, die sich solidarisch und verantwortungsvoll an die Beschränkungen halten und das alles mittragen. Ich glaube, das ist an dieser Stelle einen wirklich herzlichen Dank wert! Das gilt auch für all diejenigen, die in den Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten mithelfen, das System aufrechtzuerhalten!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich haben wir auf der anderen Seite zur Kenntnis zu nehmen, dass das Virus weiter um sich greift. Die Wissenschaftler sagen uns ja, dass die britische Mutante eigentlich schon die Oberhand gewonnen hat, und viele sprechen davon,

dass das Virus uns - egal, was wir machen - überholt. Natürlich liegt es in der Natur eines Virus, sich weiterzuentwickeln. Auch das haben wir schweren Herzens zur Kenntnis genommen.

Auch wenn die Krankheitsverläufe leichter scheinen und wir die stark gefährdete Bevölkerungsgruppe immer besser schützen können, muss dies einen Einfluss auf unsere Überlegungen zum weiteren strategischen Vorgehen in dieser Pandemie haben. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt in kleinen Schritten lockern, uns vorsichtig vortasten, testen, impfen und - das dürfen wir nie vergessennatürlich auch die AHA-Regel weiter befolgen. Ich glaube, der Mundschutz wird uns noch für eine ganz lange Zeit begleiten.

Ich komme zum Thema Impfen: Ich glaube, dass wir sehr wohl vorankommen. Man könnte dafür eine Art Bundesligatabelle erstellen, aber auch wenn man sich diese anschaut, liegen die Differenzen im minimalen Bereich. Ich glaube, alle sind hier sehr um mehr Dynamik bemüht, wenn wir genügend Impfstoffe zur Verfügung haben. Der stellvertretende Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass an sieben Tagen die Woche geimpft werden soll. Ich persönlich glaube, dass die Arztpraxen dazu bereit sind und es auch schneller geht. Zumindest meine Gespräche mit Hausärzten zeigen, dass die das auch wollen. Die Arztpraxen schneller an den Start zu bringen ist ein Punkt, den sich die neue Sozialministerin sicherlich vornehmen wird.

Ich wünsche mir, dass auch mal Geschichten über die hochbetagte Bevölkerung der Über-80-Jährigen, die schon eine Impfung bekommen haben, berichtet werden. Es gibt unter ihnen viele, die sich erst sehr darüber geärgert haben, nicht sofort in der Impf-Hotline durchgekommen zu sein oder das Serum nicht sofort bekommen haben, jetzt aber geimpft sind und stolz von dieser Erfahrung erzählen. Ich habe eine alte Dame getroffen, die mir sagte, sie wäre dort gerne länger als die geforderten 15 Minuten zum Abwarten möglicher Reaktionen auf die Impfung geblieben, um sich das ganze Geschehen anzugucken, weil das richtig spannend ist. Diese Geschichten müssen wir doch nach vorne bringen, dass wir immer mehr der Gruppe der besonders gefährdeten Älteren in den Altenheimen durchimpfen und uns dadurch die Lockerungsschritte natürlich etwas leichter fallen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- Ich finde das schön.

Dann komme ich zu den Impfstoffen. Der Impfstoff von BioNTech/Pfizer hat uns zu Anfang das Problem bereitet, dass wir nicht ausrollen konnten, sondern dass wir die Impfungen zentral vornehmen mussten. Natürlich war das gerade für die Bevölkerungsgruppen, die nicht mobil sind, nicht so schön. Mittlerweile tun sich da aber Änderungen auf.

Der Impfstoff von AstraZeneca hat anscheinend ein kleines Imageproblem. Mittlerweile wissen wir - Gott sei Dank, die Impfverordnung des Bundes wird angeglichen -, dass auch über 65-Jährige damit geimpft werden dürfen. Der Wirkstoff ist gut. Die Nebenwirkungen zeigen, dass damit eine sehr gute Immunisierung möglich ist.

(Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz übernimmt den Vorsitz)

Nun sollten wir überlegen - nicht die über 80-Jährigen, die schon einen Termin haben; den sollten sie wahrnehmen -, ob diejenigen, die noch auf der Warteliste stehen, ortsnah bei ihren Hausärzten geimpft werden können. Damit würden wir der älteren Bevölkerung, glaube ich, eine Last abnehmen. Sie müssen zum Impfzentrum fahren und wissen nicht, was auf sie zukommt. Wegen des Vertrauensverhältnisses zwischen Patientinnen und Patienten und ihren Hausärzten könnten die Hausärzte viel besser für eine Impfung mit Astra-Zeneca werben und diese durchführen, als wir jemals mit öffentlichen Impfkampagnen erreichen würden. Ich werbe sehr für pragmatische Lösungen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Impfstoff - es bleibt dabei -, und wir müssen ihn schneller bekommen. Aber das haben wir leider nicht in der Hand. Ich glaube, wir alle warten auf den Impfstoff von Johnson & Johnson, der nur einmal verimpft werden muss. Auch das würde eine Dynamik in das Geschehen bringen.

Frau Ministerin Daniela Behrens, mein persönlicher Wunsch wäre - ich weiß, dass Sie eine sehr anpackende, engagierte Fachpolitikerin sind -: Helfen Sie nun im Gesundheitsbereich mit, dass die Kommunen an den Start kommen und dass auch die Hausärzte noch schneller starten können! Natürlich besteht weiterhin das Problem, dass wir den Impfstoff brauchen, und zwar so viel wie möglich. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir in den nächsten Monaten für mehr Dynamik sorgen können.

Viele Menschen warten auf die Impfung. Sie sind sehr glücklich und dankbar, wenn es dann geklappt hat. Ich glaube, bis zum Sommer werden wir ein ganzes Stück weitergekommen sein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Jetzt wurde die Debatte losgetreten, wie steigende Infektionszahlen und vorsichtige Öffnungsschritte zusammenpassen. Ich glaube, das geht, wenn man es zusammendenkt. Immer mehr Menschen sind durch Impfungen geschützt. Einige Berufsgruppen werden jetzt vorgezogen, beispielsweise ambulante Pflegedienste oder überhaupt Pflegedienste, Polizisten werden geimpft, Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, die einen wichtigen Job machen. So sind immer größere Teile der Bevölkerung geschützt.

Viele Gruppen sind enttäuscht, weil sie nicht genannt wurden; ich habe vorhin schon darauf hingewiesen. Aber dass wir jetzt bereits für den 8. März - in der Koalition in Niedersachsen besprochen - ganz konkrete Schritte einleiten, gibt den Menschen auch ein Stück Hoffnung. Die Voraussetzung ist natürlich, dass die Inzidenzwerte unter 100 liegen; ich spreche immer von 50 bis unter 100. Mein Landkreis ist leider über 100; wir sind davon noch ein bisschen entfernt.

(Zuruf: 99!)

- Ja, wir müssen ein paar Tage länger warten.

Aber dann werden die Kontaktbeschränkungen gelockert.

Es dürfen sich wieder fünf Personen aus zwei Haushalten treffen. Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgerechnet, sind also on top. Es ist auch richtig, Paare, die noch nicht zusammenleben, als einen Haushalt zu zählen. Das ist doch ein richtiger Schritt hin zu einer lebensnahen Umsetzung.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Kindergärten und Schulen sind mir ein Herzensanliegen, wie ich schon bei der letzten Regierungserklärung gesagt habe. Ich bin dankbar, dass wir in der Koalition zu gemeinsamen Verabredungen gekommen sind. Die Kleinsten in unserer Gesellschaft leisten den größten Anteil bei der Bekämpfung der Pandemie, und die Folgen kommen oft schleichend daher. Hier tragen wir eine große Verantwortung.

Sobald wir es verantworten können - ich glaube, aufgrund der Erfahrungen, die wir in den Grund-

schulen, in den Kindergärten gemacht haben, können wir das verantworten -, werden wir zu mehr Lockerungen kommen. Wir wollen die Kindergärten wieder mit festen Gruppen an den Start bringen und zum Wechselunterricht mehrere Jahrgänge in die Schulen holen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in Niedersachsen dieses Signal senden können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mein Dank geht an dieser Stelle explizit an die Beschäftigten in den Schulen und in den Kindertagesstätten. Sie alle sind ein Team, und sie leisten Großartiges. Sie kümmern sich um unsere Kleinsten und sind um ihr Seelenheil bemüht.

Dabei denke ich aber auch an die berufstätigen Eltern, die in diesem langen Lockdown an den Rand ihrer Kräfte gekommen sind, indem sie Arbeit, Kinder und Haushalt übereinanderbringen mussten. Es wird auch für sie eine riesige Entlastung sein. Zumindest haben mich einige Meldungen erreicht, die deutlich machen, dass jetzt endlich ein bisschen Licht am Ende des Tunnels erkennbar ist. Die Eltern können durchschnaufen und die Kinder allemal.

Ja, wir haben 5 Millionen Tests bestellt. Ich finde es abenteuerlich, wenn es dann heißt, dass das ja nur für drei Wochen reicht.

(Zuruf: Mathematik!)

Aber zu glauben, dass es das dann war, finde ich wirklich abenteuerlich. Das ist eine Unterstellung, die nicht stimmt. Auf diesem Weg werden wir natürlich weitergehen. Was unterstellen Sie uns denn?

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich werden wir auch im Bereich der Testungen weitermachen. Zur Öffnungsstrategie gehören natürlich Testungen und Impfungen, Herr Grascha, und zwar nicht nur für eine Woche oder für zwei Wochen, sondern für länger. Erzählen Sie den Leuten nicht so einen Unsinn!

Der zweite Punkt zum Thema Öffnungen: Ja, wir öffnen die Büchereien, Buchhandlungen, Museen, Galerien; ich will nicht alles vortragen.

Ich bin auch sehr dankbar, dass wir zum Thema Sport sagen: Bei den Kindergruppen sind bis zu 20 Personen möglich. Es ist ein Vorteil, da ein bisschen mehr Luft zu lassen.

Der Einzelhandel ist der Bereich, der sich neben der Gastronomie und der Hotellerie am meisten bei uns gemeldet hat, und zwar zu Recht. Die Einzelhändler sehen natürlich, dass große Geschäfte auf einmal ein ganz anderes Sortiment im Angebot haben. Der Einzelhandel ist sehr gekniffen. Ich halte es aber für vertretbar, es jetzt mit "Click and Meet" zu versuchen. Alles auf einmal zu öffnen würde das, was wir bis jetzt erreicht haben, wieder einreißen.

Nach 14 Tagen werden wir uns das erneut angucken; Herr Dr. Althusmann hat es angesprochen. Vor dem 22 März werden wir auch in der Koalition noch einmal darüber reden, welche weiteren Schritte unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Infektionslage möglich sind. Es hängt natürlich immer von der Infektionslage ab. Aber auch da werden wir ein Stück weiterkommen.

Mein Fazit für Niedersachsen: Wir wagen viel. Das ist auch risikobehaftet. Aber diese Schritte sind jetzt erforderlich, um ein Leben mit dem Virus zu ermöglichen und Wege aufzuzeigen, dass es gehen kann.

Ich habe die Dynamik im Hinblick auf die Impfungen und die Testungen angesprochen. Zu den Testungen will ich nur sagen - auch Herr Dr. Althusmann hat darauf hingewiesen -: Wir müssen sehen, wie wir das hinbekommen. - Nehmen wir z. B. die Gastronomie oder die Hotellerie: Aus meiner Sicht - ich weiß nicht, wie Sie das sehen darf es hier kein Selbsttest sein, sondern es muss schon attestiert sein, dass es ein verlässlicher Test ist. Auch dazu brauchen wir ein breites Ausrollen der Teststrategie. Meine Bitte ist, hier ebenfalls die Kommunen mit ins Boot zu holen, keine zentralen Testzentren aufzumachen, sondern Tests dezentral durchzuführen. In jeder Gemeinde, in jedem Ort stehen Räumlichkeiten zur Verfügung, die aufgrund der Pandemie im Moment nicht gebraucht werden. Wir müssen sicherstellen, dass dort Fachpersonal vorhanden ist, das diese Tests abnimmt und das attestiert. Es geht um Verlässlichkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

- Herr Nacke, wunderschön!

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Siehst du! Ich sage es ja: Kommunalpolitiker unter sich.

Ich glaube, wir kommen da ein Stück weiter, weil wir es lebensnah ausrollen müssen.

Eines will ich noch sagen, weil mich das umtreibt: Wir müssen bei diesen Testungen aber auch dafür Sorge tragen, dass auch diejenigen, die finanzschwach bzw. einkommensschwach sind, aber auch ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft haben, diese Testungen machen können. Wir müssen uns dafür einsetzen und uns darum kümmern, dass auch sie die Möglichkeit dazu haben auf welche Art auch immer. Mein Herzensanliegen ist, dafür zu sorgen, dass es hier keine Zweiklassengesellschaft gibt, sondern dass allen eine Teilhabe ermöglicht wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zum Schluss will ich ganz bewusst noch ein Thema ansprechen, das mich persönlich wirklich umtreibt.

Wir haben uns zu Beginn der Pandemie - ich kann mich noch gut daran erinnern -, als wir gemerkt haben, auf welche Personen es bei der Dynamik am Anfang ganz besonders ankommt, bei den Pflegekräften bedankt und ihnen Applaus gespendet. Das kam von Herzen. Denn wir wussten, dass es jetzt auf diese Personen im Gesundheitssystem ankommt.

Wenn ich manche Pressemeldungen lese, frage ich mich: Was ist eigentlich davon übriggeblieben? - Ich habe die ganz große Hoffnung bzw. Bitte, dass sich der Sonderausschuss "Pandemie" auch damit auseinandersetzt, was uns diese Pandemie eigentlich lehrt.

In der Presse ist zu lesen, dass - das wissen wir alle - insbesondere im Pflegebereich Fachpersonalmangel besteht. Dieser Fachpersonalmangel besteht auch deswegen, weil sich junge Menschen nicht für diesen Beruf entscheiden, da sie die Rahmenbedingungen nicht unbedingt sehr gut finden - ganz im Gegenteil. Man muss schon sehr davon überzeugt sein, um diesen Beruf zu wählen. Aber dazu ist erforderlich, dass diese Pflegekräfte vernünftig bezahlt werden und vernünftige Rahmenbedingungen vorfinden.

Auch Sie wissen, dass sich meine Fraktion - explizit nenne ich hier unseren sozialpolitischen Sprecher Uwe Schwarz - immer und immer wieder für das Thema Pflege einsetzt und hier hoch engagiert unterwegs ist. Wir stellen heute wieder fest: Wir kommen keinen Schritt weiter. Die Selbstverwaltung zeigt uns Grenzen auf, sodass wir als Politik im Kern nicht viel bewegen können. Der Bundesarbeitsminister hat sich dafür eingesetzt, dass der Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Er

ist leider gescheitert. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) - das ist nur eine Seite der Arbeitgeber - und die Gewerkschaft ver.di haben versucht, sich auf einen bundesweiten Tarifvertrag für Beschäftigte in der Altenpflege zu einigen. Dann kommt am 25. Februar die Meldung, dass die arbeitsrechtliche Kommission der Caritas den Antrag der BVAP und der Gewerkschaft ver.di auf Allgemeinverbindlichkeit ablehnt - ablehnt! -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Unglaublich! - Weitere Zurufe: Unerhört! Unfassbar!)

und eine Befassung damit im Bereich der Diakonie nicht stattfindet.

Also wieder mal gescheitert! Ich sage Ihnen: Das ist ein fatales Signal in den Bereich der Pflege. Das ist ein Schlag ins Gesicht!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann es nicht mehr glauben. Es nützt überhaupt nichts, wenn auf der einen Seite wir uns hier hinstellen und in Sonntagsreden dafür aussprechen, dass in der Pflege andere Rahmenbedingungen erforderlich sind, wenn wir auf der anderen Seite so etwas erleben. Ich glaube, dass die Grenzen der Selbstverwaltung irgendwann mal erreicht sind. Ich möchte Professionalität in der Pflege. Der Pflegeberuf darf nicht sozusagen abgewertet werden, indem nur von den Pflegehelferinnen und -helfern die Rede ist. Diese leisten wichtige Arbeit. Aber wir müssen dafür sorgen, dass die Bundesrepublik im Bereich der Anerkennung und der Wertschätzung der Pflege international nicht weiter abgehängt wird. Wir haben die Verantwortung, das hier offen anzusprechen. Die Gesellschaft darf nicht länger schweigen!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich glaube, dass wir bei der Pandemiebekämpfung jetzt ein schwieriges Stück Weg vor uns haben, der mit vielen Risiken behaftet ist.

Ich habe aber große Hoffnung, dass die Menschen in unserem Land ihre Eigenverantwortung wahrnehmen und schätzen lernen. Wir geben ein kleines, kleines Stückchen Normalität zurück. Hoffen wir, dass wir in 14 Tagen bei der nächsten MPK mehr Schritte gehen können, um noch weiter zu öffnen, damit wir ein Leben mit dem Virus möglich

machen: durch mehr Dynamik bei den Testungen und beim Impfen.

Ich bin mir sicher: Wir werden es gemeinsam schaffen, diesem Virus und den Mutationen, die unter uns weilen, offen die Stirn zu bieten, damit wir irgendwann gemeinsam sagen können: Das haben wir geschafft. Das ist bei uns einigermaßen glimpflich ausgegangen. Ich ermutige alle, wirklich das Positive zu sehen und in die Zukunft gerichtet zu arbeiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Kollegin und Fraktionsvorsitzende Modder. - Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Stefan Birkner das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Althusmann, vor der Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Mittwoch gab es doch recht hohe Erwartungen. Ich finde, diese Erwartungen waren zu Recht - auch nach den politischen Diskussionen, die wir hier geführt haben - darauf gerichtet, dass es konkrete Perspektiven gibt, und zwar umfassende konkrete Perspektiven - nicht nur für Teilbereiche.

Diese Erwartungen sind durch diese Konferenz, durch Ihre Regierungserklärung und auch durch den Verordnungsentwurf, den wir heute vorliegen haben, in weiten Teilen enttäuscht worden.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Denn wir haben für wesentliche Bereiche keine hinreichende Planungssicherheit und keine Perspektiven bekommen. Der Einzelhandel, die Gastronomie, die Hotellerie, der Kulturbereich, der gesamte Tourismusbereich sind im Wesentlichen vertröstet worden, und zwar wieder um vier Wochen. Man muss doch erst mal festhalten: Das, was hier passiert ist, ist nicht ein berechenbarer, planbarer Vorgang hin zu Lockerungen, der sozusagen den Menschen eine Perspektive aufzeigt. Im Kern - das wird in dem Beschluss deutlich - ist dies erst mal die Verlängerung des Lockdowns bis zum 28. März. Und: Man möge doch, bitte, die

MPK am 22. März abwarten, um zu schauen, wie es dann weitergeht. - Das ist nichts anderes als die Fortsetzung des Fahrens auf Sicht. Das ist viel zu wenig. Wir brauchen eine nachhaltige Strategie, wie wir sie seit Monaten einfordern.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben dargestellt, dass der einzig denkbare Weg sei, weiter auf die Inzidenzen abzustellen. Wir halten das ausdrücklich für den falschen Weg. Wir sind der Auffassung, dass wir eine differenzierende Beurteilung vornehmen müssen, und zwar anhand zusätzlicher Kriterien. Sie selbst haben doch in Ihrem Stufenplan den R-Wert herangezogen. Davon sagen Sie jetzt gar nichts mehr. Sie sagen, die Inzidenz sei das einzig Wahre. Der R-Wert spielt in Ihren Beurteilungen jetzt keine Rolle mehr.

Wir meinen darüber hinaus, dass der Impffortschritt berücksichtigt werden muss, insbesondere bei den gefährdeten Gruppen. Er spielt eine Rolle bei der Bewertung des Infektionsgeschehens genauso wie die Belastung des Gesundheitssystems, die Schwere der Krankheitsverläufe, die Verteilung in den Altersstufen und auch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Wenn Sie bei unserer Anhörung und den dort geäußerten Überlegungen dabei gewesen wären Ihre Fraktionen haben eine solche Anhörung im
Ausschuss ja leider verhindert -, dann hätten Sie
dort wissenschaftliche Expertise erleben können,
die genau dies einfordert. Dort wurde gesagt, dass
es eben nicht ausreicht, auf die Inzidenzen zu
gucken, sondern dass man zusätzliche Kriterien
heranziehen muss, um ein differenzierteres Bild zu
bekommen und differenzierte Antworten finden zu
können, anstatt mit dem Holzhammer immer nur
Freiheitsrechte einzuschränken.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie überhaupt nicht aufgreifen - das hat sich in Ihrem Redebeitrag nicht wiedergefunden und findet sich auch nicht in der Verordnung wieder - und z. B. auch von den IHKen gefordert wird, ist, dass man bei dem Blick auf die Inzidenzen lokal begrenzbare Geschehen gesondert betrachtet und ausweist und in einem Landkreis staatfindende, eingrenzbare Ausbruchsgeschehen - z. B. in einem Alten- und Pflegeheim oder in einer fleischverarbeitenden Einrichtung - herausrechnet. Dazu haben Sie nichts gesagt; dazu gibt es keinen An-

haltspunkt. Auch das halten wir für viel zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben eben - und das zeigt eigentlich schon, dass die Inzidenzen in Ihrer Systematik allein nicht das Ausschlaggebende sein können - selber darauf hingewiesen: Wenn es mehr Tests gibt, wird die Inzidenz steigen. - Was ist die Antwort darauf? Heißt das, dass das Infektionsgeschehen höher ist? - Nein, es werden nur mehr Infektionen erkannt; das tatsächliche Infektionsgeschehen ist das Gleiche. Trotzdem knüpfen Sie an diese Erkenntnis andere Rechtsfolgen und andere Wirkungen. Deshalb zeigt doch Ihre eigene Argumentation: Die Inzidenz allein ist nicht ausreichend. Wir halten es für einen großen Fehler, dass Sie trotzdem stur daran festhalten.

(Beifall bei der FDP)

Und dann zu den konkreten Inzidenzwerten: Da staunt man nur noch. Die Landesregierung versucht, sich jetzt irgendwie mit dem OVG herauszureden. Erst war es die Inzidenz 50. Da hieß es immer, dies beruht auf der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes bei der Nachverfolgung. Dann wurde das letzte Mal die 35 überraschend aus dem Hut gezaubert. Da hat uns der Ministerpräsident hier erklärt, das sei absolut richtig, weil diese Mutation so gefährlich sei und man das jetzt quasi als Vorsorgewert in den Blick nehmen müsse. Dann hat Sie das OVG offensichtlich eines Besseren belehrt, und jetzt sind Sie bei 100 angekommen.

Man kann das alles ja diskutieren, aber Sie müssen das mal nachvollziehbar darlegen und dürfen nicht immer so tun, als wenn das die zwingende logische Abfolge einer grandiosen Strategie ist, die Sie verfolgen. Das ist es nämlich bei Weitem nicht. Es ist ein Herumirren in diesem ganzen Feld. Sie haben keine konkreten Vorstellungen. Und das kostet Vertrauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Sie einmal daran erinnern, was Sie selbst Anfang des Jahres, am 3. Januar, gesagt haben. Da haben Sie in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gesagt:

"Wir müssen 35 erreichen, um die Lage in den Griff zu bekommen."

Was ist denn der Grund, aus dem Sie auf 100 kommen? Sie waren bei 35, zwischendurch bei 50, dann wieder 35, jetzt sind wir bei 100. Das bleibt

völlig offen. Sie haben da keine klare Linie. Und das ist genau das, was die Menschen irritiert, und der Punkt, an dem Sie Vertrauen verspielen.

Im Übrigen: Was macht die Mutation jetzt eigentlich? Welche Bedeutung hat sie für Ihre Politik? Sie haben dazu beim letzten Mal gesagt: Die 35 sei als Vorsorgewert nötig. - Herr Minister, Sie haben heute zu der Bedeutung und der Bewertung des Infektionsgeschehens seitens der Landesregierung mit Blick auf die Mutation nichts mehr gesagt. Das, was vor zwei Wochen noch die große Bedrohung war, spielt heute keine Rolle mehr. Was sollen wir denn davon halten? Wie ist denn die Einschätzung der Landesregierung bezüglich dieser Fragestellung?

(Beifall bei der FDP)

Wir meinen, es gibt bessere Methoden. Das haben wir auch in verschiedenen Anträgen vorgestellt und, wie gesagt, auch in der Anhörung erörtert.

Unter dem Strich sind die aufgezeigten vorsichtigen Öffnungen aus unserer Sicht viel zu zaghaft,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

weil sie nämlich hinter den Möglichkeiten bleiben, die wir in Deutschland doch eigentlich haben. Die Möglichkeiten, die bestehen, um tatsächlich wieder zu einem normaleren Leben zurückkehren zu können, werden nicht ausgeschöpft. Das betrifft die Frage der Nutzung der Digitalisierung - "Kontaktnachverfolgung" als Stichwort.

Herr Minister, Sie haben z. B. das Projekt aus Braunschweig angemerkt und da lobende Worte gefunden. Das ist ganz interessant. Nur würde ich gern wissen, was Sie ganz konkret tun, um diese Projekte tatsächlich in die Anwendung zu bekommen und in einer Verordnung zu verankern, sodass damit dann auch wirklich vor Ort gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Dazu findet sich nichts. Dazu haben Sie auch heute nichts gesagt. Das wäre hier eine gute Gelegenheit gewesen. Denn dort sind ganz viele Menschen aktiv, nicht nur in Braunschweig, auch in anderen Bereichen, die händeringend darauf warten, dass die Landesregierung ihre Initiativen endlich einmal aufgreift und ihnen eine Perspektive aufzeigt, wie es damit vorangeht. Aber da kommt von Ihnen und auch von Herrn Weil immer: nichts. Sie tun immer so, als wenn Sie damit eigentlich ganz wenig zu tun hätten. Dabei kommt es ganz entscheidend auf Sie an. Sie müssen Perspektiven

aufzeigen, die Initiativen aufgreifen und die Menschen ermutigen, diese Wege weiter zu gehen, und dürfen nicht immer so zaghaft, zögerlich und abwartend bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Neben der Digitalisierung haben wir die Schnelltests. Dazu komme ich gleich noch einmal. Wir brauchen also eine Vernetzung mit Digitalisierung, mit Schnelltests, im Übrigen auch mit Hygienekonzepten und da insbesondere auch mit technischen Lösung. Auch dort diese Zurückhaltung der Landesregierung gerade mit Blick auf die Schulen! Aus meiner Sicht ist es eine geradezu dramatische Zurückhaltung, die Sie da an den Tag legen, weil Sie wirklich wichtige Chancen verspielen. Ich nenne ferner den Impffortschritt und die Organisation und Durchführung der Impfungen! Alles das zusammen bietet viel mehr Möglichkeiten als die, die bisher ausgenutzt werden. Dort bleibt Deutschland, bleibt Niedersachsen hinter seinen Möglichkeiten zurück, und das ist wirklich alles andere als akzeptabel, weil es im Moment um so viel geht. Das ist nichts, was man mal tröpfchenweise, stufenweise machen kann, sondern das muss vehement angegangen und mit viel mehr Konsequenz verfolgt werden.

(Beifall bei der FDP)

Eine dramatische Erkenntnis, die wir nicht nur in Niedersachsen, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus, aber eben auch insbesondere in Niedersachsen gewinnen, ist, dass der Grund dafür, dass es in vielen Bereichen nicht vorangeht, schlicht organisatorische Defizite aufseiten der Regierungen sind. Da kommen wir wieder an einen Punkt, an dem das Vertrauen massiv leidet. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, alle diese beschriebenen Möglichkeiten gut zu organisieren, intelligent miteinander zu verzahnen, dann verliert er doch auch die Berechtigung, permanent einfach die Freiheitsrechte der Menschen einzuschränken. Er muss doch seinerseits alles tun, was er tun kann, um überhaupt eine Rechtfertigung dafür zu haben, dauerhaft die Freiheits- und Grundrechte einzuschränken. Liefert er nicht, verliert er die Akzeptanz für diese Einschränkungen und am Ende das Vertrauen in die Pandemiebekämpfung - und dann droht man tatsächlich den Kampf gegen eine solche Pandemie zu verlieren, weil die Menschen einem nicht mehr folgen, weil sie sehen, dass der Staat überfordert ist: Die behaupten immer nur, die reden immer nur, aber sie machen nichts und kriegen es nicht auf die Reihe! - Das frustriert die Menschen und bringt sie am Ende dazu, sich abzuwenden. Sie sehen das an den Umfragewerten, die wir gerade haben. Das ist eine höchst bedenkliche Entwicklung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, Sie haben ausgeführt: Vor diesem Hintergrund ist eine Strategie an den Grenzen ihrer Möglichkeiten angekommen, die neben Impfungen und Kontaktnachverfolgung vor allem auch auf staatlich angeordnete Kontaktreduzierung setzt.

Sie haben also die Strategie verfolgt - das haben Sie jetzt mal sehr schön und sehr deutlich gesagt; ich finde, das ist ein einigermaßen erschreckender Befund -, dass Sie sagen: Wir wollen Impfung, Kontaktnachverfolgung, Kontaktreduzierung. -Das war Ihre Strategie bis heute. Da gibt es kein Wort z. B. von Tests. Die Kollegin Hamburg hat es gesagt. Seit Herbst sprechen nicht nur wir - wir haben es ja auch aus der öffentlichen wissenschaftlichen Debatte aufgegriffen - über Test, sondern darüber wird auch politisch, gesellschaftlich, wissenschaftlich gesprochen,

(Beifall bei der FDP)

und es geht um genau die Frage, die ich eben beschrieben habe: Wie kann man eigentlich die ganzen Themenbereiche zusammenfügen? "Digitalisierung" war als weiteres Stichwort genannt. Aber Ihre Strategie bisher war: Wir wollen Impfung, Kontaktnachverfolgung und Kontaktreduzierung. -Das ist bisher die Strategie der Landesregierung gewesen. Das haben wir immer so gesehen und auch immer deutlich kritisiert. Ich bin Ihnen aber in gewisser Weise dankbar, dass Sie das noch einmal deutlich gemacht haben. Denn es gibt eben viel mehr. Es ist wirklich das Versagen dieser Landesregierung, sich stur an diesen Elementen festzuhalten und all die politischen Diskussionen, die wir hier geführt haben, überhaupt nicht - so hat man den Eindruck - wahrgenommen zu haben, sondern der Zeit wirklich massiv hinterherzuhinken. Das muss dringend abgestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es aus unserer Sicht richtig, wenn Sie sagen: Die Strategie ist an Grenzen gekommen. Man muss sie weiterentwickeln. - Wir würden sagen: Es ist dringend ein Strategiewechsel nötig. Sie müssen endlich wegkommen aus dieser schlichten eindimensionalen Perspektive und die Komplexität der Lösungswege endlich wahrnehmen und diese tatsächlich entsprechend nutzen.

Meine Damen und Herren, Sie haben auch in Ihrer Rede ausgeführt, dass Sie sich jetzt gezwungen sehen, das weiterzuentwickeln, weil Sie spüren, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Auch das ist für uns nicht der entscheidende Punkt. Ich habe gesagt, es ist ein entscheidender Punkt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Das muss man wirklich sehr ernst nehmen. Aber es wäre doch längst Anlass gewesen, einen Strategiewechsel vorzunehmen mit Blick auf die massiven negativen Auswirkungen des ersten Lockdowns. Das war doch schon der Zeitpunkt. Es kommt doch gar nicht so sehr darauf an, dass die Akzeptanz jetzt sinkt. Sie haben sozusagen gesagt: Das machen wir so lange weiter, wie es akzeptiert wird. -Aber welche Rolle haben dann tatsächlich die negativen Folgen des Lockdowns in sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht gespielt? Die waren doch da. Sie als Ministerinnen und Minister erleben doch, wie dramatisch das alles ist. Das hat aber nicht gereicht, um bei Ihnen zu einem frühzeitigen Strategiewechsel zu kommen. Im Gegenteil: Sie haben bis heute daran festgehalten.

Der zweite Punkt, der doch längst zu einem Strategiewechsel hätte führen müssen - alleine das hätte schon ausreichen müssen -, ist die eigentlich schon beschriebene abstrakte Erkenntnis, dass der Staat die Grundrechtseingriffe immer so gering halten muss wie nur möglich und nicht einfach weitermachen kann, bis es quasi knirscht und sich die Bevölkerung meldet. Vielmehr muss der Staat von sich aus darauf achten, die Grundrechtseingriffe gering zu halten. Auch das hätte eigentlich schon frühzeitig gereicht, um zu einem Strategiewechsel zu kommen. Deshalb ist es aus unserer Sicht bitter, dass es so spät ist. Aber ich will auch deutlich sagen: Besser spät als nie.

Wir unterstützen es also, wenn es zu einem solchen Strategiewechsel kommt, haben aber die eindringliche Bitte, dass Sie auch die Aspekte, die in der politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte über das, worauf Sie sich festgelegt haben, entsprechend diskutiert werden, in der parlamentarischen und politischen Debatte und möglicherweise auch im Regierungshandeln aufgreifen. Da reicht es eben nicht aus - Herr Minister, wenn ich Sie kurz stören darf in Ihrer Unterhaltung -, dass Sie uns hier einfach mal aus dem Koalitionsausschuss berichten und sagen: Da hat sich die Frau Modder eingebracht und der Herr Toepffer hat sich eingebracht. - Das ist eine öffentliche parlamentarische Debatte, die man führen

muss. Das ist doch das Entscheidende. Wir müssen hier darüber diskutieren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich glaube, Sie nehmen das gar nicht mehr wahr. Sie haben doch diese ganzen wichtigen Diskussionen, den Streit über die richtige Strategie, in ein geheim tagendes Gremium, den Koalitionsausschuss, vertagt.

(Zuruf von der SPD: Das findet doch statt!)

Ich befürchte, Sie nehmen nicht einmal mehr Ihre Fraktion ernsthaft mit bei dem, was Sie tun. Das ist wirklich ein Versäumnis. Damit schaden Sie am Ende den demokratischen Prozessen in diesem Land. Das muss auch dringend ein Ende haben. Aber Sie kennen unsere Haltung dazu. Das monieren und kritisieren wir seit Monaten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, einiges ist überfällig, und das will ich gerne benennen. Wie gesagt: besser spät als nie. Einige Punkte werden angegangen, aber nach wie vor zu zaghaft.

Zur Teststrategie. Bernd Althusmann hat in der Rede über "die neue Generation von Schnelltests" gesprochen. Da fragt man sich wirklich, welche neue Generation er jetzt meint. Diese Schnelltests sind seit Herbst letzten Jahres bekannt. Man kann darüber nachdenken, ob die Probe durch die Nase oder durch den Mund entnommen wird oder ob Speichel im Mundvorderraum entnommen wird. Aber das ist keine neue Generation! Sie versuchen hier, den Eindruck zu erwecken, wir seien jetzt in eine neue Stufe eingetreten, weil die Schnelltests vom Himmel gefallen seien. Das sind sie nicht! Sie sind seit Monaten vorhanden. Sie haben offensichtlich nicht mit den Herstellern gesprochen, wie wir es getan haben und wo uns klar aufgezeigt wurde: Schnelltests können ein Gamechanger sein. Sie tun so, als wenn Sie sie heute entdeckt hätten. Das ist nicht richtig, meine Damen und Herren. Deshalb: Lassen Sie das! Sie zeichnen damit offensichtlich ein neues verfälschtes Bild.

(Beifall bei der FDP)

Die Schnellteststrategie, die jetzt richtigerweisezu spät, aber immerhin - angegangen wird, ist längst überfällig. Wenn heute davon gesprochen wird - Frau Modder hat das auch getan -, man müsste dieses und jenes berücksichtigen, dann stellt sich auch da die Frage: Warum haben Sie es nicht längst getan? Frau Hamburg hat ja geschildert, dass Berlin vorangegangen ist, dass andere Länder vorangegangen sind. Österreich macht das in den Schulen. Warum hat man in Niedersachsen heute eigentlich keine Schnellteststrategie?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Warum ist das nicht geregelt? Die Fragestellungen sind: Wie wird das eigentlich personalisiert? Welche Rechte jemand hat, der getestet wurde? Wie kann das dazu beitragen, dass man wieder ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben ermöglicht? Dabei sind ja viele Fragestellungen zu diskutieren. Aber die Erfahrung, die wir mit der Landesregierung und mit der Bürokratie, die Sie dann immer aktiviert haben - oder die Bürokratie behindert die Regierung; ich weiß es nicht so genau -, gemacht haben, ist: Das wird doch wieder Wochen und Monate dauern, bis Sie in der Lage sind, hier entsprechende Strukturen aufzubauen. Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren! Sie verlieren hier viel zu viel Zeit. Unser Appell ist deshalb, jetzt hier wirklich zügig voranzugehen und sich eben nicht durch bürokratische Prozesse länger aufhalten zu lassen. Das muss jetzt endlich vorangehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, dann sagen Sie z. B. solche Sachen wie: Es geht um ein Konzept von gesicherten Zonen. - Was heißt das denn? Was heißt denn "ein Konzept von gesicherten Zonen" im Detail? Das werfen Sie hier einfach so in den Raum. Wie soll das denn funktionieren, dass man in gesicherten Zonen agiert? Wie interagieren eigentlich gesicherte und nicht gesicherte Zonen? Was bedeutet das für die Unternehmen, die möglicherweise gebietsübergreifend unterwegs sind, oder auch für die Bürgerinnen und Bürger? - Das werfen Sie einfach so in den Raum: ein Konzept von gesicherten Zonen. Wo ist denn dieses Konzept? Wann können wir dieses Konzept erwarten? - Da haben Sie wieder nicht geliefert. Das ist doch genau das, was einen wirklich so zermürbt, wie hier eben schon beschrieben wurde.

Zum Impfen, meine Damen und Herren, muss man Folgendes deutlich machen. Da braucht man auch nichts schönzureden. Wir lesen doch die Statistiken, wir lesen doch die Presseberichterstattung. - Das ist übrigens keine Berichterstattung, die die Opposition initiiert. Das sind bundesweite Zeitschriften, Zeitungen und Journalisten, die das auswerten. Das ist nicht etwas, wo man sagen

kann: Die Opposition interpretiert das jetzt wieder falsch. - Das sind Journalisten, die objektiv recherchieren. Da haben wir hier die klare Erkenntnis, dass Niedersachsen weiterhin in der Gruppe der Bundesländer mit der niedrigsten Impfrate und in der Spitzengruppe bei den nicht verimpften Impfstoffen ist.

Was ist denn die konkrete Antwort auf die Frage, wann es hier tatsächlich vorangeht? - Dazu sagt der Minister Althusmann: Wir brauchen eine spürbare Steigerung. - Na herzlichen Dank! Natürlich brauchen wir die spürbare Steigerung. Das weiß jeder Zeitungsleser, wenn er das morgens sieht; denn er ist frustriert und sauer, dass es in Niedersachsen nicht vorangeht, dass man es hier mit einer Regierung zu tun hat, die dann sagt: Wir brauchen eine spürbare Steigerung.

Das ist doch viel zu wenig, Herr Minister! Warum sagen Sie uns denn nicht, was Ihre konkreten Antworten, die konkreten Antworten der Landesregierung darauf sind? Wie wollen Sie es denn steigern? Wann wird es gesteigert? Auf Ihrem Landesparteitag haben Sie in Ihrer Bewerbungsrede ja noch Frau Ministerin Reimann dafür kritisiert und gesagt, das müsse jetzt mal vorangehen. Und bis heute haben Sie nichts geliefert! Das ist nicht das Problem einer Sozial- und Gesundheitsministerinschon gar nicht von Frau Behrens, die ist neu im Amt-, das ist Ihr Problem - und übrigens auch das Problem des Herrn Ministerpräsidenten,

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

der es immer versteht und versucht zu verstehen und der immer sagt: Das ist ein Problem, das wir mal lösen müssen; das hat aber mit mir eigentlich gar nichts zu tun, das müssen andere machen, entweder die Ministerin oder die Kommunen! - Nee, das geht nicht länger! Sie sind in der Verantwortung als stellvertretender Ministerpräsident, Stephan Weil ist in der Verantwortung als Ministerpräsident. Das sind Dinge, an denen man Sie messen kann. Wir werden Sie auch daran messen, dass das jetzt vorangeht. Dann hilft es Ihnen nicht, sich hinter anderen Institutionen oder Personen zu verstecken.

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren. Hier wird jetzt auch gesagt: Wir wollen die bessere Einbindung der Hausärzte erreichen. - Sie haben das für Ende März, Anfang April in Aussicht gestellt. Da ist die Rede davon, dass das Schritt für

Schritt erfolgen soll. Warum dauert das eigentlich so lange? Warum geht das nicht sofort? Warum ist man nicht längst mit den Hausärzten so weit, und warum macht man ein Pilotprojekt mit fünf Arztpraxen in Niedersachsen, um offensichtlich Impforganisation irgendwie zu erproben, obwohl Ärzte doch eigentlich in der Lage sind, Impfkampagnen konsequent durchzuführen, wie etwa bei der Grippeschutzimpfung? Die Grippeschutzimpfung wird jedes Jahr durchgeführt. Woran liegt es denn? Warum ist man in Niedersachsen hier nicht längst weiter, und warum guckt man da zu? - Dass das jetzt Ende März, Anfang April in Aussicht gestellt wird, ist unserer Ansicht nach ein viel zu langer Horizont. Das muss insgesamt schneller gehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir würden auch gern die Debatte darüber führen, wie es denn eigentlich mit der Relevanz von Impfungen für weitere Offnungen ist. Ich habe vorhin gesagt, dass es eine ganze Reihe von Aspekten gibt, die man in der Öffnungsdebatte berücksichtigen muss. Dazu gehört eben auch der Impffortschritt. Dann ist ja die Frage, was an Impfungen zu knüpfen ist. Der Kollege Toepffer hat das hier wiederholt thematisiert. Nur, ich warte immer noch auf den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion dazu. Wir würden diese Debatte gerne führen. Herr Toepffer sagt immer: Wir müssen darüber sprechen, welche "Privilegierungen" Geimpfte haben und welche nicht. - Herr Althusmann hat sich dazu mal in einem Interview geäußert und gesagt, wie es aus seiner Sicht weitergehen kann.

(Dirk Toepffer [CDU]: Sagen Sie mal etwas dazu!)

- Herr Toepffer, ich kann Ihnen ganz klar sagen, was unsere Haltung ist. Ich sage Ihnen das auch gleich. Es hilft nur nicht, einen Stein ins Wasser zu werfen und sich nicht zu positionieren. Wenn Sie es ernst meinen als CDU-Fraktion, zu diesen Fragestellungen etwas zu sagen, dann müssen Sie auch mal eine parlamentarische Initiative hier im Parlament ergreifen. Dann können wir diese Debatte gern führen und auch gern streitig führen. Aber immer nur zu sagen, das sei ein interessantes Thema - ich halte es auch für ein interessantes und wichtiges Thema -, sich aber nicht zu positionieren, bringt uns doch nicht weiter in den Debatten. Wir müssen doch zu Ergebnissen kommen! Da liefern die Fraktionen von SPD und CDU offenkundig nicht mehr als die Ankündigung.

(Beifall bei der FDP)

Und für die FDP-Fraktion kann ich Ihnen sehr deutlich sagen, dass eine Kombination aus einer intelligenten Teststrategie, die sozusagen nachweist, dass in dem Moment keine Infektiosität gegeben ist - sei es über 24 oder 48 Stunden; darüber wird man streiten können -, und einem Impffortschritt zu Öffnungen führen können muss. Das muss klug miteinander verzahnt werden. Wenn nachgewiesen ist, dass es keine Infektiosität von Geimpften gibt, dann sind die Grundrechtseingriffe ihnen gegenüber auch nicht mehr zu rechtfertigen, und dann müssen auch Geschäftsmodelle ermöglicht werden, bei denen sowohl Getestete als auch Geimpfte als Kunden empfangen werden können. Das ist die Haltung der FDP-Fraktion, und darüber können wir gerne diskutieren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Lassen Sie uns doch gemeinsam eine Haltung dazu entwickeln! - Dazu kommt aber eben nichts.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss zu dem Bereich der Schulen und der Kindertagesstätten kommen. Das ist ja ein ganz zentraler Bereich. Auch hier haben übrigens viele auf die Ministerpräsidentenkonferenz geguckt - übrigens offensichtlich auch Herr Minister Tonne; denn er hat ja seine Ankündigung, schon in der Woche der MPK zu öffnen, mehr oder weniger klammheimlich, weil es erst auf Nachfrage in der LPK kundgetan wurde, zurückgezogen. Dann wurde aber plötzlich auf der MPK gesagt, das sei jetzt doch Sache der Länder, was ja auch prinzipiell richtig ist.

(Johanne Modder [SPD]: Das haben Sie schon beim letzten Mal gesagt!)

- Ja. Es gibt aber offensichtlich keine wirklichen Planungen. Sie tun wieder das, was Sie wiederholt getan haben: Kindertagesstätten und Schulen werden jetzt wieder in die Situation gebracht, dass sie das alles sehr kurzfristig hochfahren und organisieren müssen, ohne darauf wirklich vorbereitet zu sein.

(Johanne Modder [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Daran haben die sich möglicherweise schon gewöhnt, das ist aber sicherlich kein glücklicher und guter Zustand.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Birkner, das stimmt nicht, was Sie da sagen!)

Das Entscheidende aber, Frau Modder, ist erst einmal - jenseits der Frage, dass wir es ausdrücklich begrüßen, dass die Schulen wieder geöffnet werden - - -

(Johanne Modder [SPD]: Ach!)

- Ja, auch das ist eine bekannte Haltung der FDP-Fraktion. Für uns ist es wichtig, so früh und so viel wie möglich zu beschulen und die Kindertagesstätten zu öffnen.

(Johanne Modder [SPD]: Aber nicht zu früh!)

Wir fragen uns allerdings schon, Herr Minister, was sich jetzt eigentlich im Vergleich von der vergangenen Woche oder von dieser Woche zu kommender Woche geändert hat.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Darauf gibt es keine Antwort!)

Was hat sich am Infektionsgeschehen geändert? Warum waren Sie eigentlich gehindert, die Schulen, die Sie nächste Woche öffnen wollen, schon in dieser Woche zu öffnen oder die weiteren Jahrgänge schon in dieser Woche wieder hereinzuholen? Was ist eigentlich der sachliche genaue Unterschied? - Es gibt keinen. Das Infektionsgeschehen ist leider eher negativ. Es war in den letzten Wochen fast noch besser. In den Schulen ist nichts weiter passiert, was Hygienemaßnahmen und technische Lösungen angeht. Da beharren Sie auf Ihrer, wie wir meinen, falschen Position, dass es mit dem Stoßlüften getan sei. Nichts ist passiert. Es gibt also keinen Unterschied. Das heißt mehr oder weniger: Wenn Sie Ihre Maßstäbe bei sich selbst anlegen, haben Sie Wochen vergeudet. Sie haben entweder Wochen bei dem Bildungsfortschritt der Kinder vergeudet, weil Sie in Kauf genommen haben, dass diese nicht in die Schule gehen, oder Sie haben Wochen im Fitmachen der Schulen für die Pandemie vergeudet. Beides ist nicht gut. Deshalb ist das keine konsistente Politik, die Sie hier vorweisen können.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen auch, dass in den Schulen getestet werden soll. Wir verfolgen einen Dreiklang von testen, schützen und impfen. Nach unserer Vorstellung müssen Personal sowie Schülerinnen und Schüler zweimal pro Woche getestet werden, und es ist Sache des Landes, dafür die Voraussetzungen zu schaffen, die Tests zu besorgen und den Schülerinnen und Schülern sowie dem Personal zur Verfügung zu stellen.

Das Ziel muss allerdings sein, zu täglichen Testungen zu kommen, meine Damen und Herren. Wir wollen und müssen sicherstellen, dass die Schulen tatsächlich ein sicherer Ort sind. Das wird nur u. a. mit einem solch umfassenden Testprogramm möglich sein.

Auch bei den Erzieherinnen und Erziehern, wo es noch schwieriger ist, Distanz herzustellen, wo es einfach nicht möglich ist, den Tagesablauf so getrennt zu gestalten, wie das in Schulen möglich ist, brauchen wir schon jetzt tägliche Testungen, um hier möglichst viel Sicherheit zu erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch der zweite Bereich ist wichtig: das Impfen. Auch hier muss eine Priorität auf den Bildungsbereich gesetzt werden. Die Erzieherinnen und Erzieher sollen nach unserer Vorstellung bis zum Ende der Osterferien durchgeimpft werden. Genauso sollte man einen Schwerpunkt bei den Lehrerinnen und Lehrern setzen, um dort auch möglichst viele bis zum Ende der Osterferien zu impfen, um die Schule als sicheren Ort und Kindertagesstätten als sichere Orte auszugestalten.

Schließlich brauchen wir technische Hygienemaßnahmen. Wir bleiben dabei. Ich weiß, Sie können es nicht mehr hören, Herr Tonne. Uns geht es ähnlich; denn wir haben immer die frustrierten Eltern, Lehrer, Schulleiter, Unternehmerinnen und Unternehmer, die das alles sponsern wollen und gegen eine Bürokratie laufen, von der man den Eindruck hat, dass sie sie gar nicht nimmt. Da wird immer auf das Merkblatt des Landesgesundheitsamtes verwiesen. Eine sachliche intensive Auseinandersetzung mit den Argumenten ist aber tatsächlich nicht erkennbar. Es rächt sich, dass Sie das am Anfang immer so abwehrend behandelt haben, dass niemand in der Landesregierung mal gesagt hat: Okay, wir nehmen das mal zentral in die Hand und kümmern uns gezielt darum! - Stattdessen hat man zumindest vor Ort immer den Eindruck, dass sich der eine hinter dem anderen versteckt. Das ist extrem unbefriedigend.

Wir sind der Überzeugung, dass solche technischen Lösungen ein Weg sind, um mehr Sicherheit in Kombination mit anderen Anlagen zu erzeugen, und dass das viel, viel offensiver mit Luftreinigungsanlagen, Luftfilteranlagen, Schutzwänden usw. angegangen werden müsste, die dann nicht nur in Einzelfällen, sondern in der Breite zur Anwendung kommen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Für uns ist es wichtig, dass wir ein differenzierteres Bild des Infektionsgeschehens als Grundlage des staatlichen Handels nehmen. Alleine die Inzidenzen sind es nicht.

Wir müssen darüber hinaus am Ende durch Testen, durch Impfen, durch Hygienekonzepte, durch Digitalisierung und durch Forschung auch zu differenzierteren Antworten kommen und eben nicht zu diesen eindimensionalen Betrachtungsweisen, wie wir sie erleben, und der Staat muss aus diesen Erkenntnissen und Fähigkeiten, die er haben sollte, am Ende tatsächlich auch seinen Teil zur Pandemiebekämpfung leisten. Da passiert zu wenig. Denn nur dann, wenn er das tut, sind auch die Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger hinnehmbar.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer das Wort. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich wende mich zunächst an den Herrn Ministerpräsidenten und wünsche ihm von dieser Stelle, dass er die Quarantäne gesund und munter verlassen wird. Bis dahin möge er der CDU-Fraktion die Freude darüber gönnen, dass Bernd Althusmann heute sein erstes Kabinettsmitglied ernannt hat. Es bleibt ja das Kabinett des Ministerpräsidenten, doch darüber haben wir uns sehr gefreut.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Das feiert ihr jetzt den ganzen Tag!)

- Man muss ja in diesen traurigen Zeiten auch mal etwas zum Freuen haben.

Herr Birkner, Ihnen vielen Dank für diese Warum-Rede: Warum, warum, warum, warum? - Ich stelle Ihnen die Frage: Warum läuft es eigentlich da, wo die FDP mitregiert, nicht besser?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Wissen Sie, Sie machen hier so unglaublich viel heiße Luft. Es ist alles schlecht, und Sie wissen alles besser. Wenn man sich mal die Impfzahlen anguckt, haben Sie recht: Die sind deutschlandweit zu niedrig. - Aber wenn ich mir die Abstände zwischen Niedersachsen und den zusammen mit der FDP regierten Ländern Schleswig-Holstein oder NRW angucke, bewegen wir uns im 0,1-Bereich. So viel Luft für so wenig Abstand - das ist echt erstaunlich!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Wissen Sie, ich bin immer wieder überrascht, was Sie so alles wissen - und vor allen Dingen, dass Sie es immer schon von Anfang an gewusst haben!

(Johanne Modder [SPD]: Ja, genau!)

Heute haben Sie uns ja wieder erklärt, wie man das machen kann: Man muss einfach nur die wissenschaftliche Debatte einbinden. - Das war Ihre Botschaft.

(Johanne Modder [SPD]: Ja, *die* Wissenschaft!)

Ich kann Ihnen sagen: Vieles ist über die Pandemie geschrieben worden. Im Laufe der Zeit findet wohl ein jeder so seinen Lieblingsartikel. Ich habe davon mehrere. Einer befindet sich in der aktuellen Ausgabe des Spiegel. Er trägt die Überschrift: "Propheten auf dem Irrweg". Der Artikel beschäftigt sich mit der Frage, welche Virologen mit ihren Corona-Vorhersagen richtig lagen oder eben danebenlagen. Ich mag diesen Artikel aus mehreren Gründen - natürlich vor allem deshalb, weil er beschreibt, dass auch Virologen irren können, Wissenschaftler, deren Aussagen wir in den vergangenen Monaten geradezu gierig aufgenommen haben, Wissenschaftler, deren Meinungshoheit stellenweise so weit ging, dass man dachte, sie und nicht die gewählten Regierungen würden die Macht im Staate ausüben. Es waren Wissenschaftler, denen viele nicht zu widersprechen wagten und deren Expertise man besser nicht hinterfragen sollte.

Aber in diesem Artikel wird so wunderbar aufgezeigt, dass auch Wissenschaft irren kann. Wie erfrischend ist es, zu lesen, dass Hendrik Streeck im Frühjahr 2020 behauptet hat, die Influenza werde in diesem Jahr eine größere Gefahr darstellen als das neue Coronavirus! Und schön, zu lesen, dass Christian Drosten zwischenzeitlich der Meinung war, Atemschutzmasken könnten zur Ein-

dämmung der Pandemie keinen Beitrag leisten. Das macht die beiden irgendwie menschlich, wo sie doch schon so etwas Übermenschliches hatten!

Ich mag diesen Artikel auch deshalb, weil darin folgende Aussage getroffen wird: Das, was gute Wissenschaft ausmacht, ist der Selbstzweifel, die Bereitschaft zur Revision. - Dem ist unbedingt zuzustimmen. Aber ich meine, dass dies eben auch für die Politik gelten muss, insbesondere dann, wenn sie sich von der Wissenschaft beraten lässt. Politik braucht wissenschaftlichen Rat - gerade in einer solchen Pandemie.

Aber Christian Drosten hat einmal die Frage aufgeworfen, woher ein Politiker wissen soll, wer sich wirklich auskennt. Das ist eine gute Frage, insbesondere dann, wenn sich selbst diejenigen, die sich auskennen, offensichtlich irren können. Man weiß es eben nicht. Und weil man nicht weiß, welche Berater nun die richtigen sind, und weil sich auch diese Berater irren können, sollte auch der Politik die Bereitschaft zur Revision zugestanden werden. Auch wenn wir oftmals versuchen, einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken: Wir sind nicht wirklich klüger als der Rest des Landes. Wir sind nur diejenigen, die eine Entscheidung treffen müssen, und dabei können auch wir irren.

Die bisherigen Entscheidungen der deutschen Corona-Politik halte ich trotz allem für überwiegend richtig. Das unterscheidet uns. Das wichtigste Ziel dieser Politik war und ist es gewesen, das Gesundheitssystem niemals zu überlasten. Dieses Ziel haben wir zu jedem Zeitpunkt erreicht. Jede Erkrankte, jeder Erkrankte konnte in Deutschland die bestmögliche medizinische Behandlung in Anspruch nehmen. Wer eine Intensivbehandlung oder ein Beatmungsgerät benötigt hat, hat diese auch bekommen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Die Triage hat es in Deutschland nicht gegeben. Stattdessen konnten wir Patientinnen und Patienten aus anderen Ländern versorgen, und darauf darf Deutschland, aber auch die deutsche Politik durchaus stolz sein.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die wirtschaftlichen Folgen für das Land sind natürlich verheerend - keine Frage! Aber auch hier gilt: Es hätte bereits viel, viel schlimmer kommen können. Die Arbeitslosenzahlen sind bemerkens-

wert solide und stabil. Die Zahl der Insolvenzen ist noch nicht explodiert. Insbesondere das Kurzarbeitergeld hat sich wieder einmal als deutsche Spezialität in der Krise bewährt, und auch darauf können wir stolz sein.

Es besteht aber kein Anlass zur Überheblichkeit. Vieles hätte besser laufen können - auch und gerade beim Thema Impfen. In vielen Punkten hat sich die Politik in der Tat geirrt, wobei nicht jeder Irrtum vermeidbar war. Wie viele andere bin ich selbst beispielsweise fest davon ausgegangen, dass wir das Virus innerhalb eines Jahres besiegen würden, und zwar in der Weise, dass es gelingen würde, die Inzidenzzahlen gegen null zu drücken - dauerhaft. Diese Vorstellung müssen wir nun revidieren. Corona ist nicht so schnell zu besiegen, und deshalb müssen wir lernen, mit dem Virus zu leben, indem wir unsere Maßnahmen nicht mehr nur darauf abstellen, die Inzidenzzahlen zu drücken, sondern indem wir Maßnahmen ergreifen, um mit einer bestimmten Inzidenzzahl zurechtzukommen. Das klingt banal, ist aber tatsächlich ein Paradigmenwechsel in der deutschen Corona-Politik.

Diesen Paradigmenwechsel müssen wir ungeachtet aller Warnungen auf den Weg bringen. Unsere Aufgabe ist ja eine andere als die der Virologen. Aus medizinischer Sicht wäre es vermutlich das Beste, gar keine Lockerungen der bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zuzulassen. Das wäre der sicherste Weg. Das ist aus wissenschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Unsere Aufgabe ist aber weitaus komplexer als die der Virologen. Virologen arbeiten für die Gesundheit einer Gesellschaft. Wir verantworten aber auch den Zusammenhalt dieser Gesellschaft.

Ich habe in den letzten Monaten insbesondere mit Ihnen, Herr Dr. Birkner, immer wieder über aktuelle Umfragen gestritten und darüber diskutiert. Das ist richtig. Vor zwölf Monaten waren drei Viertel der Bevölkerung der Meinung, dass unsere Maßnahmen angemessen seien oder sogar strenger gehandhabt werden müssten. Die Bevölkerung hat den Kurs der Politik mit großer Mehrheit mitgetragen. Das ist jetzt in der Tat anders. Das haben Sie zu Recht hier dargelegt.

Es ist aber nicht so, dass wir unsere Politik nach der jeweiligen Stimmung in der Bevölkerung ausrichten sollten oder gar aktuellen Umfragen folgen müssten. Das Problem ist ein anderes. Maßnahmen wie die zur Eindämmung der Corona-Pandemie funktionieren eben nur dann, wenn sie eine breite Akzeptanz erfahren. Das ist hier mehrfach gesagt worden. Mangelt es an dieser Akzeptanz, wird die Einhaltung der Vorschriften schwierig, und die Zahl derer, die sich über diese Vorschriften hinwegsetzen, steigt. In dem Augenblick, in dem sich immer mehr Menschen über Regeln und Vorschriften hinwegsetzen, werden diese Regeln und Vorschriften auch von denen in Frage gestellt, die diese Regeln und Maßnahmen an sich für richtig halten. Das ist ein wenig wie beim Steuernzahlen: Man macht es ungern, wenn man den Eindruck hat, dass nicht alle anderen mitmachen. Man sollte sich dabei nicht selbst betrügen und wissen: Man kann keine Politik gegen die eigene Bevölkerung machen.

Es gibt aber auch einen dritten Grund für den Paradigmenwechsel: Wir verantworten den Zusammenhalt der Gesellschaft, und dieser Zusammenhalt leidet. Für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger ist die Grenze der Belastungsfähigkeit erreicht. In der Tat: Die Nerven liegen blank. Das zeigt sich an unendlich vielen kleinen Beispielen. Vor wenigen Wochen haben wir eine für hiesige Breiten ungewöhnlich harte Winterwoche erlebt mit eisigen Temperaturen und Schneemengen, die wir lange Zeit nicht mehr gesehen hatten. Viele von denen, die sich diesem Schneechaos beruflich entgegenstellen mussten, berichteten von einer nie dagewesenen Aggressivität, die ihnen entgegenschlug. Im Umgang mit Räum- und Reinigungsdiensten hat sich da offensichtlich manches entladen, das sich über Monate in unserem Land aufgestaut hatte. Man konnte das in den sozialen Medien sehr gut nachvollziehen.

Ich konnte in den darauffolgenden Tagen, als die Sonne strahlte, jeden Verantwortlichen verstehen, der sehr vorsichtig war, Ordnungskräfte zu beauftragen, die für die Einhaltung der Corona-Vorschriften auf unseren Straßen und Plätzen Sorge tragen sollten. Ausschreitungen, wie wir sie leider erneut in Stuttgart erleben mussten, sind uns glücklicherweise erspart geblieben. Ein ausdrücklicher Dank an alle unsere Polizeikräfte, die selbst unter den Corona-Maßnahmen leiden und doch für ihre Durchsetzung sorgen!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Ein Blick in diese Richtung: Ich finde es übrigens beschämend, dass es ausgerechnet die Law-and-Order-Truppe um den früheren AfD-Chef Hampel ist, die hier wieder einmal der Polizei das Leben schwer macht und deren Autorität infrage stellt. Auf einen Polizeieinsatz zur Überprüfung einer 20-köpfigen Gruppe, die sich ohne Masken und Mindestabstand - wozu auch immer - in einem Waldstück getroffen hat, reagiert der - wozu auch immer - dort ebenfalls anwesende Hampel mit der Bemerkung - ich zitiere -: "Die Polizei spielt sich in einer Form auf, dass sie ihr positives Rollenbild bei der Bevölkerung verspielt." So nachzulesen in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 3. März 2021.

Werte Kollegen, die Sie dieser besonders um Rechtsstaatlichkeit bemühten Partei angehören: Es sind nicht unsere Polizeibeamten, die durch Erfüllung ihrer Dienstpflicht ihr Rollenbild verspielen - es sind Sie und Ihresgleichen, die das Ansehen unserer Polizei beschädigen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Abenteuerliches geschieht aber auch im linken Spektrum der Gesellschaft. Da wird eine Gruppe von Punkern in der Landeshauptstadt bei einer Hochzeitsüberraschung überfallen, weil man sie für Querdenker hielt. Die Täter waren linke Aktivisten.

Herr Birkner, wer hier die völlig sachliche Debatte vor zwei Wochen am 17. Februar - behalten Sie dieses Datum; am 17. Februar habe ich hier das erste Mal gesagt, wir müssen die Debatte beginnen - über die Fortsetzung von Grundrechtseinschränkungen für Geimpfte verfolgt hat, der konnte sich davon überzeugen, dass die Solidarität in der Gesellschaft bröckelt. Häufiger Tenor dieser Debatte - ich habe das dann gemerkt - war: Wenn wir schon unter Corona leiden, dann bitte schön gemeinsam! - Es ist kein Wunder, dass man sich dann scheut, diese Debatte weiterzuführen.

Ich selbst hatte das Thema in der Tat angesprochen und deutlich gesagt, dass die Aufhebung der Einschränkungen für Geimpfte überhaupt nur dann denkbar ist, wenn erwiesen ist, dass diese nicht mehr ansteckend sind. Obwohl ich daraufhin ebenfalls einige recht unfreundliche Bemerkungen aus der Bevölkerung erhalten habe, will ich hier deutlich sagen - Herr Birkner, da sind wir ganz nahe beieinander -: Ich bin weiterhin der Meinung, dass all jene, die in dieser Pandemie nicht mehr ansteckend sind - seien es Geimpfte oder durch Test belegt Gesunde -, schnellstmöglich wieder in den Wirtschaftskreislauf eingebunden werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will dies am Beispiel der Lufthansa deutlich machen. Das konnten wir alle gestern und heute

lesen. Da plant man den Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen, weil dieses Unternehmen in der Pandemie unverschuldet stündlich einen Verlust von einer halben Million Euro macht. Wir können diesem Unternehmen und seinen Beschäftigten jetzt helfen, indem wir diese Verluste irgendwie kompensieren - was aber nicht dauerhaft möglich sein wird -, oder wir machen das, indem wir dafür sorgen, dass alle, die nicht ansteckend sind, so schnell wie möglich wieder reisen können.

Ich sage es noch einmal: Diese Debatte wird an Fahrt gewinnen - nicht nur deshalb, weil sie in ganz Europa geführt wird. Nicht umsonst hat sich die EU bereits auf ein digitales Impfzertifikat geeinigt.

Wer auf die Immunisierung setzt, muss sich aber ehrlicherweise eines eingestehen: Die Akzeptanz für eine größere Bewegungsfreiheit für Immunisierte setzt auch voraus, dass jeder in absehbarer Zeit immunisiert werden kann.

(Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Impfgerechtigkeit ist der Baustein für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleiches gilt für die Tests, die heute schon in aller Munde waren und deren Verteilung wir hoffentlich besser organisieren, als dies beim Impfstoff der Fall gewesen ist.

Die Kollegin Hamburg hat ja in der letzten Plenarwoche formuliert: Draußen ist das neue drinnen. - Das ist eine Formulierung, die ich weiterhin für gefährlich halte, weil sie nämlich suggeriert, dass man alles das, was bislang drinnen unmöglich war, jetzt ungefährdet draußen machen kann. Das ist mitnichten so.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das sagt ja unser Konzept nicht!)

Es gibt auch dort immer noch Einschränkungen. Deswegen habe ich so meine Probleme mit dieser Formulierung, übrigens auch mit Ihrem Ratschlag hinsichtlich Gewitter, wenn ich das einfließen lassen darf. Wenn Sie wirklich einmal mit einer Gruppe im Wald unterwegs sind und es zu gewittern anfängt: Rennen Sie nicht ziellos durch den Wald und suchen nach einem Unterschlupf - legen Sie sich auf den Boden, das ist allemal sicherer!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

- Das zeigt es. Sie reden viel von der Natur, aber in der CDU gibt es manchmal den besseren Sachverstand. (Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

- Ihre Empörung nehme ich zur Kenntnis.

Ähnlich gefährlich ist die Formulierung: Testen ist das neue Impfen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Das ist nicht von Ihnen, das kommt von anderen.

Wir haben als Politik in den letzten Wochen bei dem Thema Impfen wirklich viel Vertrauen verloren, weil wir uns nicht früh genug mit den Problemen auseinandergesetzt haben, die bei einer solchen Massenimpfung mit völlig neuen Impfstoffen auftreten können. Ehrlich gesagt, begann die Aneinanderreihung von Fehlern ja schon sehr früh. Tatsächlich begann sie bereits mit der Frage der Priorisierung, indem man nämlich nicht fein genug differenziert hat, sondern diese Differenzierung in viel zu großen Einzelgruppen vorgenommen hat. Ich will an dieser Stelle aber nicht zurück, sondern nach vorne schauen. Man muss nur in der Lage sein, diese Fehleinschätzung als solche zu erkennen und eingestehen. Leider gilt das Eingeständnis von Fehlern in der Politik aber oftmals als Tabu mit verhängnisvollen Folgen.

Wir hätten die offensichtlichen Probleme in der Impfstrategie gerne gemeinsam mit Carola Reimann aufgearbeitet. Das hatten wir ja bereits in der letzten Plenarwoche angeboten. Dass dies aufgrund der Erkrankung der früheren Ministerin nicht möglich ist, bedaure ich wirklich sehr und wünsche Frau Reimann an dieser Stelle - auch für meine Fraktion - eine baldige Genesung.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Mein Angebot richtet sich nun an ihre Nachfolgerin, Frau Behrens. Wir wünschen Ihnen bei der Optimierung der Verfahrensabläufe eine glückliche Hand. Kritik sollten Sie stets als konstruktive Kritik begreifen. Wir werden gemeinsam für den Erfolg oder Misserfolg unserer Corona-Politik verantwortlich gemacht. Das sollte zwischenzeitlich auch der Letzte in der Landespolitik begriffen haben.

Die jetzigen Beschlüsse der MPK können zum Erfolg dieser Corona-Politik beitragen. Skepsis ist aber in der Tat ein Stück weit angesagt. Wenn wir den Menschen beispielsweise versprechen, dass quasi flächendeckendes Testen zahlreiche Lockerungen ermöglichen kann, muss auch sicherge-

stellt sein, dass diese Tests in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Als CDU-Fraktion hätten wir uns übrigens in einigen Bereichen etwas mehr Freiheit zurückgewünscht. Ich weiß, dass wir da in der Koalition nicht ganz allein gewesen sind. Wir erkennen aber auch an, dass es nicht an der Zeit ist, alles über Bord zu werfen, was wir in den letzten Monaten für richtig hielten. Das Virus ist weiter aktiv, die Gefahr noch immer präsent. So lockern wir in Niedersachsen mit Augenmaß und Vorsicht, weil wir die Gesundheit der Menschen weiterhin im Auge haben.

Es gibt Bereiche, in denen wir nach wie vor völlig anders unterwegs sind, als dies bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition der Fall ist.

Herr Dr. Birkner, wir sind nach wie vor der Meinung, dass es falsch wäre, Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich völlig aus der Kontrolle zu nehmen. Ihr Hinweis in der letzten Plenarwoche. Nordrhein-Westfalen würde diesbezüglich ebenso verfahren, mag mich nicht nur nicht vom Gegenteil überzeugen, er war auch sachlich falsch. Die in der Corona-Verordnung des Landes NRW festgeschriebenen Beschränkungen gelten tatsächlich nur für den öffentlichen Raum, indem man dort an die Vernunft eines jedes appelliert, da haben Sie recht. Jetzt kommt die wichtige Ausnahme: Feiern und Partys sind überall verboten, ob privat oder öffentlich. Das sind genau diese privaten Feiern und Partys, die uns in der Vergangenheit große Sorgen bereitet haben, weil wir genau dort die Ansteckungsherde vermuten.

(Zuruf)

Dies ist einer der Gründe, weshalb wir uns eine baldige Wiederöffnung der Gastronomie wünschen, weil dort für die Einhaltung der Hygienekonzepte gesorgt wird, ohne dass wir flächendeckend kontrollieren müssen, weil wir vermeiden wollen, dass die Menschen mit ihren Feiern in den privaten Raum und in die Illegalität abgedrängt werden.

In Ihrem Antrag habe ich leider keine Einschränkung hinsichtlich dieser privaten Feiern gefunden. Wenn es anders gemeint war, stellen Sie es klar, vielleicht kommen wir da zueinander.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Hoffentlich gibt es die Gelegenheit dazu!)

- Sie werden es nicht glauben, sehr geehrter Herr Kollege, ich habe dieser Verordnung noch nicht einmal in Gänze lesen können, weil ich sie so spät bekommen habe. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Zuruf Dr. Stefan Birkner [FDP])

- Dann ist es gut, dass Sie das für mich erledigt haben.

Was ich hingegen in Ihrem Antrag gefunden habe, sind zahlreiche Vorschläge, wie man zusätzliche Stellschrauben in den niedersächsischen Stufenplan einbauen könnte. Ihre diesbezügliche Argumentation ist in weiten Teilen nachvollziehbar. Nur auf die Inzidenz abzustellen, ist wissenschaftlich vielleicht zu kurz gegriffen.

Politisch gedacht ist es aber anders. Sinn und Zweck dieses Stufenplans ist vor allem folgender: Die Menschen verlangen nach ein wenig Sicherheit, sie wollen wissen, in welchem Wechselspiel einerseits die Kontaktbeschränkungen und andererseits das Infektionsgeschehen stehen. Damit sie aber hinsichtlich ihrer eigenen Situation noch ein wenig planen können, muss dieser Stufenplan nicht nur gut durchdacht, sondern vor allem verständlich sein.

Über den jetzigen Beschluss der MPK wurde scherzhaft gesagt, er sei so kompliziert formuliert, damit die Menschen zuhause bleiben, weil niemand die Öffnungsmöglichkeiten verstehen würde. Ich halte das für übertrieben, aber wenn die Menschen nicht nur auf den Inzidenzwert schauen müssen, um zu ahnen, wie es weitergeht, sondern auch den R-Wert, die Belegung der Krankenhäuser, der Intensivbetten, die Entwicklung der Zahl der schweren Krankheitsverläufe und die Zahl der Todesfälle im Auge behalten müssen, dann sollten wir, Herr Birkner, wie ich finde, hier ausnahmsweise mal ein bisschen auf die deutsche Gründlichkeit verzichten.

Stichwort "deutsche Gründlichkeit". Ich denke, da sind wir wieder beieinander. Wir müssen uns insgesamt daran gewöhnen, der Krise zwar gründlich, aber nicht zu bürokratisch zu begegnen, vielleicht einmal ganz spontan und mutig zu improvisieren. Innovation ist in der Krise gefragt, vielleicht auch einmal abseits üblicher Hierarchien und Strukturen, möglichst passgenau mit Hilfe der Kommunen und vielleicht mit etwas weniger Nörgelei und Griesgram. Nur so kommt Deutschland aus der Krise: mutig, beherzt und mit reichlich Zuversicht.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Toepfer. - Wir haben weitere Wortmeldungen der fraktionslosen Mitglieder des Landtags vorliegen. Frau Präsidentin hatte darauf hingewiesen, dass die fraktionslosen Mitglieder jeweils anderthalb Minuten Redezeit bekommen. Einige haben quasi einen Zuschlag auf ihr Gesamtredezeitkontingent angemeldet. Ein Gros hat daher zweieinhalb Minuten. Das nur zur Information.

Die erste Wortmeldung liegt uns vom Abgeordneten Klaus Wichmann vor. Bitte schön!

Klaus Wichmann (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mesdames et messieurs, faites vos jeux. - So heißt es beim Roulette, wenn man seine Wette platzieren soll, und genauso kommt mir die Landesregierung mittlerweile vor. Mein liebes Volk, komm mit mir, wir spielen eine Runde Inzidenzroulette. Wir platzieren zunächst einmal unsere Wette auf die 35. Ach, nicht gewonnen. Auf ein Neues! Dieses Mal wetten wir auf die 100. - Inzidenzroulette.

Noch vor wenigen Tagen - wir haben es bereits gehört - war die Inzidenz 35 die heilige Kuh der Landespolitik, und jeder, der dagegen argumentierte, war ein Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner, wahlweise auch gleich Rechtsextremist, aber mindestens gefährlich - ein Irrer.

Jetzt also Inzidenz 100. Begründung? - Aufgepasst! Ministerpräsident Weil gestern bei "Hallo Niedersachsen": Wir wollen uns nicht mehr nur auf den Lockdown verlassen. - Auf Deutsch: Der Lockdown hat nicht funktioniert.

Ich komme mir in diesem Haus langsam wie ein Prophet vor. Noch im Januar stand ich hier und habe genau das gesagt. Der Lockdown funktioniert nicht. Da hießt es noch von Herrn Weil: Nein, sieht man doch, er zeigt bereits Wirkung. - Und heute sagt der Ministerpräsident: Der Lockdown funktioniert nicht.

Wissen Sie, was ich glaube? - Dieser Ministerpräsident funktioniert nicht. Das ist doch keine Führung, das ist doch keine Strategie, wenn ich mit einem Federstrich meine gesamte vorherige Politik wegradiere und mich dann fröhlich hinstelle und sage: Wir lernen dazu. - Es freut mich, wenn Sie dazulernen, das freut mich sehr, aber mit diesem Lerntempo bleiben Sie sogar in der 1. Klasse Grundschule sitzen. Jede Woche Ihres Schneckentempos kostet wie viele Existenzen? Haben Sie das einmal durchgerechnet? - Auch nicht.

Jeder Tag Ihres Roulettespiels lässt Menschen in Angst und Verzweiflung. Ich brauche die Branchen nicht alle aufzuführen; die kennen wir alle. So sind Hotellerie und Gastronomie z. B. Dank Hygiene-konzepten nachgewiesenermaßen kein Verbreitungsort. Wann machen die jetzt auf? - Dafür gibt es nicht einmal ein Konzept. Am Sankt-Nimmerleins-Tag? - Es gibt keinen fachlichen Grund, dafür kein Datum zu nennen. Das ist reine Willkür, das ist Roulettespiel, nur dass es Woche für Woche für immer mehr Menschen wirtschaftlich heißt: Rien ne va plus.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ebenfalls zweieinhalb Minuten Redezeit erhält der fraktionslose Abgeordnete Harm Rykena.

Harm Rykena (fraktionslos):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! "Neue Perspektiven durch Testen und Impfen" - So überschreibt die Landesregierung ihre heutige Regierungserklärung. Die Schulen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Der Kultusminister wird auf den Seiten seines Ministeriums mit folgenden Worten zitiert: Konsequent wäre es jetzt, das gesamt Schulpersonal zu impfen.

Doch, was bedeutet das? In welcher Weise genau wird das Impfen von Lehrkräften Auswirkungen auf die weitergehende Öffnung von Schulen für den Präsenzunterricht haben? Sind geimpfte Lehrer nicht mehr ansteckend? Müssen geimpfte Lehrer zukünftig keine Masken mehr tragen, ungeimpfte aber schon? Welche Folgen hat es, wenn sich nicht das gesamte Kollegium impfen lässt? Wie werden die Lehrer ohne Impfung zukünftig eingesetzt?

Dabei müssen wir eines dringend festhalten: Die Impfung mit den neuen genverändernden Impfstoffen ist höchst umstritten. Ich möchte sogar sagen: Sie ist nachweisbar gefährlich.

In den Medien beginnt dazu wieder das Spiel mit den Zahlen. Während der öffentlich-rechtliche Deutschlandfunk jubelt und titelt "Nach Corona-Impfung viel weniger Tote in Altenheimen", zeigt ein Blick auf die allgemeinen Sterbezahlen auf Basis der Originaldaten vom RKI ein ganz anderes Bild. Seit Beginn der Impfungen explodieren die Sterbezahlen in Altersheimen geradezu.

(Zuruf: Was will man dazu noch sagen?)

In den Medien häufen sich Meldungen über massive gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Nebenwirkungen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es sieht fast so aus, als ob die gesundheitliche Gefährdung durch die Impfungen höher ist als durch das Coronavirus selbst.

(Zuruf: Sie haben vor allem Angst, nur vor diesem Virus nicht!)

Insbesondere der Impfstoff von AstraZeneca hat mittlerweile einen solch schlechten Ruf, dass Impfungen mit diesem Präparat immer wieder abgesagt werden.

(Zuruf: Gemeingefährlich! - Weitere Zurufe)

Kurz: Bei vielen Menschen bestehen gut begründete Vorbehalte dagegen, sich impfen zu lassen.

(Zuruf: Vorbehalte ja, aber nicht gut begründete! - Zuruf von Frauke Heiligenstadt [SPD])

Vor knapp zwei Monaten betonte Herr Ministerpräsident Weil noch: "Die Diskussion über einen Impfzwang für bestimmte Berufsgruppen bringt uns keinen Schritt weiter." Herr Weil ist heute nicht im Saal. Trotzdem nehmen wir von der AfD ihn beim Wort:

(Zuruf: Wer von der AfD?)

Eine Impfpflicht - auch durch die Hintertür - darf es auf keinen Fall geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten - Zurufe: Unglaublich!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die nächste Wortmeldung, die uns vorliegt, ist vom fraktionslosen Abgeordneten Herrn Stephan Bothe.

(Zuruf: Der Kampf gegen die Dummheit hat gerade erst begonnen! - Wiard Siebels [SPD]: Die Intelligenz verfolgt ihn, aber er ist schneller!)

- Herr Siebels, Herr Bothe hat jetzt das Wort!

(Wiard Siebels [SPD]: Vielen Dank, Frau Präsidentin!)

Stephan Bothe (fraktionslos):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Herr Kollege Toepffer, zu Ihnen möchte ich sagen: Es kann und darf keine Aufgabe einer deutschen Polizei sein, mit einem Zollstock in ein Waldstück zu gehen und dort Spaziergänger auseinanderzutreiben. Wer so etwas dauerhaft gutheißt, handelt gegen eine freiheitliche demokratische Grundordnung.

Herr stellvertretender Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre Regierungserklärung.

Am Ende passiert wieder der gleiche Fehler wie vor einem Jahr. Damals hat man die Teststrategie verändert, indem man auch symptomlose Personen mit PCR-Tests versah. Und was passierte? - Die Inzidenzen stiegen, obwohl die Krankheitsfälle in den Krankenhäusern von einem Anstieg nicht betroffen waren.

Jetzt passiert Folgendes: Man nimmt einen unvalidierten Schnelltest und setzt ihn massenweise ein. Die Massen von Menschen, die mit diesem Schnelltest positiv getestet werden, müssen sich dann noch PCR-Tests unterziehen. Wir werden wieder steigende Inzidenzen haben. Das Ergebnis dieser Strategie wird ein Lockdown bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag sein und nichts anderes.

(Zuruf von Frauke Heiligenstadt [SPD])

Was also bleibt am Ende, wenn man nach Monaten des Lockdowns feststellen muss, dass eigentlich alle Maßnahmen - auch die Maskenpflicht, Herr Kollege Toepffer - keinerlei Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen haben?

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Uns werden die Skalen - mein Kollege Wichmann hat das eben sehr gut erklärt - von 35 bis 100 munter hoch und runter gespielt. Man mag glauben, dass sie nach den Umfragewerten festgelegt werden. Woche für Woche werden neue Parameter in den Klüngelrunden angesetzt.

Von einer Virusmutation, die uns vor zwei Wochen noch angeblich so bedroht hat, hört man jetzt nichts mehr. Sie hat ja auch den R-Wert nicht verhindert. Ich glaube, hier hat man doch massiv übertrieben.

Also, werte Kollegen, was bleibt am Ende? - Eine gescheiterte Politik der Schließung, die wahnsinni-

ge gesellschaftliche Auswirkungen hat, die wahnsinnige wirtschaftliche Auswirkungen hat.

(Johanne Modder [SPD]: Nein, wir haben gar keine Pandemie!)

Am Ende wird die Gesellschaft seelische Schäden davongetragen haben.

Der Fall Schweden zeigt deutlich, dass diese Maßnahmen unnötig waren. Sie waren falsch. Das muss man jetzt erkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten - Johanne Modder [SPD]: Es war falsch, in Schweden nichts zu tun! - Stephan Bothe [fraktionslos]: Schweden hat die gleichen Sterbezahlen wie wir! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Gegenrufe)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Sie können Ihre Diskussion gerne später fortsetzen. - Der nächste fraktionslose Abgeordnete ist Herr Ahrends mit 1:30 Minuten Redezeit. Bitte!

Jens Ahrends (fraktionslos):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Galt man bisher als Verschwörungstheoretiker, wenn man von einem Lockdown bis April gesprochen hat, ist er jetzt Realität. Die Frage ist: Warum?

Eine Überlastung des Gesundheitssystems soll verhindert werden. - Aber bei einer 10-prozentigen Auslastung der Intensivbetten sind wir weit davon entfernt.

Die Mutation soll der Grund sein, wird gesagt. -Nun, die Südafrika-Mutation ist in Südafrika überhaupt nicht bekannt. Dort fallen aktuell die Infektionszahlen, ebenso - trotz der britischen Mutation in England.

Es steigen hingegen bei uns die Zahlen der Arbeitslosen, die Zahlen der Insolvenzen, die Zahlen der häuslichen Gewalt und der Misshandlungen von Kindern - bis hin zu Toten wegen verschobener OPs bzw. Untersuchungen und durch Suizide.

Eine Studie von John Ioannidis, dem Gesundheitswissenschaftler und Statistiker aus Stanford, und dem Infektiologen Jay Bhattacharya, die die Zahlen aus Deutschland und der EU mit den Zahlen aus Schweden und Südkorea verglichen ha-

ben, wo es keinen Lockdown gibt, kommt zu dem Schluss, dass der Lockdown kein effektives Mittel ist. Solche Studien werden aber von der Bundesregierung leider ignoriert.

Hier entscheidet man, zu verlängern. Volle S-Bahnen sind erlaubt. Restaurant hingegen bleiben trotz Abstand verboten. Und während Buchläden wieder öffnen, sterben weiterhin die Alten in den Pflegeheimen - nur sterben sie diesmal offiziell an Corona trotz Impfung.

Wer wie Professor Winfried Stöcker von der Firma EUROIMMUN auf eigene Kosten ein wirksames Antigen entwickelt, das kaum Nebenwirkungen hat, der erhält eine Strafanzeige statt einer Auszeichnung. Das gibt es wohl nur in Deutschland.

Beenden Sie endlich den Lockdown! Geben Sie den Menschen ihre Grundrechte zurück!

Vielen Dank.

(Zustimmung von Stefan Wirtz [fraktionslos])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die letzte uns vorliegende Wortmeldung kommt von dem fraktionslosen Abgeordneten Stephan Wirtz - Redezeit: 2:30 Minuten.

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! "Strategie", "Perspektive", "Konzepte", "Krisenmanagement" und "Inzidenzwert" - hier bei 50 -: die Kerne der Regierungserklärung und auch der Debatte, aber im Grunde alles nur Anwärter für das Unwort des Jahres. Wir haben es nun satt und genug gehört. Weitere Anwärter für diesen Titel sind "Lockerungen", "Einigkeit" und seit der Debatte heute Morgen auch "Marathon"; diesen Vergleich möchte ich jetzt eigentlich auch nicht mehr machen.

Planvolles Handeln, richtiges und gutes Entscheiden sieht jedenfalls anders aus, wie wir hier z. B. beim Inzidenzwert fast live erleben konnten: 35 - ja oder nein? Letzte Woche war 50 ein guter Wert, jetzt 100. Warum nicht 42, 137 oder 4? Keiner weiß es so genau, wonach Sie entscheiden.

Doch, Frau Modder hat es eigentlich gesagt: 50 ist die Grenze, bis zu der unsere Gesundheitsämter mit der Nachverfolgung von gemeldeten Testergebnissen klarkommen; darüber hinaus wird es schwierig. - Aber das ist kein wissenschaftlicher Wert. Das ist ein behördlicher Wert. Vor allen Din-

gen Sie als Regierung hätten längst daran arbeiten müssen, dass die Gesundheitsämter auch mit höheren Inzidenzen zurechtkommen.

Vom Zusammenbruch des Gesundheitssystems kann man garantiert nicht sprechen. Man kann vom Zusammenbruch der Gesundheitsämter sprechen, wenn sie überfordert werden. Das hat die Regierung offensichtlich bis heute nicht kanalisiert, in den Griff bekommen und verbessert.

(Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, es war Herr Toepffer, der sagte: Wir hier sind nicht klüger als andere im Land. - Das ist keine Ausrede. Wir müssen trotzdem die klügeren Entscheidungen treffen, gerade die Regierung.

Von Herrn Althusmann habe ich aber den Satz gehört: Es ist nicht so, dass nichts passiert. - Er hätte auch sagen können: Es ist nicht so, dass gar nichts passiert.

Was ist das in Schulnoten? - Wenn man das in einer Regierungserklärung sagt, dann ist das ein Armutszeugnis, ein Mangelhaft.

Sie stellen Sie hierhin und sagen: Es passiert wenigstens ein bisschen bei uns. - Na ja, nicht gerade eine beifallumbrandete erste Regierungserklärung des stellvertretenden Verantwortlichen!

Was erhalten wir trotzdem von ihm? - Einen Blick in die Kalender - am 22. und 28. März geht es vielleicht ein bisschen besser weiter -, ein vages Versprechen einer besseren Zukunft. Wir retten uns mit einem verlängerten Lockdown - auch Herr Birkner hat es kritisiert - aus einem weiteren Monat heraus.

Von Herrn Althusmann kam auch: Mehr testen, dann könnten es auch geringere Infektionszahlen sein! - Er muss erst einmal nachweisen, wie der Zusammenhang zwischen Infektionszahlen, Erkrankungen und Testergebnissen sein soll. Auch da warten wir bis heute auf konkrete Zahlen.

(Glocke der Präsidentin)

Frau Modder hat kritisiert, dass wir hier Sonntagsreden halten und hören. Sie hat aber selber eine gehalten. Es war eigentlich mehr eine Freitagsrede. Ich hatte dein Eindruck, sie möchte fertig werden.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ihre Redezeit ist jetzt um.

(Zuruf: Das Wichtigste haben Sie ja gesagt!)

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Ja. - Wir sollten vielleicht zukünftig am Montag am Tag vor den Ministerpräsidentenrunden - hier zusammenkommen.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Jetzt ist sie wirklich um.

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Dann wäre eine ernsthafte parlamentarische Beteiligung erkennbar.

(Zuruf: Das können Sie ja beantragen!)

Und - - -

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten - Die Präsidentin schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Meine Damen, meine Herren, uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich möchte auf eines hinweisen; auch wenn es mir vielleicht nicht zustehen mag. Ich finde, wir dürfen und sollten nicht die 70 000 Toten in Deutschland innerhalb eines Jahres der Corona-Pandemie vergessen. Das ist eine absolut erschütternde Dimension. Hinter dieser Zahl stehen Menschen, die verstorben sind, und Menschen, die Menschen verloren haben, die gebangt, gehofft und gezittert haben. Oftmals konnte man nicht Abschied nehmen.

Es ist mir wichtig, das hier deutlich zu machen. Das sollte uns allen bewusst und eine Mahnung sein, in unserem Bestreben, die Pandemie zu bekämpfen, nicht nachzulassen.

Danke schön.

(Beifall)

Ich schließe hiermit die Besprechung der Regierungserklärung.

Wir kommen in diesem Kontext noch zur Ausschussüberweisung von Tagesordnungspunkt 5. Der Antrag der FDP-Fraktion "Ein Leben mit dem Virus ermöglichen" soll an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen werden. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6297 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 18/8556 - dazu: Schriftlicher Bericht - Drs. 18/8557

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Wir steigen in die Beratung ein. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Abgeordnete Helge Limburg gemeldet. Bitte schön!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits im vergangenen Plenarabschnitt beraten wir erneut über einen Gesetzentwurf aus den Reihen der Opposition - beim letzten Mal war es ein Gesetzentwurf der Kolleginnen und Kollegen der FDP, jetzt ist es ein Gesetzentwurf der Grünen - über eine Beteiligung des Landtags an Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Leider steht zu erwarten - es gibt keine Signale, dass Sie Ihr Verhalten hierzu verändern -, dass die Große Koalition auch diesen Gesetzentwurf ablehnen wird, ohne eigene gesetzliche Regelungen zu einer Beteiligung des Landesparlaments vorzuschlagen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt außerordentlich bedauerlich und problematisch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Die Beteiligung des Parlaments halten wir in der Tat auch aus grundsätzlichen verfassungspolitischen Erwägungen für geboten. Sie ist aber kein Selbstzweck und auch keine juristische Spielerei, sondern dient einzig und allein dem Ziel, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie besser zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin sicher, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU nicht ernsthaft bestreiten würden, dass das Verfahren bei neuen Corona-Verordnungen, das wir de facto gefunden und vereinbart haben - nämlich dass sie dem ganzen

Landtag zugeleitet, im Sozialausschuss vorgestellt, breit diskutiert und erst danach überarbeitet werden und in Kraft treten -, dazu geführt hat, dass die letztlich getroffenen Verordnungen heute deutlich besser, zielgenauer und weniger widersprüchlich sind als noch zu Beginn der Pandemie.

Die Vorschläge und Anmerkungen, die Kritik und die Anregungen, die nicht nur von Grünen und FDP, sondern natürlich auch von SPD und CDU im förmlichen parlamentarischen Verfahren hier im Landtag - übrigens innerhalb sehr kurzer Zeit; innerhalb weniger Tage - kommen, machen die Maßnahmen in Wahrheit besser.

Wir haben vorhin über die Öffnung von Zoos gesprochen. Die Öffnung der Außenbereiche von Zoos wurde von Grünen und FDP in diesem Parlament schon im vergangenen Herbst gefordert.

Wir haben zu Recht immer wieder über die Situation in Kitas und Schulen diskutiert. Auch da gab und gibt es aus allen vier Fraktionen immer wieder wichtige Impulse und Anmerkungen.

Wir diskutieren über die Belastungen von Familien, Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Seniorinnen und Senioren insgesamt. Auch mit Blick darauf ist es elementar wichtig, dass die gewählten Abgeordneten ihre Anmerkungen in einem geordneten parlamentarischen Beteiligungsverfahren anbringen können.

All diesem dient der vorliegende Gesetzentwurf. Wir halten es nach wie vor für dringend notwendig, einen Gesetzentwurf zu verabschieden.

Ich möchte noch einmal sehr an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU appellieren. Sie haben uns verschiedene Vorschläge unterbreitet, auf welche Verfahren wir uns einigen könnten. Sie haben bislang ausdrücklich erklärt, dass sie von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen wollen.

Überdenken Sie diese Haltung! Es muss nicht unser Gesetzentwurf sein. Es muss auch nicht der der FDP sein. Aber finden Sie die Kraft dazu, dass wir zu einer klaren, eindeutigen gesetzlichen Regelung der Beteiligung dieses direkt gewählten Verfassungsorgans, dieses Landtags kommen - auch hier in Niedersachsen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Satz zum Agieren der Landesregierung bezogen auf das Parlament: Zum einen gehört es auch zur Wahrheit dazu, dass die Landesregierung erst nach der Klage von Grünen und FDP vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof dazu übergegangen ist, uns die Verordnung vorab zuzuleiten. Vorher hatte die Landesregierung den Standpunkt vertreten, das müsse sie gar nicht,

(Glocke der Präsidentin)

das sei auch gar nicht praktikabel, und es würde den Erlass der Verordnung gefährden.

Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beteiligung, die wir vor dem Staatsgerichtshof erstritten haben, was, so hoffe ich, durch das Urteil am kommenden Dienstag endgültig festgestellt wird, hat den Verordnungsaufstellungsprozess besser gemacht. Ich hoffe, wie gesagt, sehr, dass am kommenden Dienstag ein Signal für einen auch in Zukunft starken Parlamentarismus gesetzt wird.

Zum anderen hat die Landesregierung, vertreten durch Ministerin Carola Reimann - den Genesungswünschen schließe ich mich natürlich an -, eine Auffassung im letzten Plenum vertreten, die ich Frau Behrens sehr bitte, heute zu korrigieren. Die Landesregierung hat ernsthaft den Standpunkt eingenommen, dass eine gesetzgeberische Regelung verfassungswidrig sei, das Infektionsschutzgesetz diese Frage abschließend regele und es insofern rechtswidrig wäre, wenn der Landtag ein eigenes Gesetz erließe.

(Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das richtig wäre, dann würden die Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg, aus Bayern und anderswo gegen die Verfassung verstoßen. Dann müsste die Landesregierung darlegen, wie sie mit diesen Verfassungsbrüchen in der Ministerpräsidentenkonferenz umgeht.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Letzter Satz!

Helge Limburg (GRÜNE):

Das ist juristischer Unfug. Bitte korrigieren Sie diese Darstellung heute!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Stefan Birkner zu Wort gemeldet. - Vielen Dank für die prompte Reinigung.

(Beifall)

Bitte, Herr Dr. Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Limburg hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Fraktionen von SPD und CDU bis heute keine eigenen gesetzlichen Vorschläge unterbreitet haben, wie der Landtag in die Rechtsetzung der Corona-Verordnung eingebunden werden kann.

Nach mittlerweile über einem Jahr permanenter Corona-Verordnungen, die in nicht gekannter Art und Weise in die Freiheits- und Grundrechte eingreifen, sind wir immer noch nicht so weit, dass es eine parlamentarische Legitimation dieser Entscheidungen gibt. Das scheint aufseiten von SPD und CDU und auch aufseiten der Landesregierung - die leider nicht mehr anwesend ist; zumindest ist auch die Sozialministerin nicht mehr anwesend - als selbstverständlich hingenommen zu werden.

(Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch übernimmt den Vorsitz)

Es geht hier aber aus unserer Sicht um eine absolute Ausnahme, die, wenn überhaupt, nur in ganz besonderen, kurz gefassten Zeiträumen zulässig sein darf. Sie darf auf gar keinen Fall Normalität und die Regel werden! Wir sind aber im Rahmen der Pandemiebekämpfung auf dem Weg, dass diese Art der Rechtsetzung zur Regel wird.

Das werfen wir Ihnen in rechtspolitischer Hinsicht, aber auch aus der Überzeugung heraus vor, dass Freiheitseinschränkungen nur durch die Parlamente vorgenommen werden dürfen. Es ist nicht länger hinnehmbar. Es muss der eigene Antrieb und die eigene Überzeugung einer Landesregierung und übrigens auch der Regierungsfraktionen sein, hier andere Wege zu gehen. Hier fehlt es bis heute an entsprechenden Vorschlägen.

(Beifall bei der FDP)

Zumal wir hier eine besondere Konstellation haben. Wir haben hier eine bundesgesetzliche Verordnungsermächtigung, die durch Landesrecht ausgefüllt wird. Das heißt, der Deutsche Bundestag ist gar nicht mehr als Kontrollorgan für das zuständig, was die Landesregierung tut. Es kann also nur der Niedersächsische Landtag sein, der

diese Kompetenzen bezogen auf das Land Niedersachsen wahrnimmt.

Dies allein auf die - durchaus stattfindenden - Debatten zu konzentrieren, ist angesichts der Tragweite und Bedeutung viel zu wenig. Deshalb sind alle Schritte, die hier zu einer Verbesserung unter besonderer Inanspruchnahme von Artikel 80 Abs. 4 GG führen, begrüßenswert. Aber wie gesagt, bis heute gibt es leider keine Bereitschaft seitens SPD und CDU, dem nachzukommen, obwohl es das in anderen Ländern, wo die SPD den Regierungschef stellt, gibt. In Berlin oder auch in Bremen und in Baden-Württemberg, wo die Grünen und die CDU in der Regierung sind, gibt es entsprechende Gesetze. Warum soll das also nicht möglich sein?

Ich verstehe auch die praktischen Sorgen nicht, weil wir Wege aufgezeigt haben. Beim letzten Mal ist behauptet worden, das würde so nicht sein. Wir haben sehr wohl Wege aufgezeigt, wie die Pandemie schnell und effektiv bekämpft werden und das Parlament gleichzeitig durch eine Entscheidung die Legitimation gewähren kann, wie das also zusammen funktioniert.

Es gibt aus meiner Sicht kein praktisches Hindernis. Es gibt übrigens auch kein politisches Hindernis. Sie haben eine Vierfünftelmehrheit in diesem Haus. Die Regierung müsste sich zumindest nicht wegen der Oppositionsfraktionen sorgen.

Mein Eindruck ist eher, dass sich die Regierung davor fürchtet, dass plötzlich die eigenen Fraktionen mitreden und Verantwortung für Entscheidungen übernehmen wollen, was wir ausdrücklich begrüßen würden, was aber möglicherweise von SPD und CDU, zumindest von deren Spitzen, gar nicht gewollt ist, weshalb immer bemerkt wird, das alles sei Sache der Exekutive.

Meine Damen und Herren, Freiheits- und Grundrechtseinschränkungen sind nicht Sache der Exekutive. Sie bedürfen einer parlamentsgesetzlichen Legitimation im Konkreten. Die Verordnungen müssen also hier besser legitimiert werden.

Die Grünen haben einen Vorschlag gemacht, wir haben einen Vorschlag gemacht. Wir würden gerne mal einen konkreten Vorschlag von SPD und CDU hören, der die Situation auf gesetzlicher Basis verbessert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Herr Dr. Birkner. - Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Dunja Kreiser gemeldet. Bitte schön!

Dunja Kreiser (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde schon viel darüber diskutiert, wie eine parlamentarische Beteiligung aussehen könnte, welche Rechte in die Erlasse und Verordnungen eingebracht werden könnten. Zu Ihrem Gesetzentwurf hat der Gesetzgebungsund Beratungsdienst Stellung genommen und darüber unterrichtet, was dieser eigentlich bedeutet.

Nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 19 des Grundgesetzes ist für Maßnahmen gegen gemeingefährliche Krankheiten der Bund zuständig. Dies wurde gerade schon benannt. Nach § 32 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes kann die Landesregierung die Ermächtigung auf andere Stellen übertragen. Die Niedersächsische Landesregierung hat von dieser Verordnungsermächtigung während der Corona-Pandemie Gebrauch gemacht. Auf diese stützt sich die niedersächsische Corona-Verordnung.

Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes regelt nun, dass die Länder, soweit die Landesregierungen durch die Bundesgesetze oder aufgrund eines Bundesgesetzes zum Erlass einer Verordnung ermächtigt sind, befugt sind, anstelle einer Verordnung auch ein Gesetz zu erlassen. Der Landtag könnte also alles, was in der Verordnung der Landesregierung nach § 82 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes geregelt werden kann, auch durch Gesetze regeln. Dieses Gesetz müsste sich allerdings im Rahmen der Verordnungsermächtigung von § 32 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes halten. Es ist also das Besondere an Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes, dass dieser nicht nur zum Erlass von Verordnungen ermächtigt, sondern auch den Beschluss von Gesetzen ermöglicht. Allgemeine Regelungen zu Verordnungsermächtigungen unabhängig von Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes enthält Artikel 43 der Niedersächsischen Verfassung. - Dies zunächst zur Erklärung, verehrte Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Limburg, aufgrund Ihres Gesetzentwurfs hat die Staatskanzlei eine Anfrage an die Bundesländer gestellt. Das Ergebnis fiel sehr unterschiedlich aus. Es wurde gerade gesagt, Berlin habe bereits eine entsprechende Gesetzgebung. Berlin hat sich an dieser Umfrage gar nicht beteiligt. Einige haben also gar nicht an der Umfrage teilgenommen, andere haben mitgeteilt, dass sie bei Erlassen die Parlamente nicht einbeziehen oder erst nachträglich unterrichten. Wir stellen jedoch in Niedersachsen fest, dass aufgrund Artikel 25 der Niedersächsischen Verfassung bereits eine breite Beteiligung des Landtages erfolgt. Die Landesregierung bringt ihre Verordnungsentwürfe frühzeitig in den Landtag ein, verehrte Damen und Herren.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja, seit wir in Bückeburg geklagt haben!)

In dieser Woche wurde das Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen verabschiedet. Nach § 5 des Infektionsschutzgesetzes wird die epidemische Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag festgestellt. Danach werden kurzfristige Rechtsverordnungen durch den Gesundheitsminister bzw. die Gesundheitsministerin erlassen. Auch wurde die Möglichkeit der Länder zum Ergreifen von Schutzmaßnahmen eingearbeitet. Da es immer wieder Kritik an den weiten Befugnissen gegeben hat, die der Exekutive durch die Feststellung der epidemischen Lage nationaler Tragweite übertragen werden, wurden im Laufe des parlamentarischen Verfahrens wesentliche rechtspolitische Verbesserungen beschlossen. Hierdurch werden die Rolle des Parlaments innerhalb des Pandemie-Managements und die Grundrechte gestärkt.

Zuletzt hat sich das in der Kritik der Bevölkerung an der Inzidenzlage gezeigt. In der MPK-Runde wurde dazu gesagt, dass auf Landesebene unterschiedliche Einstellungen der Bevölkerung gesehen werden. Diese wurden mit eingegeben, d. h. die Verordnung wurde individuell angepasst.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit den Corona-Verordnungen hat die Landesregierung in der pandemischen Lage kontinuierlich und schnell gehandelt. Parlamentarische Beratungen erfolgen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Der Stufenplan wurde den Fraktionen umgehend für die Beratung zur Verfügung gestellt, und der Sonderausschuss zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie wurde gegründet. Die Ergebnisse daraus werden bewertet und lassen eventuell Verfassungsänderungen zu. Das wäre jedoch abzuwarten, verehrte Damen und Herren. Sehr geehrter Herr Limburg, Sie haben im Ausschuss grundsätzlich Zustimmung für Ihre Feststellung erhalten, dass dem Parlament eine größtmögliche Beteiligung zugesprochen werden muss und die Länder ihre Verordnungen in ihrem verfassungsmäßigen Rahmen selbst gestalten und erlassen; das haben Sie gerade noch einmal ausgeführt. Aber wir haben in der Aussprache auch erklärt, dass dies bereits kontinuierlich erfolgt.

Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf, bringen ihre Vorschläge in die Beratung der Verordnungen mit ein und erfüllen unsere Aufgaben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den Ausschüssen. Daher, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Limburg, lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Frau Kreiser. - Für die CDU-Fraktion erhält Kollege Thiemo Röhler das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

(Beifall bei der CDU)

Thiemo Röhler (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das eine oder andere zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist bereits gesagt worden. Daher kann ich mich ein wenig kürzerfassen, als ich dies eigentlich geplant hatte, zumal die Kollegin Kreiser eben schon alles richtig vorgetragen hat.

(Zuruf von Jörg Bode [FDP])

So ist das, Herr Kollege Bode.

Eigentlich wollte ich Ihren Fraktionsvorsitzenden gerade ansprechen, weil er sich immer sehr "begeistert" zeigt, wenn der eine oder andere seinen Platz auf der Regierungsbank verlässt. Aber er ist selbst gerade telefonieren gegangen. - Zum Glück kommt er gerade wieder.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf zur Beteiligung des Landtages in dieser für uns alle recht schwierigen und besonderen Zeit der Pandemie eingebracht. Dazu haben wir - dafür kann man nur danken - in den Ausschüssen recht umfangreich beraten und diskutiert. Wir haben ihn nämlich nicht nur im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, sondern auch in dem neu eingerichteten Pandemie-Ausschuss

behandelt. Soweit ich weiß, ist in dem Pandemie-Ausschuss auch die Anhörung der Staatsrechtler erfolgt, wobei es eine recht spannende verfassungsrechtliche Debatte zu der Frage gegeben hat, ob es überhaupt noch eine Gesetzgebungsund Regelungskompetenz des Landtages gibt.

Wenn ich die Niederschrift richtig gelesen habeich bin selber kein Mitglied dieses Ausschusses-, sind die Staatsrechtler weitestgehend zu dem Ergebnis gekommen, dass eine solche Regelung zumindest grundsätzlich zulässig sein dürfte.

Die Frage, die wir hier eigentlich debattieren - und deswegen war ich darüber verwundert, dass die Kollegen Birkner und Limburg nur über die Zulässigkeit dieser Frage ausgeführt haben - - -

(Helge Limburg [GRÜNE]. Ihre Landesregierung hat ja behauptet, es wäre gar nicht zulässig! - Glocke der Präsidentin)

 Sie müssen erst einmal den Satz zu Ende anhören, bevor Sie dazwischengrölen, Herr Kollege Limburg.

(Zustimmung bei der CDU)

Nach der ersten Beratung haben wir eine Ausschussberatung durchgeführt und Staatsrechtler angehört, was - glaube ich - recht wichtig ist. Diese Staatsrechtler haben - ich kann es nur wiederholen - vielfältige Meinungen vertreten, angefangen damit, dass es gar nicht zulässig sei, bis hin dazu, dass es zulässig sei. Um es noch einmal aufzugreifen: Eigentlich ist die Frage aufgeworfen worden, ob es denn wirklich notwendig ist, dass der Landtag hierfür ein eigenes Gesetz beschließt.

Sie kennen die Auffassung der Regierungsfraktionen dazu. Die ist nämlich genau so, wie Sie sie eben vorgetragen haben. Wir sind nicht der Auffassung, dass es in der jetzigen Lage die Notwendigkeit für ein solches Gesetz gibt.

Wir haben hier den ganzen heutigen Vormittag eigentlich nur über die Corona-Pandemie debattiert - auch die Kollegin Janssen-Kucz hat ja einiges dazu gesagt -, und das macht uns allen deutlich: Die Pandemie ist mitten unter uns - das führt uns die Quarantäne des Ministerpräsidenten sehr deutlich vor Augen -, und sie wird so schnell nicht wieder von uns weichen.

Insofern hat der Kollege Birkner durchaus recht, wenn er sagt, dass wir Grundrechtseingriffe haben, die ihresgleichen suchen und die wir alle in diesem Land so vorher nicht gekannt haben. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Grundrechtseingriffe so schnell wie möglich wieder zurückgenommen werden können. Das geht aber natürlich nur dann, wenn wir in einer Situation sind, in der wir die Menschen nicht krank werden und im schlimmsten Fall sterben lassen. Das ist doch die Situation, in der wir sind. Wir müssen immer wieder abwägen, was wir zulassen und was wir nicht zulassen können

Man kann es mutiger nennen, wenn die FDP sagt, sie wolle jeden Öffnungsschritt sofort, und alles müsse sehr viel schneller gehen. Dafür würde dieses Gesetz allerdings auch kein besseres Instrument sein, Herr Birkner, weil es am Ende alles nur noch langsamer und nicht schneller macht.

(Widerspruch bei der FDP)

- Doch, es ist so.

Denn so, wie auch wir heute wieder zusammenge-kommen sind, müssten auch die entsprechenden Gremien immer wieder tagen. Daher glaube ich, dass wir eine sehr gute Regelung damit gefunden haben, dass der Sozialausschuss die entsprechenden Entwürfe zugeleitet bekommt und dass dort unterrichtet wird, und dort kann fachlich darüber beraten werden. Die CDU-Fraktion hat immer zugesagt, dass dann, wenn der Wunsch auf ein Sonderplenum - wie heute - besteht, wir, obwohl das Quorum nicht erreicht wird, dafür Sorge tragen, dass wir die entsprechenden Beratungen und Debatten hier im Plenum führen können. Das Wichtige ist, dass man diese Debatten führt.

Krisenzeit ist am Ende letztlich auch Regierungszeit. Das hat Herr Thiele in der Anhörung auch sehr deutlich gemacht. Das kann man akzeptieren, aber man muss es vielleicht nicht akzeptieren. Unser Verhältnis dazu ist Ihrem gefühlt natürlich sehr ähnlich, Herr Dr. Birkner und Herr Limburg. Als Abgeordneter will man entscheiden. Als Abgeordneter will man auch etwas umsetzten. Das geht uns allen doch so. Dafür sind wir in den Landtag gewählt worden. Diese Pandemie ist aber eine derart schwierige und wichtige Situation, dass man sich selber hier und da ein wenig zurückstellen und auch die Gewaltenteilung anerkennen muss. Ich glaube, wir sind gut beraten, mit den Verfahren, die wir bisher in dieser Pandemiezeit gefunden haben, weiterzumachen.

In diesem Sinne: herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Kollege Röhler. - Abschließend hat sich Minister Dr. Althusmann zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wenn Sie unter 40 Minuten bleiben, fühle ich mich beleidigt! - Gegenruf: Du willst doch nur wieder mehr Redezeit haben!)

Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung:

Wenn Sie mich herausfordern, kriege ich das hin, Herr Limburg.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja, das war eine Herausforderung, ganz ohne Frage! - Zuruf: Wir haben Zeit!)

Ich habe auch Zeit.

(Zuruf: Ich habe nur das Gefühl, dass Sie nicht mit so großer Begeisterung dabei sind!)

- Mit dem Gefühl ist das so eine Sache. Aber lassen Sie mich doch einfach loslegen!

Ich wollte nur zwei, drei Sätze sagen, mehr nicht. Ich will nur die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Gesetzentwurf vortragen. Sie beschränkt sich auf den Abschnitt zu den Unterrichtungspflichten zu den Entwürfen der Corona-Verordnung.

Wir haben einen vernünftigen Modus gefunden, in dem wir Sie hier im Parlament seit einem dreiviertel Jahr kontinuierlich unterrichten. Sie haben im Übrigen auch als Oppositionsfraktion gegenüber dem Staatsgerichtshof gesagt, dass das Parlament hinreichend beteiligt wurde.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Seit unserer Klage, ja!)

- Hinreichend!

Wo dieses Defizit jetzt sei soll, ist nicht wirklich erkennbar. Diesbezüglich wird das angekündigte Urteil des Staatsgerichtshofs am 9. März 2021 möglicherweise weitere Klarheit verschaffen.

Die Absage an den Gesetzentwurf bedeutet natürlich *nicht*, dass die Landesregierung nicht auch weiterhin eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landtag und den Ausschüssen sicherstellen wird. Daran ist uns sogar ausdrücklich gelegen. Es

ist für uns selbstverständlich, frühzeitig, vollständig und wahrheitsgemäß zu unterrichten.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Dr. Althusmann, jetzt waren Sie so schnell fertig, würden Sie eine- - -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Nein, zusätzliche Redezeit!)

- Ach so, zusätzliche Redezeit. Anderthalb Minuten!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Althusmann, Sie haben eben gesagt, die Landesregierung werde das Parlament weiterhin selbstverständlich frühzeitig, vollständig und umfassend berichten, und haben so den Eindruck erweckt, als wäre es auch die Auffassung der Landesregierung, dazu rechtlich verpflichtet zu sein.

Ich will nur darauf hinweisen, dass Ihre Landesregierung gegenüber dem Staatsgerichtshof - und deshalb streiten wir uns ja noch dort - bis heute die Auffassung vertritt, dass Artikel 25 bezüglich der Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht dazu führen muss, dass sie dem Landtag diese Verordnungen vorher frühzeitig und vollständig übermitteln muss. Bis heute vertritt Ihre Landesregierung diese Rechtsauffassung! Das ist also anders als der Eindruck, den Sie eben damit vermittelt haben, indem Sie sagten, man würde das alles jetzt ja machen!

Wenn Sie das täten, würden Sie gegenüber dem Staatsgerichtshof nämlich einfach anerkennen können, dass Sie diese Rechtsverpflichtung haben, der Rechtsstreit wäre hinfällig und die Sache wäre erledigt! Aber Sie vertreten nach wie vor diese Auffassung. Deshalb ist es mir wichtig, den Hinweis zu geben, dass es eben nicht so ist, dass die Landesregierung ihre Verpflichtung aus der Verfassung ohne Weiteres in dem Maße anerkennt, wie zumindest wir als Fraktionen der FDP und der Grünen es für richtig halten.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Nun haben wir keine weiteren Wortmeldungen und können zur Abstimmung kommen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/6297 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen und eine Gegenstimme dort hinten. - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Gesetzentwurf damit abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, wir kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der zukunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Bereich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARS-COV-2-Pandemie (3. Nachtragshaushaltsgesetz 2020) - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/8642</u>

Kollege Jörg Bode hat sich für die FDP zur Einbringung gemeldet.

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn - oder jedenfalls fast seit Beginn - der Corona-Pandemie haben wir hier im Landtag immer wieder fraktionsübergreifend überlegt, was wir tun können, damit wir nach der Pandemie einen Neustart hinkriegen und während der Pandemie so wenig Wohlstand wie möglich verloren geht und so wenige Geschäfte wie möglich in die Existenznot getrieben, insolvent etc. werden.

Die Frage, wie man es schafft, den von den Grundrechtseinschränkungen und den Betriebsverboten etc. Betroffenen darüber hinwegzuhelfen, beschäftigt uns bis zum heutigen Tag intensiv. Der Landtag hat hierfür in mehreren Haushalten und Nachtragshaushalten der Landesregierung ein sehr umfangreiches finanzielles Polster in bisher nicht gekanntem Ausmaß zur Verfügung gestellt. Ein Teil aus diesen Mitteln - damals hatten wir rund eine halbe Milliarde Euro dafür vorgesehen - war für zukunftsgerichtete Wirtschaftshilfen gedacht, also Investitionen in neue Ideen, die Niedersachsen nach der Pandemie quasi auf ein nächstes Level heben können. Das Wirtschaftsministerium hat hierfür die entsprechenden Förderrichtlinien aufgestellt und die Initiative, die wir gemeinsam initiiert haben, in die Umsetzung gebracht. Dabei sind zwei Dinge passiert:

Erstens. Uns alle hat, glaube ich, überrascht - und das ist ein sehr positives Zeichen -, dass dieses Angebot gerade in einer der schwersten Krisen, die wir je erlebt haben, sehr umfangreich angenommen worden ist. Die Unternehmen schauen nach vorne, nehmen eigenes Geld in die Hand, tätigen Investitionen, was man eigentlich in Krisenzeiten nicht machen würde, sichern Arbeitsplätze und schaffen eventuell neue, entwickeln auch ganz neue Produkte, generieren Innovationen - natürlich mit der Gefahr des Scheiterns. Viele Unternehmen - viel mehr, als wir uns vorstellen konnten haben gesagt: Ja, wir wollen auch in dieser Risikosituation für uns selber den Schritt gehen und gemeinsam Niedersachsens Zukunft gestalten. - Das ist eine sehr positive Geschichte, die man vorher nicht erwarten konnte.

Zweitens. Zumindest wir im Plenum konnten nicht erwarten, dass die Richtlinien - das ist in der Tat im Kleingedruckten gewesen, auch in der Zusammenfassung für den Wirtschaftsausschuss stand es so nicht - anders ausgestaltet werden als die Wirtschaftsförderrichtlinien, die man in der Vergangenheit kannte. Sie sind an keinerlei Kriterien für die Bewilligung geknüpft worden. Das einzige Kriterium, das vorgegeben wurde, war eine Antragsfrist bis zum 30. November für den Erhalt der Zuschüsse und Zuwendungen.

Seit Jahren - ich würde sagen, seit Jahrzehnten - ist es üblich und wird vom Landesrechnungshof immer wieder angemahnt, dass Kriterien wie Arbeitsplätze, Umweltauswirkungen, Innovationsgehalt etc. berücksichtigt werden. Nach entsprechender Bewertung eines solchen Scorings werden dann Anträge bewilligt; qualitativ nicht hochwertige Anträge sollen keine Genehmigung bekommen. Das fand hier tatsächlich nicht statt.

Herr Minister Althusmann, ich will es ausdrücklich sagen: Auch wenn das MW hier Hinweise des Rechnungshofs ignoriert und nicht umgesetzt hat, ist das kein Vorwurf. Denn wir haben immer gesagt: In solch einer Situation muss man Fehler, die in der Hektik gemacht werden, gestatten und verzeihen können, weil Tempo eine ganz entscheidende Größenordnung ist.

Was geschah dann? - Es kreißte dann, als man am 30. November merkte, dass statt einer halben Milliarde rund 1,2 Milliarden Euro Antragsvolumen da waren, ein Adler über dem Wirtschaftsministerium. Er kreißte und kreißte und kreißte, und er ge-

bar - nichts. Wochenlang passierte gar nichts. Es gab einen Bewilligungsstopp. Alle fragten sich: Was ist hier los? Wir haben doch Unterlagen eingereicht. Wir haben die ersten Dinge angestoßen. Wir haben Geld ausgegeben. Wir bekommen aber nicht einmal eine Information.

Das, Herr Minister Althusmann, kann man Ihnen einerseits durchaus vorhalten. Man hat das Problem nicht schnell genug erkannt, nach Lösungen gesucht und diese umgesetzt. Sie haben die Antragsteller wochenlang im Unklaren gelassen, einige sind es bis heute noch. Das ist in einer solchen Situation schlicht und ergreifend nicht akzeptabel.

(Zustimmung bei der FDP)

Zum anderen komme ich zu der Situation, wie Sie auf einmal Probleme lösen wollten. Im Haushaltsausschuss haben Sie gesagt: Wir kratzen jetzt alles zusammen. - Einige Programme - die sogar sinnvoll wären - werden für die Zukunft auf null gesetzt, um einen Bruchteil der Antragsteller bedienen zu können. Wir ziehen also die Antragsfrist vom 30. November auf den 27. November vor, rückwirkend verkürzt. Für den Innovationsteil dieses Programms haben Sie die Antragstellung einen Tag länger ermöglichen wollen. Das war Ihre Lösung.

Aber, Herr Minister Althusmann, das kann keine Lösung im Interesse des Landes sein. Wenn dieses Programm zwei Komponenten hat, einen Innovationsteil und dann einen Investitionsteil, ist doch klar, dass man den Innovationsteil voll finanzieren muss. Da geht es um neue Technologien, um echte Zukunftsfragestellungen. Dass Sie die Mittel dafür nicht voll zur Verfügung stellen, insbesondere da es nur einen kleineren Teil der Anträge betrifft, ist völlig unverständlich.

Beim Investitionsteil ist es genauso. Die Unternehmen haben darauf vertraut, dass die Antragsfrist gilt, und sind in Vorleistung gegangen. Jetzt lehnen Sie Anträge ab, die viel wichtiger für das Land sind, die eventuell mehr Arbeitsplätze schaffen, die einen höheren Innovationsgrad haben, nur weil sie den falschen Poststempel tragen. Das ist aus unserer Sicht nicht im Interesse des Landes.

Wir müssen die besten Investitionen und Innovationen fördern. Wir müssen die besten Anträge fördern und nicht die schnellsten, die vielleicht auch nur deshalb schnell vorlagen, weil sie halb eingereicht wurden und der Rest nachgeliefert werden sollte. Ich bitte die Fraktionen von SPD und CDU, sich noch einmal einen Ruck in der Beratung zu geben. Wir schlagen Ihnen heute vor, aus den offenen Mitteln des Corona-Nachtragshaushalts 208 Millionen Euro umzuschichten, um den letzten Teil der 2 000 Anträge ebenfalls in die Prüfung geben und bewilligen zu können. Das ist eine Frage der Fairness. Denn die Unternehmen müssen sich gerade in der Krise auf die Landesregierung und ihre Versprechungen verlassen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Kollege Bode. - Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Kollege Detlev Schulz-Hendel das Wort.

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über das Programm "Neustart Niedersachsen" reden, müssen wir gleichzeitig über Wirtschaftshilfen sprechen, weil das unter Umständen eine entsprechende Wechselwirkung hat. In den zwei Wochen, Herr Minister, die vergangen sind, seit wir hier das letzte Mal über Wirtschaftshilfen gesprochen haben, sind die pure Verzweiflung und der maximale Frust bei einigen Betrieben, die heute durch jedes Raster der Hilfen fallen, gewachsen.

Immer noch haben Unternehmen, Herr Minister, keinen Cent aus der Dezemberhilfe gesehen. Immer noch fallen viele Unternehmen durch das Raster aller Hilfeleistungen. Und immer noch ist der verkorkste Start des Landesprogramms mit dem wohlklingenden Titel "Neustart Niedersachsen Innovation und Investition" nicht korrigiert und auch nicht beglichen worden; Herr Bode hat dazu bereits ausgeführt.

Immer noch ist auch unklar, ob die Überbrückungshilfe III rechtzeitig bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in Niedersachsen ankommt.

(Zuruf)

- Nein, das alles hängt miteinander zusammen.

In Summe führt das dazu, dass viele kleine und mittlere Betriebe keine Öffnungsperspektive mehr brauchen werden, weil sie am Ende, wenn die Öffnungsperspektive Realität wird, gar nicht mehr öffnen können. Für jedes dieser Unternehmen in

Niedersachsen, bei dem die Lichter ausgehen das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Minister Althusmann -, tragen Sie sowohl die moralische als auch die politische Mitverantwortung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn nicht nur wir, sondern auch die vielen Verbände, die IHK, die Handwerkskammer, der Handel, die Gastronomie, die Reiseveranstalter, die Soloselbstständigen, die Kulturbranche und andere haben Sie nicht nur einmal darauf aufmerksam gemacht, welch massiver Veränderungsbedarf in diesem Land notwendig ist. Das alles haben Sie mit Schönrechnerei in den Wind geschlagen.

Ich möchte aber auch nicht falsch verstanden werden. Mir geht es nicht um Schadenfreude, mich macht die Situation der betroffenen Betriebe zutiefst betroffen und richtig sauer, weil Sie gleichzeitig in diesem Landtag in einem Affentempo einen schmutzigen Deal mit der Erdöl- und Erdgasindustrie durchbringen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe: Unglaublich! - Unglaublich, aber wahr! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Aber zurück zum Investitionsprogramm "Neustart Niedersachsen": Wie gesagt, der Kollege Bode hat dazu schon ausgeführt. Sie haben sich nicht nur einmal verrechnet, Sie haben sich auch beim zweiten Mal verrechnet. Um endgültig zu beurteilen, ob wir diesem Gesetzentwurf in der weiteren Beratung zustimmen können, haben wir natürlich noch einige Fragen, die wir in dieser Woche mit zwei weiteren Anfragen eingereicht haben. Mit der Beratung ist die Hoffnung verbunden, dass diese Fragen zügig - vielleicht auch zügiger als innerhalb der Frist - beantwortet werden.

Eine der Kernfragen ist, wie der höhere Zuschuss für Unternehmen der Automobilwirtschaft in Höhe von 75 % gegenüber dem Zuschuss für die gewerbliche Wirtschaft in Höhe von 60 % zu begründen ist.

Weitere wichtige Fragen für uns sind: Welche Beschäftigungseffekte und welche Klimaschutzeffekte haben diese Programme? Wie verteilt sich die Förderung nach Branchen, Regionen und Betriebsgrößenklassen?

Das sind ein paar wesentliche Fragen, auf die wir Antworten brauchen, um beurteilen zu können, ob das Programm gut ist. Denn eines ist doch klar, Herr Minister: Die Corona-Pandemie und die Klimakrise müssen gleichzeitig bekämpft werden. Ich denke, klimaschädliche Konjunkturhilfen sollten sich von selbst verbieten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke, Herr Kollege Schulz-Hendel. - Für die SPD-Fraktion erhält Kollege Frank Henning das Wort.

Frank Henning (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Gesetz zur Stärkung der zukunftsgerichteten Stabilisierungshilfen im Bereich der Wirtschaft gegen die Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie (3. Nachtragshaushaltsgesetz 2020)" - Gesetzentwurf der FDP-Fraktion - was für ein Titel! Ich habe lange übt, um das aussprechen zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist aber ein guter Titel, weil das Programm gut ist. Das Wirtschaftsministerium hat aus dem Corona-Sondervermögen - das haben wir jetzt schon zweimal gehört - zwei wichtige Förderprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft aufgelegt: einmal zu Innovationszwecken und einmal zur Förderung von wichtigen Investitionen, um Unternehmen in diesem Lande zu helfen, sich gut aufzustellen, sich Aufträge zu beschaffen und gut durch diese Krise zu kommen. Rund zehn Wochen lang konnten bis zum 30. November Anträge gestellt werden. Mittlerweile liegen über 9 600 Anträge mit einem Fördervolumen von etwa 1,16 Milliarden Euro vor.

In meinem Wahlkreis in Osnabrück hat die Schaustellerfamilie Otto Cornelius - ein Schausteller in fünfter Generation - auch einen Förderantrag gestellt für die Investition in ein neues Riesenrad in einer Größenordnung von 2,5 Millionen Euro. Diese 2,5 Millionen Euro sind für diese Unternehmerfamilie ein Zeichen der Hoffnung. Sie sparen nicht gegen die Krise an, sondern investieren, um aus der Krise zu kommen. Otto Cornelius ist also ein mutiger Unternehmer, der durch das Programm "Neustart Niedersachsen" motiviert wurde, der Corona-bedingten Krise des Kulturgutes Volksfest zu trotzen. Denn auch das Kulturgut Volksfest ist durch die Krise und Corona-bedingt ziemlich am Ende

Das zeigt, wie erfolgreich, wichtig und innovativ dieses Programm ist. Insofern bin ich der FDP dankbar, dass sie mit ihrem Gesetzentwurf noch einmal auf dieses gute Programm, das die Landesregierung aufgelegt hat, hingewiesen hat. Leider kam es dann allerdings - das hat Herr Bode richtig dargestellt - aufgrund einer deutlichen Überzeichnung des Programms zu einem Bewilligungsstopp. Abgelehnt - so ganz dramatisch finde ich es wiederum nicht, Herr Bode - wurden für den Bereich der Innovation allerdings nur die Anträge, die am letzten Tag, nämlich am 30. November, eingegangen sind, und beim Investitionsprogramm wurden nur die Anträge abgelehnt, die in den letzten drei Tagen, vom 28. November bis 30. November, eingegangen sind.

(Zuruf von der FDP: Noch sind sie nicht bewilligt!)

Ich will auch darauf hinweisen, dass es gewisse Mitnahmeeffekte gibt und dass gerade in den letzten Tagen fast noch einmal die gleiche Anzahl an Anträgen reingekommen ist, die vorher schon vorlagen.

(Zuruf: Woher wissen Sie das?)

Es kann also sein, dass es auch Mitnahmeeffekte gibt. Das können Sie auch nicht abstreiten.

Allerdings muss ich aus eigener Anschauung sagen: Auf Druck der Wirtschaftspolitiker der SPD-Fraktion hat der Landtag dann nämlich einer Aufstockung dieses Programms von 500 Millionen Euro auf fast 1 Milliarde Euro zugestimmt und den Mitteleinsatz verdoppelt. Doch das reicht der FDP-Fraktion offensichtlich immer noch nicht aus.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie beantragen heute weitere 200 Millionen Euro, um noch andere Anträge berücksichtigen zu können.

Ich habe dazu drei Anmerkungen, Herr Bode.

Erstens. Wir haben die Mittel bereits auf 1 Milliarde Euro verdoppelt. Das bedeutet zum einen einen wertvollen Konjunkturimpuls. 1 Milliarde Euro Fördermittel lösen etwa 3 Milliarden Euro Investitionsmittel der privaten Wirtschaft aus. Das heißt, wir hebeln im Verhältnis 1:3 - auch ein Erfolg dieser Landesregierung!

Würden wir jetzt allerdings Ihrem Antrag folgen, Herr Bode, dann würden die Möglichkeiten an anderer Stelle deutlich eingeschränkt. Das wissen Sie sehr genau. Man kann den Euro eben nur einmal ausgeben. Eine Alternative zur Investitionsförderung der Wirtschaftsbetriebe, die Sie mit Ihrem Gesetzentwurf scheinbar favorisieren, wäre es beispielsweise, flächendeckende Schnelltests zu finanzieren, um Schulen oder Kitas in die Präsenz zurückzuführen.

Und im Übrigen, Herr Bode, muss ich wirklich sagen, ich bin verwundert, dass ich das hier in diesem Landtag doch noch einmal erleben darf. Liebe FDP, Sie wollen das bisherige Förderprogramm um 200 Millionen Euro aufstocken, obwohl Sie genau wissen, dass das alles kreditfinanziert ist. Die Mittel stammen im Kern aus dem Corona-Sondervermögen von 7 Milliarden Euro - und alles ist kreditfinanziert. Man reibt sich verwundert die Augen. Die FDP wird neuerdings offensichtlich vom Saulus zum Paulus. War es nicht gerade die FDP, die hier immer die Haushaltsdisziplin angemahnt hat, die der Schuldenbremse das Wort geredet hat? War es nicht die FDP, der die Regeln der Schuldenbremse gar nicht restriktiv genug angewandt werden konnten? - Und nun fordern Sie weitere 200 Millionen Euro an Wirtschaftsbeihilfen, die im Kern nur kreditfinanziert sind. Ich kann mich nur wundern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Corona-Sondervermögen von 7 Millionen Euro ist kreditfinanziert. Ich finde, das beste, anschauliche Beispiel ist die Schuldenuhr. Ich werde immer ganz nervös, wenn ich bei dem Kollegen Toepffer im CDU-Fraktionssaal sitze. Dort steht nämlich eine komische Uhr, die kurz davor ist, demnächst auf 70 Milliarden Euro Schulden umzuspringen. Ich würde Ihnen einfach einmal anraten, gelegentlich im CDU-Fraktionssaal nachzugucken, wann es soweit ist. Dass ich Ihnen erklären muss, dass uns diese neoliberale Schuldenbremse bremst, und dass Sie jetzt auch noch mehr Schulden machen wollen, um diese 200 Millionen Euro auszugeben, verwundert mich doch sehr. Wir haben im Übrigen unter der besonderen Restriktion dieser Schuldenbremse ab 2024 pro Jahr 300 Millionen Euro Altschulden zu tilgen. Auch das nimmt uns zusätzlich Geld für politische Initiativen. Das wissen Sie sehr genau, und trotzdem fordern Sie jetzt 200 Millionen Euro mehr.

(Glocke der Präsidentin)

Ich halte dieses Programm für gut. Aber jetzt weitere 200 Millionen Euro auf Pump einzufordern, ist aus meiner Sicht typisches Oppositionsgehabe. Es ist nicht finanziert. Mehr geht natürlich immer, aber Sie fordern einfach 200 Millionen Euro - und das kreditfinanziert.

Wenn es aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD-Fraktion etwas an dem Programm zu kritisieren gäbe, wäre es nicht der Umfang der Mittel. Denn wir haben die Mittel gerade verdoppelt. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Es ist auch ein gutes Programm. Aus der Sicht der SPD-Fraktion ist vielmehr zu kritisieren, dass die Förderkriterien viel zu unklar sind. Zum Beispiel wird in den Förderrichtlinien über Beschäftigung gesprochen bzw. darüber, dass man Beschäftigung absichern will; Beschäftigungsaspekte spielen in den Förderkriterien aber überhaupt keine Rolle. Aus meiner Sicht und aus der Sicht der SPD-Wirtschaftspolitiker müssen wir sagen: Wir brauchen zumindest zukünftig zielgerichtete Förderkriterien, die Beschäftigungssicherung und Klimaschutz in den Vordergrund stellen, die Kriterien der "Guten Arbeit", z. B. Tarifbindung und Mitbestimmung, berücksichtigen oder nach denen Förderungen den Vorrang erhal-

> (Glocke der Präsidentin - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Sie hätten ja einen Änderungsantrag stellen können!)

die möglichst vielen Arbeitsplätzen, der Transformation in der Automobilindustrie, Herr Kollege Schulz-Hendel, oder eben auch dem Klimaschutz dienen. Ich glaube, das wäre ein gutes Förderprogramm, das dann auch zielgerichtet anhand bestimmter Kriterien eingerichtet werden kann.

Ich komme zum Schluss. Besser noch als hochdotierte Förderprogramme und Wirtschaftsbeihilfen, die Sie hier jetzt fordern, sind aus meiner Sicht Öffnungen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ach?)

Die Unternehmen wollen nämlich keine Staatsknete abgreifen. Die Unternehmen wollen Umsätze machen, sie wollen Gewinne generieren, und sie wollen Geld verdienen - wir müssen sie nur lassen. Deshalb begrüßen wir als SPD-Fraktion die aktuellen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin, zum einen den Inzidenzwert auf 50 anzuheben -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Und für zweitens haben Sie jetzt keine Zeit mehr!

Frank Henning (SPD):

- und zum anderen den Unternehmen eine Öffnungsperspektive zu geben. - Vielen Dank, Frau Präsidentin, das war der letzte Satz. - Diese Öffnungsperspektive ist nämlich das einzig richtige und wirtschaftsfreundliche Signal an dieser Stelle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herr Kollege Bode hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Henning, das mit der Verschuldungsgeschichte ist ja absurd. Alles, was hier im Landeshaushalt passiert, ist schuldenfinanziert, weil der Haushalt nicht ausgeglichen ist.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Jetzt diesen einen Punkt herauszunehmen, ist abenteuerlich. Wir hatten bei dem Nachtragshaushalt immer kritisiert, dass dieses Volumen darin ohne einen Verwendungszweck steht. Das ist aus unserer Sicht verfassungswidrig.

(Zuruf von Frauke Heiligenstadt [SPD] - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Jetzt haben wir es durch diesen Nachtragsentwurf einem konkreten Zweck zur Verfügung gestellt, also Ihren verfassungswidrigen Haushalt korrigiert, um es einmal ganz ehrlich zu sagen. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der FDP)

Herr Henning, natürlich gibt es bei dieser Förderrichtlinie "Neustart Niedersachsen Innovation" und "Neustart Niedersachsen Investition" ganz viele Mitnahmeeffekte. Da haben sie vollkommen recht. Aber warum gibt es denn Mitnahmeeffekte? - Sie haben es ja auch gesagt, als Sie den Minister kritisiert haben: weil nämlich keinerlei Qualitätskriterien für die Bewilligung genannt wurden sind - keine Beschäftigungsfragen, keine Klimaschutzfragen, keine Innovationsfragen, keine Fragen, in denen es um die Zukunft geht. Allein das Datum ist entscheidend.

Jetzt stellt sich doch die Frage: Warum werden Anträge, die die Beschäftigung wesentlich mehr erhöhen würden, am Ende des Tages abgelehnt, weil sie am 28. November gestellt worden sind, aber Anträge, die am 25. November gestellt wor-

den sind, die null oder fast keine Beschäftigungswirkung haben, bewilligt? Das ist doch nicht fair!

(Beifall bei der FDP)

Wenn man einen solchen Fehler gemacht hat damit komme ich auch zum Schluss, Frau Präsidentin-, dann müssen wir ihn tatsächlich heilen und auch denjenigen, die auf die Frist vertraut haben und Klimaschutz- und Beschäftigungssicherungsinitiativen auf den Weg gebracht haben, tatsächlich auch die Mittel gewähren. Das Geld ist da.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Herr Kollege Bode. - Herr Henning wird erwidern.

Frank Henning (SPD):

Herr Bode, ich muss schon sagen: Diese Krokodilstränen, die Sie hier vergießen, finde ich wirklich
bemerkenswert. Wir sind uns einig im Ziel. Natürlich würden wir uns mehr Kriterien wünschen. Aber
ich glaube nicht - das sage ich Ihnen hier ganz
offen -, dass die FDP zustimmen würde, wenn wir
hier Kriterien wie Tarifbindung oder Mitbestimmung
auflegen und zur Voraussetzung für die Förderung
machen würden. Ich glaube nicht, dass die FDP
Tarifbindung und Mitbestimmung, wie sie beispielsweise die Grünen und auch wir einfordern,
am Ende mittragen würden. Das ist ein rein vorgeschobenes Argument von Ihrer Seite.

Eines will ich Ihnen noch sagen: Es ist kreditfinanziert. Das haben Sie nun selber zugestanden.

(Dirk Toepffer [CDU]: Alles ist kreditfinanziert!)

Das trennt uns beide. Wir wollen - im Augenblick jedenfalls - die Schuldenbremse beachten. Sie ist in der Verfassung. Was Sie da machen wollen, bedeutet aber eine höhere Verschuldung - und das Sie als FDP! Wunderbar!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Und so jemand hat im Haushaltsausschuss gesessen? Das ist doch peinlich!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Kollege Henning. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Karl-Heinz Bley. (Vereinzelt Beifall bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Ihr wollt also gar nichts mehr aus dem Corona-Sondervermögen ausgeben? - Weitere Zurufe von der FDP - Unruhe)

- Herr Bley hat erst das Wort, wenn es hier etwas ruhiger wird.

(Zuruf von Jörg Bode [FDP])

- Herr Kollege Bode!

(Jörg Bode [FDP]: Ich muss mich nach diesem Beitrag jetzt erst einmal sammeln!)

Jetzt spricht Herr Kollege Bley.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass die FDP-Fraktion das Landesprogramm "Neustart Niedersachsen" so sehr wertschätzt,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

dass sie es mit einem Gesetzentwurf bedenkt.

(Beifall bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: So sind wir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, recht hat die FDP! Es ist ein tolles und erfolgreiches Konjunkturprogramm. Dies zeigt nicht nur das Antragsvolumen. Auch die Bemühungen der Landesregierung, das Programm nachträglich aufzustocken, zeigen: Wir wissen um die Not unserer Wirtschaft. Gerne hätten wir jedem einzelnen Antragsteller einen Förderbescheid zukommen zu lassen.

Dabei ist auch klar, dass bis zum Erreichen des neuen Mittelvolumens von 908,5 Millionen Euro die Anträge der Reihe nach geprüft und bei Förderfähigkeit bewilligt werden müssen. Doch - auch das gehört zur Wahrheit - unsere finanziellen Mittel sind begrenzt, allein schon deshalb, weil die Krise nicht nur Mehrausgaben für die Wirtschaft erfordert. Nein, auch die so wichtigen Maßnahmen für die Bekämpfung der Pandemie müssen ausreichend finanziert werden. Das sollten sie auch sein; denn sie geben die Möglichkeit für ein Konjunkturpaket, das kein finanzielles Förderprogramm besser bieten könnte: Öffnungschancen. Nur sie können den Motor wieder zum Laufen bringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jedem von uns begegnen täglich die negativen Folgen der Pandemie für

unsere niedersächsischen Betriebe. Besonders die kleinen und mittleren Firmen leiden darunter, nicht unternehmerisch tätig sein zu dürfen. Sie alle verstehen die schwierige Lage, verlangen aber auch zu Recht nach Lösungen und Auswegen. Mit dem "Neustart Niedersachsen" haben wir einen ersten Schritt getan, um Perspektiven zu geben. Insgesamt haben fast alle Landesförderprogramme den Charakter von Konjunkturimpulsen. Ich erinnere nur an die Aufstockung der niederschwelligen Hilfen für Gastronomen um weitere 19 Millionen Euro. Auch hier ist die Nachfrage spürbar. Sie zeigt: Unsere Unternehmen haben noch nicht aufgegeben. Vielmehr erteilen sie uns als Politik damit einen klaren Auftrag: Ermöglicht einen Weg aus der Krise in den Aufschwung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt uns auf nur ein einziges Programm zu fixieren, müssen wir daher weitere Maßnahmen erarbeiten und auf den Weg bringen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

auch weitere gezielte Impulse für die Ankurbelung unserer Konjunktur und Wirtschaft zum Erhalt von Arbeitsplätzen, von Kultur und von gesellschaftlichem Leben.

Neben den sicherlich lebhaften Debatten über Zukunftsperspektiven freue ich mich trotz einiger Bedenken gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf auf die anstehenden Beratungen im Ausschuss. Hier werden wir sicherlich konstruktiv über den Vorschlag der FDP sprechen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der FDP: Hat die SPD das vorher auch gesagt? - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Jetzt gibt es eine Kurzintervention der SPD-Fraktion! Jetzt müsste der Kollege Henning eigentlich eine Kurzintervention machen!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Herr Kollege Bley. - Herr Schulz-Hendel hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Bley, ich habe einen Satz aufmerksam wahrgenommen: Wir kümmern uns um die Not, und wir sehen die Not der vielen Be-

triebe in Niedersachsen. - Wenn dem wirklich so wäre, Herr Kollege Bley, dann fordere ich Sie nochmals auf: Geben Sie erstens Ihrem Minister den Schubs, in Niedersachsen endlich einen Härtefallfonds für Betriebe einzurichten, die durchs Raster fallen! Zweitens. Geben Sie sich einen Ruck und fordern Sie den Minister - *Ihren* Minister! - auf, Liquiditätskredite als Überbrückung zu gewähren, wie es Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich macht!

(Glocke der Präsidentin)

Dritter Punkt: Fordern Sie Ihren Minister auf, eine Vereinfachung zu erreichen, indem eine umfassende Prüfung erst bei der Schlussabrechnung der Anträge erfolgt!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Und noch einmal: Die Programme "Neustart Niedersachsen Innovation" und "Neustart Niedersachsen Investition" lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Aber wir wollen vor dem Hintergrund, dass es auch an anderen Stellen hakt, wissen: Wie sind die Beschäftigungseffekte? Wie sind die Klimaschutzeffekte?

Das ist für eine Entscheidung ganz maßgeblich. Denn wie ich gerade dargestellt habe, ist Niedersachsen bisher nicht in der Lage gewesen, die Lücke bei den Hilfsprogrammen zu schließen und so allen Unternehmen in Niedersachsen zu helfen. Das ist Punkt 1. Und Punkt 2 ist: Wir brauchen jetzt einen wirklich zupackenden Wirtschaftsminister. Wenn Sie, Herr Bley, die Not der Betriebe erkennen, wie Sie sagten, dann nutzen Sie die Chance und geben ihm den Hinweis. Wir haben dafür Konzepte vorgelegt, die übrigens von allen Unternehmensverbänden - so wie ich das sehe - uneingeschränkt geteilt werden.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Und jetzt der letzte Satz!

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Das war's schon!

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Bley möchte erwidern.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Schulz-Hendel, es wäre ja etwas Neues, wenn Sie keine Kurzintervention halten würden. Nur einen Satz lang haben Sie zugehört, und daraufhin erhalten Sie 90 Sekunden zusätzliche Redezeit. Das ist ein guter Grund, zu prüfen, ob wir das überhaupt so beibehalten müssen, weil Sie bei den Dingen, die ich aufgezeigt habe, in der Tat nicht hingehört haben.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Nur weil Ihnen das nicht passt?)

Dass wir zusätzliche Programme brauchen, habe ich gesagt, auch dass wir den Unternehmen helfen und die Not erkennen. Genau das, was auch Sie sagen würden! Nur nutzen Sie die Gelegenheit, nochmals 90 Sekunden Redezeit zu haben.

Ich kann sagen: Das ist ein gutes Programm. Die Wirtschaft braucht Hilfe. Da sind wir mit der Landesregierung von SPD und CDU gut unterwegs.

(Beifall bei der CDU - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Was für ein Demokratieverständnis ist das denn?)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke auch Ihnen, Herr Kollege Bley. - Jetzt hat das Wort der Finanzminister Reinhold Hilbers.

Reinhold Hilbers. Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wieder einer der berühmten Schnellschüsse der FDP.

(Jörg Bode [FDP]: Was? Daran haben wir lange gearbeitet!)

- Ich sage Ihnen das gleich, Herr Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, vielleicht sollte zu Haushaltsfragen weiterhin der Kollege Grascha reden. Wir sind nicht immer einer Meinung, aber, Herr Bode, er versteht wenigstens etwas davon.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von der FDP: Unverschämt! - Jörg Bode [FDP]: Zur Wirtschaftspolitik sollte der Wirtschaftsminister reden - der versteht wenigstens etwas davon!)

Erstens. Der Haushalt, Herr Kollege Bode, besteht nicht nur aus Schulden. Alle Maßnahmen, die hier angesprochen worden sind, werden aus dem Sondervermögen finanziert. Das Sondervermögen ist durch 1 Milliarde Euro aus dem laufenden Haushalt und aus Rücklagen gespeist worden. Den Rest beziehen wir aus Kreditermächtigungen.

> (Jörg Bode [FDP]: Das Gesamtdeckungsprinzip ist Ihnen als Minister ja wohl bekannt, ne?)

Das Sondervermögen kapselt das, und Sie können das nicht mit dem allgemeinen Haushalt vermengen. - Das ist der erste Punkt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der zweite Punkt: "Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben des Landes im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist." -Das steht in § 2 der Landeshaushaltsordnung. Und das "Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr." Ich trage das vor, weil man sich für einen Augenblick des Datums vergewissern muss: Wir haben den 5. März 2021, und die FDP stellt hier einen Antrag zum 3. Nachtragshaushaltsgesetz 2020. Bekanntlich ist das Jahr 2020 abgelaufen. In meinem Haus befinden wir uns schon in der Haushaltsrechnung, also in der Abrechnung des Haushaltsjahres 2020, und Sie wollen dort noch einen Nachtragshaushaltsplan erstellen. Das ist nachträglich unmöglich und haushaltsrechtlich auch unzulässig.

Zweitens. Einen Nachtragshaushalt erstellt man dann, wenn man für Ausgaben keine haushaltsrechtliche Ermächtigung hat und wenn man eine Regelung schaffen muss, um dafür eine Haushaltsführung herbeiführen zu können. Gerade das ist hier eben nicht der Fall. Wir haben das Sondervermögen, in dem wir überjährig entsprechende Ausgaben tätigen können. Deswegen wäre das nur notwendig, wenn die Ausgaben das Ausgabenvolumen zusammengefasst überschreiten. Das tun sie aber nicht.

Sie buchen das dann entsprechend um, und Sie buchen es auch noch falsch um. Wahrscheinlich ist das ein Versehen. Sie haben es einmal bei der Titelgruppe 9 adressiert, wo Sie es zur Hauptgruppe 8 umbuchen wollen, und dann buchen Sie es in Ihrer Darstellung bei der Hauptgruppe 9, und die Kürzungen buchen Sie bei der Hauptgruppe 6. Wenn Sie sich das angucken: Das ist inkonsequent.

Also: Ihr Haushaltsgesetzentwurf kommt zu spät, er ist handwerklich schlecht gemacht, und er ist auch materiell-rechtlich falsch.

Er ist aber auch überflüssig, weil wir das alles im Sondervermögen darstellen. Sie haben die Vorsorgemittel, die wir haben, immer kritisiert. Ich finde es schon spannend, dass Sie die jetzt heute für sich in Anspruch nehmen und für Ihre politischen Zwecke heranziehen wollen.

Ihr Grund dafür, das hier noch einmal vorzulegen, ist offensichtlich, dass Sie das wollen, was Sie am 24. Februar im Ausschuss bereits vorgelegt haben und dort nicht durchbekommen haben, nämlich eine weitere Verlagerung aus Mitteln der Reserve hin zu dem Programm, das Sie eben zitiert haben, wodurch die Wirtschaft entsprechend Unterstützung bekommen soll, dem "Neustart Niedersachsen". Dort sind 348,5 Millionen Euro zusätzlich bewilligt worden. Damit sind 908.5 Millionen Euro in dem Titel. 410 Millionen Euro waren es im Juli. Es können etwa 7 200 Förderzusagen erreicht werden, davon 6 900 im Bereich Investitionen und 300 im Bereich Innovationen. Insgesamt löst das ein Volumen von 3 Milliarden Euro in Niedersachsen aus. Ich finde, es ist eine großartige Leistung, dass das hier auf den Weg gebracht werden kann. Das ist ein deutliches Zeichen, dass hier Wirtschaftsförderung betrieben wird. Das ist ein deutliches Zeichen, dass die Unternehmen zuversichtlich sind. Ich finde, damit werden wir unserer Aufgabe hier mehr als gerecht.

Ich bin Bernd Althusmann dankbar, dass es uns in gemeinsamen Gesprächen gelungen ist, so viel Geld zusätzlich zu mobilisieren. Das ist ein deutliches Zeichen, dass hier eine wirtschaftsfreundliche Landesregierung am Werk ist. Des Nachtragshaushaltsentwurfs der FDP für das vergangene Jahr bedarf es nun wirklich nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir können zur Ausschussüberweisung kommen.

Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sein. Mitberaten sollen der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann haben Sie so überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 8: **Dringliche Anfragen**

Uns liegen zwei Dringliche Anfragen vor.

Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Ich weise, wie üblich, besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind, und erinnere daran, dass ein fraktionsloses Mitglied in einem Tagungsabschnitt insgesamt eine Zusatzfrage stellen kann.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir kommen zur Dringlichen Anfrage

a) Bund-Länder-Beschluss vom 03.03.2021: Hat Niedersachsen eine Strategie? - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/8680

Die Anfrage wird eingebracht von Kollegin Susanne Schütz für die FDP-Fraktion.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Bund-Länder-Beschluss vom 03.03.2021: Hat Niedersachsen eine Strategie?

Im Beschluss wird davon ausgegangen, dass regelmäßige Corona-Tests in den kommenden Wochen und Monaten einen wichtigen Baustein darstellen, um mehr Normalität und sichere Kontakte zu ermöglichen.

Zu den Impfungen wird die Erwartung formuliert, dass "der Impfstoff schnell und priorisierungsgerecht verimpft" wird.

Über eine Rückkehr der Schülerinnen und Schüler in den Präsenzunterricht sollen die Länder in Eigenverantwortung entscheiden.

Der Beschluss enthält darüber hinaus weitere Verabredungen zu Maßnahmen, Vorbereitungen und Aufgaben, mit denen die Länder der Pandemie in

eigener Verantwortung begegnen und Regelungen treffen sollen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich die konkrete Strategie der Landesregierung in Bezug auf Maßnahmen jenseits der Inzidenzwerte, insbesondere auf die nun möglich werdenden Schnelltests und die Steigerung der Impfzahlen unter Beibehaltung oder Neuausrichtung von Impfreihenfolgen?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- 2. Welche konkreten Maßnahmen und Schritte plant die Landesregierung bis zu den Osterferien bei Schulen und Kindertagesstätten?
- 3. Wie ist der jeweilige Erledigungs- bzw. Vorbereitungsstand in Bezug auf die im Beschluss der MPK vom 3. März festgelegten weiteren Aufgabenpakete für ein Tätigwerden der Länder (z. B. elektronische Kontaktnachverfolgung, Härtefallfonds)?

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Behrens.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist, glaube ich, eine besondere Situation, heute nachgenau gezählt - vier Stunden im Amt eine Dringliche Anfrage zur Pandemiebekämpfung beantworten zu müssen. Aber ich kann natürlich verstehen, dass es Sie umtreibt, und das Virus macht auch keine Pause - erst recht nicht nur deshalb, weil eine Ministerin wechselt. Daher nehme ich das gerne an.

Die Pandemiebekämpfung ist ein Kraftakt für unsere Gesellschaft, und für mich ist es wichtig, dass wir alle in der Gesellschaft Tätigen mit einbinden und die Ebenen gut miteinander verknüpfen. Dazu gehört für mich natürlich auch, den Landtag in gesamter Form gut einzubinden und mit allen Fraktionen konstruktiv und gut zusammenzuarbeiten.

Mein Fachausschuss ist ja der Sozialausschuss, und Herr Vorsitzender Holger Ansmann, natürlich stehe ich jederzeit gern zur Verfügung. Die Corona-Pandemie ist Chefinnen-Thema, und wenn ich gebraucht werde, komme ich gerne in den Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Ich will heute aber auch um Verständnis werben, wenn ich nicht jede Frage sofort beantworten kann. Sie können aber sicher sein: Nur ich bin neu, das Haus ist es nicht. Das heißt, wir haben viele Expertinnen und Experten, und wir werden Ihnen die Antworten auf die Fragen, die ich vielleicht nicht gleich gut beantworten kann, auch schriftlich nachliefern. Ich habe ein großes Interesse daran, dass alle Abgeordneten gut informiert sind. Das sollen Sie mir ruhig ernsthaft abnehmen, und das kriegen wir hin.

Das vorausgesetzt, beantworte ich die Fragen wie folgt.

Zu 1: Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder waren sich am Mittwoch einig, dass die Inzidenzwerte als Richtschnur für die Maßnahmen dienen. Das haben wir heute Morgen auch in der Regierungserklärung noch einmal gehört. Die Inzidenzwerte geben Auskunft über das Infektionsgeschehen, und unser Ziel ist natürlich nach wie vor, das Infektionsgeschehen so früh wie möglich einzugrenzen. Dazu bleiben leider auch Kontaktbeschränkungen notwendig; denn es geht um die Sicherstellung und den Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung.

Mit der Möglichkeit der Impfung gegen das Coronavirus haben wir aber das wichtigste Kapitel zur Eindämmung der Pandemie aufgeschlagen. In Niedersachsen haben wir seit dem 27. Dezember 2020 nun 625 595 Impfungen durchgeführt. Gestern haben wir mehr als 25 000 Dosen verimpft das ist der Höchststand, seitdem wir impfen. Daran sehen Sie, dass es auch eine Dynamik gibt und Niedersachsen sich da steigert.

Mit der Konzentration auf besonders gefährdete Gruppen - insbesondere in den Alten- und Pflegeheimen und die über 80-Jährigen, aber auch das Personal in Krankenhäusern - haben wir die uns zur Verfügung stehenden Impfstoffe zielgerichtet und effizient eingesetzt. Lassen Sie mich ergänzen: Wir können nur das verimpfen, was wir haben. Daher ist die Impfstoffdarbietung derzeit mehr eine Mangelverwaltung als eine wirkliche Möglichkeit, auf alle Dinge gut einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Niedersachsen richtet sich maßgeblich nach der bundesweit geltenden Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfungen gegen das Coronavirus. Dieser Weg war und ist richtig; denn nur so schützen wir die besonders gefährdeten älteren Menschen.

Anpassungen der Impfreihenfolge, die vom Bund beschlossen werden, so wie zuletzt für das Personal von Kindertagesbetreuung, Grund- und Förderschulen, setzt das Land Niedersachsen zügig um. Wir erwarten in den nächsten Wochen einen deutlichen Anstieg der Zahl der zur Verfügung stehenden Impfdosen, und wir werden die uns zur Verfügung stehenden Impfdosen so schnell wie irgend möglich verimpfen. Da können Sie sicher sein.

Aktuell weiten wir die Impfkapazitäten weiter aus. Es werden vor allen Dingen die Kapazitäten der Impfzentren aufgestockt. Zurzeit gibt es ja auch noch das Pilotprojekt, mit dem wir niedergelassene Ärzte und Ärztinnen in Hausarztpraxen mit in die Impfung einbeziehen. Warum Pilotprojekt? Wann macht man Pilotprojekte? Wenn es im Normalbetrieb nicht möglich ist, dann macht man ein Pilotprojekt. Vorher waren die Hausärzte gar nicht in der Verordnung genannt, das ist aber inzwischen bundesweit vorgesehen. Die Einbeziehung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte wird mit den Impfzentren ein wesentlicher Meilenstein bei der weiteren Verimpfung sein.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, so schnell wie möglich die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Impfungen im Regelsystem, also in den Arztpraxen, gut funktionieren können, und das schließt dann auch die Belieferung über die gewohnten Vertriebswege ein.

Ergänzend zu den bestehenden Impfzentren müssen Impfungen gegen COVID-19 auch in unserem Gesundheitssystem möglich sein. Es ist leistungsfähig, es ist ambulant gut aufgestellt. Damit können wir gut umgehen. Das gilt vor allen Dingen natürlich für solche Impfstoffe, die keine so hohen Anforderungen an die Lagerung und die Logistik stellen. Wir müssen jetzt noch die Schnelltest-Strategie dazunehmen, die wir mit der aktuellsten Coronavirus-Testverordnung des Bundes bekommen. Die soll am 8. März in Kraft treten, sodass wir da einen weiteren Schritt vorangehen können.

Bürgerinnen und Bürger haben nach der Verordnung dann den Anspruch, sich einmal in der Woche mittels eines Antigen-Schnelltests kostenfrei testen zu lassen, und das setzen wir auch in Niedersachsen um. Die genauen Rahmenbedingungen sind derzeit in der Abstimmung. Die notwendigen Kapazitäten bauen wir auf. Wir haben mit der Zahnärzte- und Apothekerschaft bereits Rahmenvereinbarungen vorverhandelt. Die stehen kurz vor einem Abschluss. Sie können sicher sein, dass diese Rahmenbedingungen in den nächsten Tagen fertig vereinbart werden und damit zügig vorliegen.

Zu 2: In Niedersachsen stehen nach den Bund-Länder-Beratungen am Mittwoch weitere Schritte zur Öffnung des Bildungsbereiches an. Im Schulbereich ist zunächst vorgesehen, dass ab dem 8. März, also ab Montag, die Schülerinnen und Schüler im Unterricht auch am Sitzplatz in allen Jahrgängen der Sekundarbereiche I und II eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen. Die Alltagsmaske ist hierfür ausreichend. Die Präsenzpflicht wird wiederhergestellt. Angehörige von Risikogruppen sind selbstverständlich weiterhin ausgenommen.

Ab 15. März wird der Schulbereich weiter für Unterricht im Wechselmodell nach dem Szenario B geöffnet, und zwar für die Schülerinnen und Schüler der Schuljahrgänge 5 bis 7 im Sekundarbereich I sowie für den Schuljahrgang 12 im Sekundarbereich II.

Außerdem werden die Berufseinstiegsschulen sowie die Berufsschulklassen für Jugendliche mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ohne Ausbildungsverhältnis und die Förderschulen im Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung und in den Förderschwerpunkten Hören und Sehen für Unterricht nach Szenario B geöffnet. Wie bisher verbleiben die Schulen im Primarbereich sowie die Abschlussklassen im Szenario B.

Ab dem 22. März, also in der nächsten Stufe, kommen noch vor den Osterferien alle Schulen und Schuljahrgänge ins Szenario B. In Landkreisen mit einer Inzidenz von über 100 Corona-Fällen pro 100 000 Einwohnern im Schnitt der letzten sieben Tage gibt es allerdings zunächst keine weiteren Öffnungsschritte. Hier bleibt es vorerst bei der jetzigen Regelung.

Da für die neu hinzugekommenen Schuljahrgänge nur eine Woche bis zu den Osterferien zur Verfügung steht, werden die Schulen gebeten, darauf zu achten, dass alle Schülerinnen und Schüler noch vor Ostern wieder in die Schule kommen können.

Die Notbetreuung für die Kinder der Schuljahrgänge 1 bis 6 - in der Regel zwischen 8 und 13 Uhr -

wird weiterhin angeboten. Die Kindertageseinrichtungen werden bereits ab Montag, dem 8. März, für den eingeschränkten Regelbetrieb - Kita-Szenario B - geöffnet. Kindertageseinrichtungen, die in Landkreisen mit einer regionalen Sieben-Tage-Inzidenz von 100 Corona-Fällen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Schnitt der letzten sieben Tage oder höher liegen, verbleiben im Szenario C, also geschlossen mit Notbetreuung. Das geht nur so lange, bis die Inzidenz in den Landkreisen und kreisfreien Städten an drei aufeinanderfolgenden Tagen ununterbrochen unter dem Wert von 100 liegt. Dann erfolgt ein Wechsel ins Szenario B.

Während des Szenarios C soll die Notbetreuung in dem bisherigen Umfang angeboten werden. Für die Kinder in der Kindertagesbetreuung ist damit, glaube ich, ein großer Schritt nach vorne gelungen. Das Kultusministerium hat sehr intensiv daran gearbeitet.

Auch die Schulen können nun schrittweise für deutlich mehr Schülerinnen und Schüler geöffnet werden. Gleichzeitig arbeitet die Landesregierung daran, mit der Kombination aus Testen, Impfen, Masken plus Abstand, Hygiene und Lüften, die Sicherheit in den Einrichtungen immer weiter zu erhöhen, damit Kinder und Beschäftigte bestmöglich geschützt werden.

Zu 3: Die Landesregierung verfolgt alle von der MPK gefassten Beschlüsse mit großem Hochdruck und sehr zielorientiert. Neben der bereits genannten Impf- und Teststrategie unterstützen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst direkt durch Personalverstärkung und haben die Etablierung von SORMAS finanziell unterstützt.

Die Corona-Warn-App der Bundesregierung hat leider keine Funktionalität, über die sich Besucherinnen und Besucher eines Restaurants oder eines Events mit ihren persönlichen Kontaktdaten eintragen können. Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich im vergangenen Monat eine Vorstellung des Landes Thüringen angehört, um sich einen Lösungsansatz für eine App näher anzuschauen, bei der es um eine verschlüsselte Kontaktdatenübermittlung geht. Natürlich schauen wir uns diese App auch sehr intensiv an.

Derzeit läuft über das Bundesgesundheitsministerium eine Abfrage in den Ländern, wie die Länder zu dieser App stehen und ob wir da zu einem abgestimmten Vorgehen kommen. Ich bin gespannt, ob dort das Thema "elektronische Kontaktnachverfolgung" forciert werden kann; denn das wäre na-

türlich ein großer Schritt nach vorne. Wir prüfen die App derzeit daraufhin, ob sie das hält, was die verspricht; denn nach der Corona-Warn-App sollten wir die nächste App, die wir gemeinsam machen, vielleicht ein bisschen klüger gestalten.

In dem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Fragen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben Ihre Maske hier liegen lassen.

> (Ministerin Daniela Behrens: Entschuldigung!)

- Daran gewöhnt man sich schnell.

Jetzt kommen wir zur ersten Nachfrage. Wir beginnen mit Frau Susanne Schütz für die FDP.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke, Frau Ministerin, für die Antworten. - Die erste Nachfrage ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass eine Ausweitung der Impfstrategie eine Einbeziehung nicht nur der hausärztlichen Praxen bedeutet. Frau Ministerin Reimann hat wiederholt darauf hingewiesen, dass auch Volkswagen Teil der Impfstrategie würde. Wie sieht es mit der Einbeziehung von Betrieben, Betriebsärzten und betriebsärztlichen Strukturen aus?

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Ministerin wird Ihnen antworten.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das ist vollkommen richtig. Wir müssen möglichst viele in die Teststrategie mit einbauen. Wir verhandeln gerade mit einzelnen Bereichen und mit vielen Unternehmen dazu. Mit Volkswagen sind wir im Grunde fast handelseinig. Das wird in den nächsten Tagen finalisiert. In der nächsten Woche haben wir auch einige Gespräche mit Unternehmensverbänden, um alle mitzunehmen; denn die Teststrategie wird so gut sein wie möglich, wenn wir gerade im Bereich von Wirtschaft und Arbeitsmarkt möglichst viele einbinden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank. - Eine weitere Frage stellt nun - noch mal - Kollegin Susanne Schütz für die FDP.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön. - Ich habe eine weitere Frage, genau. Wie beurteilen Sie angesichts der Tatsache, dass zurzeit bereits Berufsgruppen aus der Impfgruppe 2 geimpft werden, es bisher aber noch kein Impfangebot für chronisch Erkrankte aus derselben Impfgruppe gibt, die Strategie der Umsetzung des Schutzkonzeptes für die am meisten Schutzbedürftigen?

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Frau Ministerin antwortet sogleich.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete, das ist eine wichtige Frage. Derzeit haben wir in der Gruppe mit hoher Priorität - also Priorität 2 - rund 3 Millionen Menschen. Davon entfallen 800 000 Personen auf die Gruppe mit medizinischen Indikationen. 750 000 Menschen gehören der Altersgruppe Ü70 an. Weitere 600 000 Personen zählt die Gruppe der Kontaktpersonen - also Kontaktpersonen von Pflegebedürftigen, von Schwangeren. Die restlichen rund 800 000 Personen entfallen im Wesentlichen auf die Beschäftigten mit berufsbezogener Indikation. Das sind Beschäftigte, die im Gesundheitswesen, in den Ordnungsbehörden, bei der Polizei und im Altenpflegebereich arbeiten. Die Beschäftigten von größeren Unternehmen werden direkt über die Institutionen anderer Bereiche eingeführt. Von daher sind wir auf einem ganz klaren Weg, was die einzelnen Prioritätengruppen und die Wartelisten angeht, und können damit auch Vorerkrankte und besonders chronisch Erkrankte gut abbilden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke vielmals. - Jetzt ist der Kollege Försterling an der Reihe, ebenfalls für die FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass der AstraZeneca-Impfstoff jetzt auch für Über-65-Jährige zugelassen worden ist oder auch empfohlen wird, und der Tatsache, dass die Impfzentren aktuell für die Gruppe der Priorität 2 - die Berufsgruppen - die Terminvereinbarung übernehmen, aber das Land die Terminvereinbarung für die Über-70-Jährigen übernehmen soll: Wie wird ausgeschlossen, dass es zu Kollisionen bei Terminvergaben hinsichtlich des Bedarfes an Impfstoffen kommt?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die Ministerin wird Ihnen antworten.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Priorisierung auf die Über-80-Jährigen ist natürlich weiterhin das oberste Gebot. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass die Über-80-Jährigen das Angebot bekommen, das sie brauchen. Was die Kombination angeht und die Frage, wer sich wo meldet, haben wir die Impfzentren, die über die Anmelde-Hotline gehen, und die Gruppen gehen über die anderen Bereiche. Wir haben eigentlich ein gut abgestimmtes System. Das ist in bestimmten Bereichen ein bisschen kompliziert. Wie Sie merken, muss ich es auch noch durchdringen. Aber Sie können sicher sein, dass wir uns um alle Gruppen gut kümmern und dass wir uns gut miteinander abstimmen, auch wenn es ein komplizierter Prozess ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr. - Die erste Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Ministerin! Vor dem Hintergrund, dass zu einer Impfstrategie ja auch eine Impfkampagne und mehr Kommunikation gehören - das haben wir hier im Januar gemeinsam beschlossen - frage ich Sie: Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Kampagne, die ja auch mehrsprachig und nieder-

schwellig sein sollte, um für mehr Akzeptanz in Sachen Impfung zu werben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die Ministerin erwidert.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Abgeordnete, diese Frage haben wir erwartet, weil sie naheliegend ist und weil das natürlich auch ein wichtiges Thema ist. Alle relevanten Akteure werden von der Landesregierung fortlaufend über die Corona-Website und über die dortigen FAQs und die digitalen Nachfragemöglichkeiten sehr gut informiert. Wir haben verschiedene Hotlines. Wir machen eine sehr intensive Pressearbeit über die Medien.

Sie haben gefragt: Was ist mit der Kampagne? Diese ist auch mir persönlich sehr wichtig. Nur Kommunikation und Transparenz sorgen dafür, dass wir Vertrauen in der Bevölkerung erhalten, dass die Leute sich impfen lassen und dass wir damit zu hohen Schutzmechanismen kommen. Daher sind wir natürlich dabei, die im Sommer schon erfolgreich gestartete Dachkampagne "Wir sind stärker! Niedersachsen gegen Corona" unter dem Motto "Impfen, erklärt auf Niedersächsisch" weiterzuentwickeln und über diverse Kommunikationskanäle zu verbreiten.

Die Landesregierung beabsichtigt, eine Agentur mit der Entwicklung und der Umsetzung einer crossmedialen, auf der Dachkampagne aufbauenden, niedersachsenweiten Informations-, Aufklärungs- und Werbekampagne zur Corona-Schutzimpfung für das Land Niedersachsen zu beauftragen. Für die Vergabe dieser Impfkampagne ist zunächst ein Wert von 5 Millionen Euro angesetzt. Wir sind gerade dabei, das Vergabeverfahren auszuwerten und den Auftrag dann auszugeben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Ich danke auch. Eine weitere Zusatzfrage stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz für bis 90/Die Grünen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund des jetzt angekündigten Vor-

habens - ich will es noch nicht "Teststrategie" nennen -, in Kitas und Schulen verstärkt zu testen: Welchen Bedarf sehen Sie wöchentlich bzw. monatlich in Sachen Schnelltests oder auch Selbsttests?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Einen kleinen Moment! Der Kultusminister Herr Tonne antwortet.

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Janssen-Kucz, wir haben ungefähr 80 000 Beschäftigte in den niedersächsischen Kitas. Wenn man alle Beschäftigten, die in Schule sind, und die Schülerinnen und Schüler zusammenzählt, kommt man ungefähr auf eine Summe von 1,5 bis 1,6 Millionen Personen. Daraus ergeben sich die Testzahlen pro Woche.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke vielmals. Herr Minister, eine weitere Frage für die FDP-Fraktion stellt die Kollegin Susanne Schütz.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank. - Diese Frage geht eigentlich eher an ein anderes Ressort. Ich weiß nicht, ob diese Frage gerade jemand beantworten kann. - Um die Lage richtig beurteilen zu können: Welche Forschungsaufträge und -aktivitäten zu Übertragungswegen und Infektionswegen hat die Landesregierung seit Beginn der Pandemie in Auftrag gegeben? Das ist also mehr eine Forschungsfrage.

Danke.

(Zustimmung bei der FDP - Zuruf: Herr Thümler kommt gerade wieder!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Ministerin Behrens.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete, wir würden dies schriftlich nachreichen. Der Forschungsminister betritt gerade den Plenarsaal und hat die Frage nicht mitbekommen. Das interessiert uns aber alle. Sie bekommen die Antwort.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die FDP-Fraktion stellt die letzte Zusatzfrage Kollege Björn Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, nachdem dies in der Regierungserklärung unscharf geblieben ist: Ab wann garantiert die Landesregierung einen flächendeckenden wöchentlichen Test für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Es antwortet der Kultusminister Herr Tonne.

Grant Hendrik Tonne. Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Försterling, wir haben uns ja schon gelegentlich darüber ausgetauscht. Von daher werden Sie wissen, dass die Testungen für Lehrkräfte bereits angelaufen sind und stattfinden. Das sind keine Selbsttests, sondern Schnelltests im bewährten Verfahren. Diese werden auch genutzt. Ich hatte ja bereits über die Auswertung der ersten Woche informiert, dass in Niedersachsen 12 300 Lehrkräfte davon Gebrauch gemacht haben und dass es eine Positiv-Testungsrate von 0,08 % gegeben hat. Selbiges gilt übrigens für das Personal in den Kitas. Auch dort gibt es die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden - mit den Trägern. Seit dem 15. Februar sind auch dort Testungen einmal pro Woche möglich und auch entsprechend garantiert.

Bei den Schülerinnen und Schülern haben wir das Bestreben, vor den Osterferien zu beginnen. Das hängt aber davon ab, wie schnell die Tests tatsächlich geliefert werden. Das liegt außerhalb dessen, was ich beeinflussen kann, aber Sie können sicher sein: In dem Moment, in dem Tests verfügbar sind - es sind dann Laientests -, werden diese für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Unser Ziel, unser Wunsch ist es, dass wir vor den Osterferien ein Angebot an möglichst viele Schülerinnen und Schüler machen können. Das hängt davon ab, in welchem Umfang geliefert werden kann.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf: Wann ist die denn in Aussicht gestellt?)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Eine weitere Frage hat Kollegin Meta Janssen-Kucz für Bündnis 90/Die Grünen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung: Wie viel Impfstoff von AstraZeneca lagert in den kommunalen Impfzentren? Darüber müsste das Land anhand der Auslieferung über das Zentrallager ja Bescheid wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Ministerin Behrens antwortet. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Janssen-Kucz. 160 000 Dosen lagern derzeit noch in den Impfzentren - nicht in Kellern, wie Sie es gesagt haben, sondern ordentlich aufbewahrt.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: In den Impfzentren! Ich habe nichts von Kellern gesagt! Definitiv nicht!)

- In den Impfzentren, alles klar. 160 000 ist die Zahl.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. Zu Punkt a) liegen jetzt keine weiteren Fragen vor. Bevor wir zu Punkt b) kommen, werden wir hier einen Wechsel im Präsidium vornehmen.

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können mit den Dringlichen Anfragen fortsetzen.

Wir kommen zu

b) Impfen, testen, lockern!? - Wie sieht die konkrete Organisation für Niedersachsen aus? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8683

Die Anfrage wird von der Kollegin Meta Janssen-Kucz vorgetragen. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben in einer Videoschaltkonferenz am 3. März einen neuen Beschluss zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und zu weiteren Lockerungsschritten gefasst. Die Strategie wird wie folgt beschrieben:

"Für die nächsten Wochen und Monate wird es bei stabilem Infektionsgeschehen einen Vierklang geben aus impfen, testen, Kontaktnachvollziehung und Öffnungen."

Auch zahlreiche Expertinnen und Experten sind angesichts der zunehmenden Verbreitung der hochansteckenden Coronavirus-Variante B.1.1.7 der Meinung, dass eine zügige und gut koordinierte Durchimpfung der weiteren Prioritätsgruppen in Kombination mit einer umfassenden Teststrategie in den nächsten Wochen und Monaten entscheidend für das Eindämmen der COVID-19-Pandemie ist. Presseberichten zufolge gestaltet sich die Umsetzung der neuen Impfverordnung und der Schnellteststrategie in Niedersachsen jedoch ausgesprochen schwierig.

Mit Schreiben vom 23. Februar 2021 erlaubt die Landesregierung den Impfzentren, mit dem Impfstoff von AstaZeneca zusätzlich mit den Impfungen in der Priorität 2 zu beginnen. Diese Prioritätsgruppe umfasst u. a. 70- bis 80-Jährige, Menschen mit Trisomie 21, Demenz, Transplantationspatientinnen und -patienten, Menschen mit schweren Vorerkrankungen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Personal in Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen, Beschäftigte im Gesundheitsbereich sowie Polizei- und Ordnungskräfte. Bei der Terminvergabe für diese Gruppen kommt es offenbar zu erheblichen Schwierigkeiten. So berichtete die Neue Osnabrücker Zeitung am 26. Februar 2021 über die Impfungen in Stadt und Landkreis Osnabrück:

> "Niedersachsen vergebe über die Impfhotline lediglich für die Über-80-Jährigen Termine in den Impfzentren. Mit den anderen Personenkreisen sollten die Impfzentren selbst in Kontakt treten, schildert der Land

kreissprecher. 'Dieses Verfahren ist aufwendig, da die Datenerfassung sowie die Terminvergabe bei diesem Personenkreis nun bei den Impfzentren liegen.' Kurzfristig seien beispielsweise rund 150 Hausarztpraxen angeschrieben worden, damit sie die Impfwilligen benennen können.

Auch die Stadt kämpft mit diesem Prozedere. Sie muss sich die Unter-65-jährigen Impfberechtigten selbst zusammensuchen. Zuvorderst seien das Menschen, die als Externe regelmäßig in Pflegeheimen arbeiten, etwa Ärztinnen, Logopäden und Friseure. Die Stadt habe rund 300 Einrichtungen wie Praxen oder Salons kontaktiert und erste Impftermine vergeben, teilt ein Stadtsprecher ... mit. Es fehlten aber noch Rückmeldungen. 1 400 Impfdosen, die die Stadt am 23. Februar erhielt, warten aktuell auf Abnehmer."

Die Landesregierung erklärte am 1. März 2021 gegenüber dem Niedersächsischen Landtag:

"Mit dem heutigen (01.03.2021) Auftrag an das Logistikzentrum Niedersachsen wurde die Ausschreibung von 5 Millionen Antigen-Tests zur Eigenanwendung durch Laien (Selbsttest) zum Nachweis von SARS-COV-2 freigegeben."

Über die Ausschreibungsdetails, z. B. Art der ausgeschriebenen Tests, und den weiteren Zeitverlauf der Ausschreibung wurden keine Angaben gemacht. Ebenso fehlen bis zum heutigen Tag eine Konzeption über den geplanten Einsatzbereich sowie eine Prioritätensetzung und Dokumentation der Schnelltests seitens der Landesregierung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Wie ist das Einladungsmanagement für die neu priorisierten Personengruppen in Niedersachsen organisiert?
- 2. Wann ist mit dem flächendeckenden koordinierten Einsatz mit klaren Vorgaben und Unterstützung von Schnelltests und Selbsttests in Kitas und Schulen sowie in den anderen Bereichen zu rechnen?
- 3. Wurden seitens der Landesregierung Veränderungen am bisherigen Impfstoffverteilungsschlüssel nach Einwohnerzahl vorgenommen? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Janssen-Kucz. - Die Landesregierung möchte antworten.

(Zuruf: Sie muss!)

- Sie ist gehalten, zu antworten. Frau Ministerin, bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind bei der Organisation der Impf-, Test- und anderen Strategien natürlich an die Rahmenbedingungen gebunden, die der Bund uns setzt. Wir fühlen uns auch den Verabredungen der MPK verpflichtet.

Wenn wir uns die Corona-Impfverordnung ansehen, dann ermöglicht uns § 1 Abs. 2 den Übergang von einer Priorität in die nächste impfstoffbezogen durchzuführen. Wir können also mit dem Impfstoff von AstraZeneca den Übergang in die Schutzimpfung mit hoher Priorität, also Prio 2, bereits beginnen, auch wenn die Schutzimpfungen mit mRNA-Impfstoffen in der höchsten Prioritätsstufe noch nicht abgeschlossen sind.

Ziel ist es, schnellstmöglich alle Impfberechtigten mit den jeweiligen Impfstoffen zu versorgen und zu impfen. Vor diesem Hintergrund werden die Impfzentren per Erlass gebeten, der Lage angepasst, vor Ort mit AstraZeneca auch Impfberechtigte unter 65 Jahren mit hoher Priorität zu impfen, und zwar vorrangig zunächst die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Beschäftige in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe einschließlich der Werkstätten sowie die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte in den Arztpraxen, die Beschäftigten der Krankenhäuser, die Polizei und die Ordnungskräfte. Neu hinzugekommen sind mit der Coronavirus-Impfverordnung vom 24. Februar 2021 Personen, die in Kinderbetreuungseinrichtungen, in der Kindertagespflege, in den Grundschulen sowie in den Förderschulen tätig sind. Mit der Impfung dieser Berufsgruppen wird zügig begonnen. Das Verfahren hierzu wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: Ziel der Landesregierung ist, allen derzeit Impfberechtigten schnellstmöglich ein Impfangebot

zu unterbreiten. Die aktuellen Impfstofflieferungen ermöglichen jetzt eine weitere Öffnung der Prioritätsgruppe 2: Schutzimpfung mit hoher Priorität. Die Information der Impfberechtigten wird zielgruppenspezifisch erfolgen.

Unser Terminmanagement sieht, wie Sie wissen, drei Wege vor:

Erstens. Impfberechtigte Einzelpersonen buchen zentral einen Impftermin über die Hotline oder online über das Impfportal.

Zweitens. Sie lassen sich auf die Warteliste setzen und erhalten zeitnah einen Impftermin.

Drittens. Andere impfberechtigte Gruppen, insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner von stationären oder teilstationären Einrichtungen, aber auch berufsbezogene Gruppen erhalten ihren Termin direkt über die Impfzentren.

Zu 2: Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt ausdrücklich, dass die MPK am Mittwoch die Testung an Schulen als weiteres Instrument beschlossen hat. Das wird die Sicherheit an den Schulen enorm erhöhen. Das Kultusministerium hat hierzu bereits ein Konzept erarbeitet und in Abstimmung mit den anderen Ressorts hierfür die nötigen Weichen gestellt.

Wir werden voraussichtlich in der letzten Schulwoche vor den Osterferien eine Testwoche an den niedersächsischen Schulen anbieten und danach möglichst vielen Schülerinnen und Schülern, die in dieser Woche in die Schulen kommen, unter Anleitung durch die Lehrkräfte helfen, einen Selbsttest durchzuführen.

Damit können wir infizierte Schülerinnen und Schüler frühzeitig entdecken und die Schulgemeinschaft schützen. Damit testen wir auch das Testen mit Blick auf Fragen wie: Wie geht das? Was muss man beachten? Wir gehen wir mit positiven und wie mit negativen Testergebnissen um? All das muss in der Schule eingeübt werden und führt zu mehr Sicherheit und auch zu mehr Informationen über die Krankheit und das Impfen.

Nach Ostern werden wir allen Schülerinnen und Schülern an ihrem ersten Schultag und dem Personal am ersten Arbeitstag ein Testangebot machen. So wissen wir, ob möglicherweise infizierte Schülerinnen und Schüler oder infiziertes Personal in die Schule gekommen sind. Diese können wir dann schnell nach Hause schicken. Ihr positives Testergebnis müssen sie mit einer Nachtestung

bei einer Hausärztin oder einem Hausarzt bestätigen lassen.

Danach werden wir wochenweise und zu bestimmten Anlässen weitere Testungen vorsehen. Das wird z. B. nach den Ferien der Fall sein, falls mehrere Klassen von einem Infektionsgeschehen betroffen sind oder wenn die Inzidenz am Schulort hoch ist bzw. gestiegen ist.

Bei betroffenen Klassen gelten ohnehin die Anordnungen der örtlichen Gesundheitsämter hinsichtlich Quarantäne und Testungen. Da hat sich also nichts verändert. Das gilt auch für die Kontaktpersonen.

Damit hat Niedersachsen in der Gesamtschau ein sehr engmaschiges Testnetz über die Schulen gelegt.

Mit Blick auf die Kindertageseinrichtungen und die Schulen in freier Trägerschaft hat sich das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Trägerverbänden der Kindertageseinrichtungen sowie den Trägerverbänden der Schulen in freier Trägerschaft auf eine Grundsatzvereinbarung über Testungen von Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, von Kindertagespflegepersonen, von kommunalem Personal in öffentlichen Schulen und von technischem und administrativem Personal an Schulen in freier Trägerschaft verständigt.

Nach dieser Vereinbarung können die Berechtigten in der Zeit vom 15. Februar bis zum 4. April einmal in der Woche eine Testung mittels PoC-Antigentest vornehmen. Die Testungen können von niedergelassenen Hausärztinnen oder Hausärzten, die die Voraussetzungen der Grundsatzvereinbarung einhalten, in Testzentren oder durch sonstiges medizinisch versiertes Personal - also etwa in Apotheken - durchgeführt werden.

Testmöglichkeiten, die auf Ebene der Mitglieder der kommunalen Spitzenverbände oder durch Einrichtungsträger selbst geschaffen werden, können auf diese Weise ebenfalls genutzt werden. Sobald zertifizierte und verlässliche Selbsttests auf dem Markt verfügbar sind, können Berechtigte auch diese Möglichkeit nutzen, um sich einmal pro Woche selbst zu testen.

Zu 3: Die Impfstoffe werden grundsätzlich nach Bevölkerungsschlüssel verteilt. Das entspricht der Impfstoffverteilung auf die Bundesländer, die ebenfalls einwohnerbezogen erfolgt. Die Bezugsgröße Einwohnerzahl ist gewählt worden, weil dies dem tatsächlichen Bedarf insgesamt am nächsten kommt.

In den Gruppen der Priorisierung sind unterschiedlichste Indikationen vorgesehen. Zu diesen einzelnen Gruppen liegen in der Regel keine genaueren Erhebungen oder Zahlen auf kommunaler Ebene vor. Dagegen ist die Einwohnerzahl, wie gesagt, eine sehr belastbare und damit gute Kennzahl für uns.

Ergänzend wird entsprechend der Verteilung der jeweiligen impfberechtigten Gruppen bei Bedarf im Einzelfall nachgesteuert und auch in den jeweiligen Impfzentren umgesteuert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage möchte die Kollegin Janssen-Kucz stellen. Sie können gleich hier vorne bleiben, Frau Kollegin, da sind Sie am nächsten dran. Oder Sie nutzen das Saalmikrofon. - Jetzt haben Sie das Mikrofon schon benutzt, jetzt ist es entweiht. Jetzt müssen Sie es benutzen!

(Heiterkeit)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Entweiht nicht so richtig, Herr Präsident.

Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre Ausführungen seitens der Landesregierung. Meine Frage geht dahin: Wie ist das weitere Prozedere, wenn das Testergebnis bei Schnell- oder auch Selbsttests positiv ist? Gibt es da Handlungsempfehlungen? Wie ist dann das weitere Prozedere an Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Abgeordnete, das positive Testergebnis muss durch einen PCR-Test bestätigt werden. Ansonsten gelten die weiteren Quarantäneregelungen, die Informationen und auch die durchaus schon bekannten Abläufe dazu.

Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage für die FDP stellt jetzt Kollegin Susanne Victoria Schütz.

Bitte! - Bitte benutzen Sie das linke oder das rechte Saalmikrofon, wie es Ihnen behagt.

(Ulrich Watermann [SPD]: Hier ist es schöner!)

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank. - Frau Ministerin, ich habe eine Nachfrage. Sie haben zu dem Punkt, wie die Feinsteuerung genau aussehen soll, erwähnt, dass in den Impfzentren nachgesteuert würde. Der Hintergrund meiner Frage ist, dass Herr Scholz neulich in einem Nebensatz gesagt hat, man wolle gleichzeitig mit den Impfzentren die Verimpfung an die Über-70-Jährigen starten. Wir hatten allerdings in der bisherigen Phase sozusagen eine Unwucht in der Verteilung.

Werden die Impfzentren zu irgendeinem Zeitpunkt unterschiedlich stark beliefert, oder muss innerhalb der Impfzentren etwas umorganisiert werden?

Danke.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Abgeordnete, es gibt eine feststehende Verteilung an die Impfzentren. Wenn wir über den Bedarf bzw. über die Planung hinaus Impfstoff geliefert bekommen, dann wird dieser bei Bedarf nachgesteuert und geliefert.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Eine weitere Zusatzfrage stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz. Sie haben zwei Fragen angemeldet. Sie können also auch zwei nacheinander platzieren.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Ich mache es nacheinander! - Zuruf: Damit wir nicht so früh nach Hause können!)

Es ist Ihnen zugestanden, wie Sie es vorziehen. Bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Frage zielt darauf ab, ob ein Live-Monitoring von positiven Testergebnissen geplant ist, um insbesondere in den Einrichtungen unverzüglich, schnell und präventiv reagieren zu können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke. - Bitte sehr, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Wir haben noch nicht ganz verstanden, was Sie mit "Live-Monitoring" meinen. Es gibt ein Standardverfahren. Bei positiven Tests brauchen wir die Bestätigung durch einen PCR-Test. Darauf folgt die gängige Informations- und Aktionskette. Das hat sich in den letzten Wochen nicht verändert und ist gelebte Praxis, wie wir gerade live am Beispiel des Ministerpräsidenten erleben können.

Von daher würde ich gern wissen, was Sie mit "Live-Monitoring" meinen.

Danke schön.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt wieder die Kollegen Janssen-Kucz.

(Zuruf)

- Es ist die Frage, ob sie ihre Frage von eben ausformulieren oder doch die nächste Frage stellen will.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich glaube, ich formuliere sie hier nicht aus, Herr Präsident. Ich werde gerne im Vier- oder Sechs-Augen-Gespräch - auch mit dem Kultusminister - deutlich machen, was mir da wichtig ist. Es geht um eine gewisse Entlastung auch der Kommunen.

Meine - ich glaube - dritte Frage an die Landesregierung ist: Im Vorentwurf zum MPK-Beschluss stand ja, dass zweimal wöchentlich Tests vorgesehen sind. Am Ende hat man sich nur auf einmal wöchentlich einigen können. Aus der Wissenschaft heißt es sehr deutlich, dass Tests zweimal wöchentlich notwendig sind, um ein Infektionsgeschehen frühzeitig erkennen und reagieren zu können. Wann plant diese Landesregierung, auf Schnelltests zweimal wöchentlich umzusteigen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke. - Für die Landesregierung antwortet die Ministerin. Bitte!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete, wir sind ja nicht live dabei, wenn die Kanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder in der MPK zusammensitzen. Sie sitzen über mehrere Stunden zusammen, und dann gibt es irgendwann ein Papier, auf das sich möglichst viele Bundesländer - sonst macht das ja keinen Sinn - verständigen können.

In diesem Papier steht: eine Testung. Wissenschaftlich gefordert sind zwei Testungen aus unserer Sicht nicht. Wir gehen erst einmal davon aus, dass wir mit einer Testung gut durch die Teststrategie kommen.

Wenn genügend Tests auf dem Markt sind, sich das Thema Testen entsprechend verstetigt hat, die Infrastruktur dazu gut organisiert ist und das Zusammenspiel aller Akteure funktioniert, dann können wir sicherlich zu anderen Frequenzen übergehen. Ich glaube, jetzt ist es erst einmal wichtig, gut zu beginnen und die Handlungsempfehlung der MPK, also der 16 Bundesländer, umzusetzen. Denn sonst macht jeder das, was er nicht machen soll. Ich finde, es ist gut, wenn wir erst mal gemeinsam marschieren.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke. - Es folgt für die FDP noch mal Kollegin Schütz. Bitte sehr!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke sehr. - Frau Ministerin, ich habe eine weitere Nachfrage zu einer Ihrer Antworten auf die Dringliche Anfrage. Sie sprachen bei der Antwort auf die erste Frage von einer "zielgruppenspezifischen Information". Vor dem Hintergrund, dass AstraZeneca jetzt eine Erweiterung seiner Zulassung bekommen wird und die Gruppe "70 plus" jetzt plötzlich früher geimpft werden soll: Wie wird die Ansprache dieser Gruppe aussehen? Ist an eine jahrgangsbezogene Einladung gedacht - das war mal im Gespräch -, und wird diese wieder per Post erfolgen?

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. Es herrscht eine unangenehme Geräuschkulisse im gesamten Plenum. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Abgeordnete, die Einladung wird per Post erfolgen. Sie wird vernünftig erfolgen, sodass mit dem Informationsbrief alle notwendigen Informationen gegeben werden und die Prioritäten gut abgearbeitet werden können. Ich glaube, in den letzten Wochen und Monaten haben wir beim Thema Einladungsmanagement hinzugelernt. Deswegen wird das ganz perfekt laufen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Es folgt noch mal Kollegin Schütz, FDP-Fraktion. Das ist Ihre vierte Frage. - Entschuldigung, das ist Ihre dritte. Bitte sehr!

(Susanne Victoria Schütz [FDP]: Ich glaube, die weitere Wortmeldung bezieht sich auf Tagesordnungspunkt 9! Aber ich habe auch noch eine für 8 b! So ist es nicht! - Zuruf: Ich würde sagen, es war die zweite! - Jörg Bode [FDP]: Ich habe noch keine einzige Frage von uns gehört! Antworten schon gar nicht!)

- Es ist trotzdem Ihre dritte.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Stimmt, danke schön. - Eine Frage habe ich noch: Mussten auch in Niedersachsen Impfdosen vernichtet werden, wie es offensichtlich z. B. in Brandenburg der Fall war?

Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke. - Bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete, in Niedersachsen sind keine Impfdosen vernichtet worden. Wir verimpfen alles, was geht.

Vielen Dank.

(Jörg Bode [FDP]: Nee, nee, das nicht! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das haben wir ja eben gehört!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meta Janssen-Kucz, Fraktion der Grünen, bitte! Frage vier!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde seitens der Bundesregierung angekündigt, dass bis Ende März 13,6 Millionen Impfdosen an Niedersachsen geliefert werden. Bis dato wurden 6 Millionen Dosen geliefert. Die Frage ist, in welchen Schritten das Land Niedersachen mit den Impfzentren in der Lage ist, diese Kapazitätserweiterung - das ist ja mehr als eine Verdopplung - auf den Weg zu bringen, inklusive des dazugehörigen Einladungswesens.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, bis jetzt wurde nach Niedersachsen nicht das geliefert, was uns angekündigt wurde. Auch die Lieferung, die nächste Woche erfolgen sollte wurde, erfolgt verspätet, wie uns angekündigt wurde. Daran sehen Sie, wie fragil die Planung beim Impfen ist. Wir werden die Kapazitäten der Impfzentren hochfahren. Gestern haben wir 25 000 Dosen verimpft; das ist ein Höchststand in Niedersachsen. Wir werden in Zukunft die Hausärztinnen und Hausärzte beteiligen. Daher werden wir in den nächsten Wochen mit sehr viel mehr Potenzial und Kapazitäten mehr Impfungen schaffen. Natürlich haben wir auch aus der Vergangenheit gelernt - Stichwort "lessons learned". Wir werden auch das Einladungsmanagement ausbauen und die Impfungen daher in der nächsten Zeit gut leisten können.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die fünfte und letzte Zusatzfrage für die Grünen stellt noch einmal die Kollegin Janssen-Kucz.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich muss zunächst eine Korrektur vornehmen: Ich habe eben im Eifer des Gefechts eine falsche Zahl genannt. Von den 13,6 Millionen Impfdosen erhält Niedersachsen ja nur 10 %, also 1,36 Millionen. Das wollte ich noch richtigstellen.

Meine letzte Frage zielt auf die angekündigte, hier grob skizzierte Teststrategie ab: Wie findet die Einbindung der kommunalen Gesundheitsämter statt, die bei positiven Ergebnissen für das weitere Prozedere in großen Teilen zuständig sind?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Bitte sehr!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete, wir haben inzwischen einen sehr intensiven Austausch mit den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern. Erst gestern haben wir sehr intensiv zusammengesessen. Auch nächste Woche finden dazu einige Sitzungen statt. Die Bestätigung eines positiven Schnelltests durch einen PCR-Test wird über die Gesundheitsämter in den Landkreisen und Regionen organisiert.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Eine weitere Zusatzfrage aus der FDP kommt vom Kollegen Bode.

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass im ersten Entwurf der Regierungserklärung von Ministerpräsident Weil die Textpassage enthalten war, dass künftig in den Impfzentren an 7 Tagen und in 56 Stunden in der Woche geimpft werden soll, in der Regierungserklärung, die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Althusmann hier verlesen wurde, diese Passage aber nicht mehr enthalten war - bzw. er sie nicht vorgelesen hat -, frage ich die Landesregierung: Wie ist der tatsächliche Zeitraum mit Blick

auf Impfmöglichkeiten in den Impfzentren in der Vergangenheit gewesen, und wie ist er zukünftig geplant?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Bitte sehr, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bode, die Frage der Nutzungskapazitäten von Impfzentren ist natürlich entscheidend, wenn es darum geht, die Impfquote erheblich zu steigern. Ziel ist es, dass die Impfzentren an sieben Tagen die Woche und jeweils mindestens von 8 bis 20 Uhr geöffnet sind. In vielen Impfzentren besteht jetzt schon ein Sechs-Tage-Betrieb, und meine Erwartung geht dahin, dass es künftig möglich sein muss, rund um die Uhr zu impfen. Das besprechen wir gerade mit den Kommunen und unseren Organisationseinheiten. Denn wir werden ja in einigen Wochen eine ganz andere Debatte führen. Wir werden unendlich viel Impfstoff haben, und wir werden rund um die Uhr impfen müssen, um die Impfquote zu erhöhen. Wenn wir Impfzentren mit der entsprechenden Kapazität haben, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie rund um die Uhr arbeiten können. Und ich glaube, das erreicht man auch gemeinsam, wenn man das erreichen will.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, soweit ich sehe, liegen keine weiteren Wortmeldungen für Zusatzfragen vor, sodass wir den Tagesordnungspunkt 8, Dringliche Anfragen, insgesamt verlassen können.

(Zustimmung)

Ich rufe vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Schneller impfen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8643

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

Impfstrategie anpassen - umfassende (Schnell-)Teststrategien auf den Weg bringen - schrittweise Lockerungen möglich machen - Leben mit dem Virus ermöglichen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8645 neu

Zunächst bringt Frau Kollegin Schütz den Antrag der FDP-Fraktion ein. Bitte sehr!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Impfung ist ein wichtiger Baustein, um uns gegen das Virus zu wehren, ein Baustein, um baldmöglichst zu einem normaleren Leben zurückzukehren, ein Baustein, um Herdenimmunität aufzubauen, ohne den grausamen Weg gehen zu müssen, viele Menschen erkranken zu lassen.

Niedersachsen hat ausgesprochen lahm losgelegt. Die rote Laterne in der Durchimpfung der Bevölkerung werden wir trotz der Beteuerung der Landesregierung, wir wären da besonders leistungsfähig, offenbar nicht so schnell loswerden. Die Leistungsfähigkeit lässt sich bis heute an der Zahl der Impfungen nicht wirklich ablesen.

Wir haben einmal eine kleine Grafik bezüglich der gelieferten und der verimpften Dosen erstellt. Sorgen macht mir, dass die Differenz größer wird.

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch - Zurufe)

- Nein, die Differenz muss eben nicht größer werden. Wenn beides ansteigt, ist das gut. Man muss eine Grafik auch lesen können.

(Zurufe)

- Wir müssen einfach mal das wegimpfen, was da ist.

(Beifall bei der FDP)

Während der eine oder andere Landrat, Geistliche oder Klinikchef geimpft ist, sind diverse Menschen, die in der Priorität eigentlich vor diesen rangieren, immer noch ungeschützt. Ich nenne nur Ärzte und Helferinnen mit Patientenkontakt, Pflegekräfte in Krankenhäusern und vor allem auch chronisch Kranke der zweiten Impfgruppe. Jetzt kommt noch dazu, dass in dieser Woche die doppelte Menge des Impfstoffs herumlag, der in einer Woche zu

verimpfen wäre. Wie soll man das jemandem erklären?

Ja, eine richtige Herausforderung für die Planung bestand wohl darin, dass der Impfstoff von Astra-Zeneca nur eine Zulassung für Menschen zwischen 18 und 64 Jahren hatte und so die Über-80-Jährigen aus der ersten Gruppe nicht mit ihm geimpft werden konnten. Das hat die Logistik ziemlich durcheinandergewürfelt. Seit gestern wissen wir, dass sich in diesem Punkt planerische Entspannung abzeichnet. Dieser Impfstoff wird auch für die Altersgruppe 65 plus zugelassen werden. Aus England und Schottland liegen gute Erkenntnisse vor. Die Wirksamkeit ist auch bei Älteren hoch und, was die Krankenhauseinweisung angeht, offensichtlich besser sogar als die anderer Impfstoffe, und auch die Impfreaktionen sollen bei älteren Menschen geringer ausfallen.

Aber von dieser Komplikation abgesehen, hat, ehrlich gesagt, die Terminvergabe ja auch vor AstraZeneca schon nicht geklappt. Und jetzt? Jetzt impfen mobile Teams und Impfzentren Berufsgruppen der Priorität 2, aber es gibt bislang kein Impfangebot für chronisch Kranke, für Menschen, die mit einem sehr schweren Krankheitsverlauf rechnen müssen. So etwas regt mich wirklich auf.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon im November im Sozialausschuss gefragt, wie denn die Daten über relevante Vorerkrankungen und Einstufungen als Risikopatienten in das Vergabesystem für Termine einfließen sollten. Damals war das ja noch so weit weg, und man hatte dafür natürlich noch keine Lösung. Gestern wurde im Sozialausschuss immerhin zum ersten Mal ein Plan vorgestellt. Noch letzte Woche waren die nicht zugänglichen Daten zu den Erkrankungen die Antwort auf die Frage. War man jetzt überrascht, dass durch die vorübergehende Einstufung von AstraZeneca die chronisch Kranken früher geimpft werden konnten als geplant? Ups, was nun? Oh ja, da wird ein Versuch gestartet! Vier Praxen in ganz Niedersachsen üben mal den Ernstfall mit AstraZeneca zwei Wochen lang. Hoffentlich geht wenigstens die Auswertung der Ergebnisse schneller.

(Beifall bei der FDP)

Ich ahne allerdings schon, was dabei herauskommt:

Erstens. Die Anamnesegespräche sind bei dieser Impfung zeitaufwendiger als bei anderen.

Zweitens. Da die räumliche Situation in jeder Praxis eine andere ist, kann man leider nur weitere vage Empfehlungen für den Ablauf im Einzelnen aussprechen.

Drittens. Es bedarf eines einfachen Verfahrens, mit dem die Daten, wer wann wie geimpft wurde, an das RKI zu übermitteln sind.

Und für diese Erkenntnisse haben wir Wochen an Zeit verloren?

Die Hausarztpraxen sind unsere Impfprofis. Sie brauchen keine wochenlange Probephase. Sie wollen gern impfen; denn Sie wissen nämlich, was jede Woche im Lockdown kostet: finanziell wie sozial. Sie wollen ihren Anteil an Hilfe leisten. Ich bin sicher, dass, anstatt Scanner in den Praxen zu installieren, was jetzt diskutiert wird, einfache Aufkleber eine bessere Lösung wären, falls keine Aufkleber für die Impfausweise mitgeliefert werden. Es gibt wirklich einfachere Lösungen, als jetzt Scanner zu verteilen.

Warum ist das alles nicht längst, wenigstens vor Wochen, geplant und vorbereitet gewesen? Warum konnte uns die Landesregierung noch vor Kurzem in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage die Größen der Impfgruppen nicht benennen? Das haben Sie jetzt offenbar in Angriff genommen. Gut! Jetzt werden allerdings schwerkranke Menschen immer noch nicht geimpft, weil das Vergabesystem für Termine darauf nicht abgestimmt ist.

Da stricken sich einzelne Kommunen nun ihr eigenes System und warten vergebens auf eine Genehmigung durch das Ministerium. Ich verstehe das nicht. Wenn Kommunen die Initiative ergreifen, reagiert das MS im Ausschuss - ich sage es vorsichtig - irritiert. Wann kommt im Sozialministerium an, dass schnelles, beherztes Handeln gefragt ist, dass pragmatische, fantasievolle Lösungen vor Ort gesucht sind, dass Initiative vor Ort belohnt werden muss und nicht behindert werden darf?

(Beifall bei der FDP)

Gestern wurde im Ausschuss noch einmal dargelegt, dass das Land dabei bleibt - und ich zitiere -, dass allen Einzelpersonen über ein zentrales Terminmanagement ihre Impftermine vermittelt werden. Das sollte explizit auch für die Termine beim Hausarzt gelten.

Ich kann nur der großen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die Praxen jetzt nicht in Bürokratie ersticken und das Vergabe-Tool bei mehreren Zugriffen gleichzeitig noch funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon in der letzten Woche unsere Vorschläge zur Beschleunigung vorgestellt und in dem vorliegenden Antrag eine Reihe von Ideen zusammengestellt, wie man in unseren Augen die Impfung besser in die Breite ausrollen kann. Dazu müssen die Hausärzte schneller und breiter eingebunden werden. Darüber sind wir uns alle einig, nur über den Weg nicht. Das gilt für die Betriebsärzte ebenso. Nicht nur Volkswagen kann Bestandteil der Impfstrategie sein, auch viele andere Betriebe eigenen sich dafür, vor Ort zu impfen, und haben sogar oft eigene Betriebsärzte.

Die Größe der Impfgruppen muss für eine saubere Planung erfasst sein. Die Priorität muss klar sein und so deutlich kommuniziert werden, dass in den einzelnen Praxen nicht endlose Diskussionen entstehen und jeder Hausarzt seine eigene Hotline unterhalten muss, weil er in Anrufen erstickt.

Viele Hausärzte würden auch am Wochenende impfen. Die Voraussetzungen dafür müssen aber gegeben sein. Für einen raschen Ablauf in den Praxen wären vorgelagerte Aufklärungen und Einverständniserklärungen, vielleicht in Kombination mit der Corona-Warn-App, und ein einfaches Tool zur Datenübertragung an das RKI eine Idee. Seit Monaten erklärt die Landesregierung, das Impfen gehe ganz fix, wenn die Arztpraxen ins Spiel kämen. Ja, das ginge schon - wenn die Landesregierung mit der Vorbereitung genau dieser Stufe der Impfkampagne fixer gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dafür muss sie jetzt aber auch liefern. Demnächst ist nicht mehr der Mangel an Impfstoff unser Problem - das wurde auch heute schon gesagt -, sondern dass die Impfungen ordentlich organisiert und hierdurch immens beschleunigt werden. Dieses Mal darf es nicht an der Nichterreichbarkeit einer Hotline, an bürokratischen Papierbergen, an fehlender Information für die zu Impfenden, an ungeklärten Meldewegen mit großen Verzögerungen oder an Unklarheiten bei der Priorisierung scheitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schütz.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, noch einmal: Im gesamten Plenum, auch in den seitlichen und hinteren Nebenbereichen, besteht eine sehr unangenehme Geräuschkulisse. Im Plenarsaal gibt es eine ausgezeichnete Mikrofontechnik. Erstaunlicherweise können selbst die Stenografen Dinge aus Ecken hören, von denen die Rednerinnen oder Redner oder Quassler gar nicht vermuten, dass sie von dort gehört und mitprotokolliert werden. Ich muss wirklich um Disziplin bitten.

(Jens Nacke [CDU]: Für Quasseln gibt es eigentlich einen Ordnungsruf!)

- Das beruht auf Gegenseitigkeit, Herr Kollege.

(Jörg Bode [FDP]: Sie sollten mal alles aufschreiben, was Sie gehört haben!)

Den zweiten Antrag möchte für Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Meta Janssen-Kucz einbringen. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war ein sehr spannender Vormittag mit der Regierungserklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Althusmann, und es war auch ein spannender Mittag mit den Antworten auf die Dringlichen Anfragen. Denn es ist ziemlich deutlich geworden, dass Niedersachsen längst weiter sein könnte. Das sieht selbst die eigene Landesregierung so, und jetzt soll das ja alles besser werden.

Ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Wieso müssen wir alles immer noch einmal selber ausprobieren? Andere Bundesländer haben uns doch seit Wochen vorgemacht, wie es geht. Irgendwie habe ich den Eindruck, man verfolgt hier in Niedersachsen stur seinen eigenen Stolperweg und versucht sich immer wieder mit dem Prinzip Hoffnung. Ich kann nur hoffen, dass es dann auch wirklich mal besser wird.

In der momentanen Situation haben die Menschen in Niedersachsen das Gefühl, es gibt hier einen Flickenteppich. Der angekündigte Vierklang aus Impfen, Testen, Kontaktnachverfolgung und Öffnungen, der jetzt auch noch regional angepasst werden soll, hat zur Folge, dass die Menschen mehr Fragen haben, als dass Sie Antworten haben.

Meine Damen und Herren, bereits Ende des letzten Jahres war absehbar, dass die sogenannte

britische Mutante dem Infektionsgeschehen eine neue Dynamik gibt und damit auch die Lockerungspläne durcheinanderwirbelt. Das heißt doch, dass man frühzeitig schauen muss, wie eine präventive Strategie aussieht, um vor die Lage zu kommen!

Ich weiß gar nicht, wie oft wir seit Januar oder auch seit letztem Jahr über eine Ausweitung der Teststrategie und, und, und gesprochen haben. Wir warten immer noch auf die Unterrichtung im Sozialausschusses zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben z. B. Wochen vorher auf die landesweite Erfassung der Mutante durch das Niedersächsische Landesgesundheitsamt gedrängt, doch bis heute kennen wir die genaue Verbreitung in Niedersachsen nicht. Deshalb müssen wir unsere Strategie im Kampf gegen das Virus immer noch auf Vermutungen statt auf Fakten aufbauen. Das kann doch nicht der Anspruch einer Landesregierung sein, und das kann auch nicht unser aller Anspruch sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir jetzt wirklich brauchen - es wurde heute vielfach angekündigt -, ist eine umfassende Teststrategie mit allen Testverfahren, die uns zur Verfügung stehen. Wenn ich dann höre: Wir gucken mal, was uns zur Verfügung steht. - Wir wissen doch, was genehmigt und was bestellt ist! Also kann man die Teststrategie doch vorausschauend aufbauen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt doch, wir müssen die Tests deutlich stärker nutzen, und die Selbsttests da, wo viele Menschen zusammenkommen - vor allem in Kitas und Schulen -, einsetzen. Das muss absolute Priorität haben und darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, dass wir eigentlich mindestens zweimal in der Woche testen müssen und dass er das perspektivisch auch anstrebt. Das ist es, was ich eben nachgefragt habe. Das ist unabdingbar, um auch asymptomatische Infektionen zu entdecken und die Ausbreitung zu verhindern; denn nur das schafft Sicherheit für alle Beteiligten.

Leider fühlen sich in dieser Situation viele Lehrerinnen und Erzieherinnen schlecht unterstützt. Sie können Kontakte nicht einfach so vermeiden, und weitere Schutzmaßnahmen von Lüftern bis hin zu Trennscheiben werden nicht sehr offensiv vorangetrieben. Am Ende bleibt es sowieso an den Kommunen als Schul- und Kitaträgern hängen.

Warum gibt es das geplante Testangebot in den Schulen eigentlich nur für Landesbedienstete? Was ist mit den Sozialarbeiterinnen und den Schulbegleiterinnen? Schauen Sie mal in Ihr Mailpostfach! Sie werden die gleichen Mails wie wir bekommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist mit den Bürokräften im Sekretariat? Ich verstehe diese Erbsenzählerei nicht. Wir alle sitzen in einem Boot. Das Testangebot muss dann auch für alle gelten, die in diesem Fall Kontakt mit Kindern haben. Denn nur so macht es Sinn, und nur so wird die notwendige Sicherheit vermittelt.

Ich habe auch nicht ganz verstanden, wieso die Niedersächsische Landesregierung nicht wie andere Bundesländer flächendeckende Schnelltests und demnächst auch Selbsttests mit Kontrolle durch Dritte - noch zügiger an den Schulen zum Einsatz kommen lässt. Man sieht doch, dass das Angebot in der aktuellen Form kaum angenommen wird.

(Johanne Modder [SPD]: Ist es jetzt da, oder nicht?)

Das ist wie hier im Plenum: Wenn wir alle vor dem Plenum für einen Schnelltest zum Arzt müssten, würden hier keine 20 % mit einem Schnelltestergebnis sitzen. Dadurch, dass das Angebot direkt vor Ort ist, gehen fast alle hin. So sollten und müssen wir das auch bei den Schulen machen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir leben jetzt ein Jahr lang in und mit der Corona-Pandemie. Heute hatte ich ein wenig den Eindruck, dass etwas angekommen ist und langsam Bewegung reinkommt. Wir haben über die Schnelltests gesprochen: Die werden nicht allzu lange auf sich warten lassen, aber auch schnell vergriffen sein.

(Johanne Modder [SPD]: Momentan sind wir schon am Testen!)

Ich glaube, Sie sollten sich das Portal von Jens Spahn und die Arbeitsgruppe um Andreas Scheuer noch einmal sehr genau anschauen, damit sie uns nicht noch einmal im Regen stehen lassen. Denn diese Selbsttests sind nicht nur für Kindergärten,

Schulen und andere Bereiche notwendig, sondern sie sind auch für den privaten Bereich notwendig, damit es dort wieder mehr Sicherheit gibt und man wieder Kontakt aufnehmen kann. Das wäre eine große Erleichterung und macht Hoffnung auf ein kleines Stück Normalität in der Pandemie.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Über das weitere Verfahren bei einem positiven Test - ein PCR-Nachtest, die schnelle Nachvollziehung der Kontaktkette etc. - sind wir uns mittlerweile einig: Es muss schnell gehen, und wir müssen die Gesundheitsämter dabei unterstützen. Denn klar ist: Je mehr wir testen, desto mehr asymptomatische Fälle werden wir erkennen. Aber nur das hilft, die Pandemie einzugrenzen, um vor die Lage zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal kurz zum Impfen: Irgendwie kommen wir nicht so richtig aus dem Pleiten-Pech-und-Pannen-Modus hinaus. Das ist auch vor dem Hintergrund der Lockerungsdebatte sehr fatal.

Sie haben heute gesagt, wie viele Menschen wir geimpft haben. Es hört sich klasse an, eine solch hohe Zahl zu hören: 670 000. Meine Damen und Herren, mit der ersten Impfung sind das nur 5,1 %, mit der zweiten abschließenden Impfung sind das nur 2,27 %. Es sind keine 200 000 in Niedersachsen, die durchgeimpft sind! Meine Damen und Herren, ganz ehrlich, das ist absolut nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Wir haben einfach nicht genug Impfstoff!)

Wir - und auch die Kollegin Schütz - haben auch die anderen Themen angesprochen: Was ist mit der Priorität 1? Was ist mit der Priorität 3?

Wenn Sie den angekündigten Vierklang aus Impfen, Testen, Kontaktnachverfolgung und Öffnungen in Niedersachsen weiter umsetzen wollen, dann müssen Sie jetzt endlich die Ärmel hochkrempeln, anpacken und die Schlagzahl nicht nur erhöhen, sondern mindestens verdoppeln!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn nur so kommen wir aus dem Krisenmodus hinaus. Wir werden Sie weiterhin mit Anträgen und unseren Initiativen unterstützen. Greifen Sie sie einfach auf! Wir packen gerne mit an, um diese Pandemie gemeinsam zu bekämpfen!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Janssen-Kucz, für die Einbringung und gleichzeitige Beratung. Wir sind ja in der Beratung. - Jetzt ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Thela Wernstedt dran.

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal um Ruhe bitten!

Bitte!

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, am heutigen Tag ist alles über das Impfen gesagt worden, nur noch nicht von mir.

Wenn man sich die Anträge von Bündnis/90 Die Grünen und FDP anschaut, ist es so wie in den letzten Monaten auch schon. Wir haben diese Tragik des Parlaments schon öfter besprochen: Wenn man es hier im Plenum hat, ist es meistens schon überholt, weil die Regierung es bereits umgesetzt hat oder dabei ist, es umzusetzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schön wär's! - Julia Willie Hamburg [GRÜ-NE]: Leider nicht zweimal in der Woche testen!)

Wir haben heute schon vielfach von Frau Ministerin gehört, dass vieles in der Umsetzung befindlich ist.

Im FDP-Antrag findet sich relativ viel von dem, was wir schon am heutigen Vormittag besprochen haben. Insofern war ich schon darüber erbaut, dass Kollegin Schütz daraus fast ein ganz neues Thema gemacht hat. Das muss man auch erst einmal hinkriegen. Ich will nicht im Einzelnen darauf eingehen.

Ich glaube zwar, dass Selbsttestungen ein wichtiges Thema sind, und es ist gerade für kulturelle Aktivitäten, das Geschäftsleben und viele andere Dinge gut, dass das jetzt in Gang kommt. Wir sollten sie in ihrer Bedeutung aber auch nicht überschätzen. Es macht statistisch etwas aus, aber es wird auch relativ viele falsche Testergebnisse geben. Insofern ist es kein Allheilmittel, auf das man einzig und allein setzen sollte. Aber es ist ein Baustein, den man nutzen sollte, wie schon vielfach betont worden ist.

Ich möchte noch eine Sache in den Vordergrund stellen: Eine Impfkampagne umfasst sehr viel mehr als einen Piks in den Oberarm und eine gute Organisation des Impfzentrums. Das klappt überwiegend gut. Das Drumherum ist das Problem und muss in den Blick genommen werden. Frau Ministerin Behrens hat es heute schon erwähnt.

Es ist essenziell wichtig, dass die Menschen gut informiert sind und sich das schlechte Image des Impfstoffs von AstraZeneca in bestimmten Gruppen unserer Bevölkerung nicht weiter verfestigt. Es ist ein sehr guter Impfstoff. Die Nebenwirkungen, derentwegen man sich krank fühlt, sind ein Zeichen dafür, dass er gut funktioniert. Mit einer Tablette Ibuprofen, Paracetamol oder etwas Ähnlichem bekommt man solche Symptome gut in den Griff. Ich kann Sie alle nur bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wo immer Sie Gespräche führen, weisen Sie darauf hin, dass es ein sehr guter Impfstoff ist und es wirklich keinen Grund gibt, ihn zurückzuweisen.

Das Wichtigste, das wir jetzt tun können - ich komme nicht so ganz aus meiner Rolle als Ärztin heraus -, ist, ganz schnell ganz viele Menschen zu impfen. Die Testungen sind wichtig und begleitend; das ist alles in Ordnung. Aber je schneller wir eine relevante Anzahl von Menschen geimpft haben, umso schneller kommen wir auch wieder in ein normales Leben.

Mit unserer älteren Bevölkerung in Pflegeheimen haben wir einen guten Anfang gemacht. Ich glaube, dort sind fast alle Menschen geimpft. Damit haben wir die relevante Bevölkerungsgruppe, die am ehesten schwer erkrankt und dann stirbt, endlich geschützt. Jetzt müssen wir mit den über 70-Jährigen und den Berufsgruppen, die viel Kontakt mit Menschen haben, schnell weitermachen.

Ende März werden wir wahrscheinlich schon den vierten Impfstoff in den Arztpraxen haben, sodass dann, wie es heute schon vielfach gesagt worden ist, in der Fläche relativ bequem, wohnortnah und mit bekannten Wegen beim Hausarzt geimpft werden kann. Meine Vermutung ist, dass wir in relativ kurzer Zeit gar nicht mehr so viel über Priorisierungen reden müssen, so wichtig das in den letzten Wochen auch gewesen ist, weil wir dann so viel Impfstoff haben, dass wir sehr schnell in die Fläche gehen können.

Ich habe noch eine gute Nachricht für Sie: Aus meinem ärztlichen Bekanntenkreis wurde mir jetzt kundgetan, dass die COVID-19-Stationen in Schottland langsam geschlossen werden, weil nicht mehr so viele Patienten mit der dort vorhandenen speziellen Expertise behandelt werden

müssen. In England und Schottland sind die über 80-Jährigen und die über 70-Jährigen inzwischen durchgeimpft, die über 60-Jährigen zu ungefähr 60 %. Damit sind diejenigen, die am häufigsten schwer erkranken und sterben, überwiegend geschützt. In den Krankenhäusern zeigt sich, dass man die spezialisierte Expertise und auch die Vorhaltung nicht mehr braucht. Vor etwa acht bis zehn Wochen kamen in den Krankenhäusern in Schottland noch täglich 30 Erkrankte an, die einer Krankenhausbehandlung bedurften. Man kann es also absehbar in Wochen schaffen, wenn man mit dem Impfen hinterherkommt.

Ich bin sehr froh, dass die erste Pressemitteilung, die ich heute wahrgenommen habe, von Frau Ministerin Behrens kam. Sie hat gesagt: Jetzt geht es in die Vollen! Wir müssen mit dem Impfen vorankommen. - Dabei werden wir Sie sehr unterstützen. Wir freuen uns, dass wir jetzt zusammenarbeiten können.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nächster Redner ist für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Volker Meyer. Bitte sehr, Herr Meyer!

(Unruhe)

- Aber nur, wenn hier Ruhe herrscht, liebe Leute! Wir gehen auf die Zielgerade. Sie haben es selber in der Hand.

Herr Meyer, bitte!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Volker Meyer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle leben im Moment in einer Zeit der Gegensätze. Auf der einen Seite haben wir gerade die schwerste Zeit der Pandemie mit hohen Infektions- und Todeszahlen hinter uns, hinter denen auch eine unendliche Zahl an Schicksalen steht, auch familiären Schicksalen. Auf der anderen Seite werden wir immer stärker - wir haben es heute mehrfach diskutiert - mit der Sehnsucht der Bürgerinnen und Bürger nach Lockerungen konfrontiert. Die Chance, hier herauszukommen, diesen Gegensatz aufzulösen, bieten uns sicherlich die Impfungen.

Ich möchte mich zunächst - das ist mir wichtig, egal, wie viele Menschen wir bisher geimpft ha-

ben - bei all denen bedanken, die sich in den Impfzentren engagieren, die sich selber impfen lassen. Sie alle leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, die Pandemie kurzfristig zu beenden.

Natürlich gibt es Kritik an der Impfabwicklung - teils berechtigt, teils unberechtigt -, über die wir sicher diskutieren müssen. Ich glaube, uns eint aber die Zielsetzung, dass wir möglichst schnell möglichst viele Menschen impfen müssen, um die Infektionsund Todesfallzahlen möglichst schnell signifikant zu senken, um auch möglichst schnell zu weiteren Lockerungen zu kommen.

Hierzu wiederholen Bündnis 90/Die Grünen und auch die FDP eine ganze Reihe von Forderungen, die sie in den letzten Wochen immer wieder gestellt haben, die durch viel Regierungshandeln teils erledigt sind und teils bearbeitet werden. Ich möchte Ihnen gerne einige Beispiele nennen und dabei auch Widersprüche aufzeigen.

Ich beginne mit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Sie sprechen das Thema Teststrategie an. Eine Teststrategie ist in Bearbeitung, wird aufgestellt. Man muss auch schauen, wann die Schnelltests zur Verfügung standen, wann wir sie überhaupt bestellen konnten, wann sie zugelassen waren. Das blenden Sie völlig aus!

(Jörg Bode [FDP]: Das ist Quatsch!)

 Nein, das ist kein Quatsch, Herr Bode. Sie wollen alles sofort, obwohl Sie noch gar nicht wissen, ob Sie sie einsetzen dürfen oder nicht.

Der zweite Punkt betrifft die Impfteams. Hier wird immer wieder angesprochen: Wir wollen, dass die Impfteams dezentral impfen.

(Christian Grascha [FDP]: Behördliches Versagen!)

Die Impfteams dürfen dezentral impfen. Das ist seit Wochen festgelegt. Sie wissen auch - das ist seit mehreren Tagen und Wochen im Gespräch -, dass die Hausärzte in die Impfaktion einbezogen werden.

(Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

- Herr Wenzel, jetzt hören Sie mir mal zu! Ich möchte Ihnen erzählen, was eine Ihrer Kolleginnen gestern im Sozialausschuss auf die Frage, wie das jetzt mit den Hausärzten funktionieren soll, gesagt hat. Die erste Reaktion Ihrer Kollegin war: Nicht dass dadurch aber die hausärztliche Versorgung gefährdet wird! - Das heißt, wir lösen auf der einen Seite ein Problem, und Sie versuchen auf der an-

deren Seite, ein Problem zu schaffen, wo es kein Problem gibt. Dafür habe ich beim besten Willen kein Verständnis mehr.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Bei dem dritten Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, geht es um den Stufenplan. Auch der ist heute mehrfach angesprochen worden. Er liegt vor und wird dann hier sicherlich noch einmal verbindlich diskutiert werden.

Sie haben viele weitere Punkte angesprochen, die Ihnen mehrfach von Staatssekretär Scholz bzw. auch vom Chef der Staatskanzlei in den Sitzungen des Sozialausschusses vorgestellt worden sind und über die auch diskutiert worden ist.

Zu dem Antrag der FDP: Sie fragen nach der Zahl der Impfberechtigten. Das ist Ihnen mehrfach im Sozialausschuss vorgestellt worden. Die geforderte Priorisierung ist aus unserer Sicht Regierungshandeln, trotzdem wird der Sozialausschuss bei der Bekanntgabe mit einbezogen. Hierzu sind Ihnen das Schreiben vom 22. Februar und weitere Veröffentlichungen vorgelegt worden.

Terminslots für bestimmte Gruppen werden in den Impfzentren bereits vorgehalten.

Zu dem Thema Hausärzte/Betriebsärzte habe ich, glaube ich, genug gesagt.

Auch das Verfahren zu den Vorerkrankungen - Sie haben es eben gesagt, Frau Schütz - ist uns gestern noch einmal sehr konkret vorgestellt worden. Ich möchte mich noch einmal bei Frau Schröder und Herrn Scholz bedanken, die diese und viele weitere Punkte immer wieder dargelegt haben.

Im Ergebnis muss man sicherlich feststellen, dass Ihre Anträge durch Regierungshandeln in Bearbeitung sind bzw. in vielen Punkten, wie auch viele Anträge vorher, bereits erledigt sind. Das wird bei den Unterrichtungen in den nächsten Wochen im Sozialausschuss sicherlich deutlich werden.

Wir freuen uns auch auf die Zusammenarbeit mit Frau Behrens. Wir bieten Ihnen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Ich denke, das werden wir problemlos hinbekommen.

Zum Schluss möchte ich einen kleinen Appell loswerden: Ich glaube, keiner in diesem Land - keine Partei, keine Regierung - kann allein dieses Virus besiegen. Das geht nur, wenn wir gemeinsam handeln. Nur wenn viele Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Monaten bereit sind, sich impfen zu lassen, können wir das Virus besiegen. Die größte Impfaktion in der Geschichte unserer Republik ist gestartet. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Daran sollten wir alle konstruktiv arbeiten und sie zum Erfolg führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Ich schaue mal eben zur Grünen-Fraktion. Wir konnten das nicht genau lokalisieren. - Von der Kollegin Meta Janssen-Kucz gibt es den Wunsch nach einer Kurzintervention. Bitte sehr!

(Unruhe)

- Und Ruhe, bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir nicht so sicher. Ich habe mich gestern schon über die Reaktion des Kollegen Meyer gewundert und mich gefragt, ob er wirklich alles richtig verstanden hat. Fakt ist - ich könnte Ihnen jetzt auch noch Artikel aus der Zeitung vorlesen -: Es gibt die ersten Rückmeldungen von den Hausärzten, die in diesem zweiwöchigen Probebetrieb, in dem Feldversuch sind. Sie sagen im Schnitt: Ohne Abstriche in anderen Bereichen lässt sich das Impfen nicht bewerkstelligen. - Wir alle wissen auch aus der Enquetekommission zur medizinischen Versorgung, dass wir eine große Baustelle im Bereich der hausärztlichen Versorgung haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das heißt, wir müssen noch einmal Abstriche in Kauf nehmen. Ich stelle Ihnen den Artikel und die Aussagen gerne zur Verfügung. Diese Hausärztin sagt z. B.: Wenn wir richtig gut sind, können wir 10 bis 20 Impfungen am Tag schaffen. Man rechnet ungefähr 30 Minuten pro Impfling. Das Aufklärungsgespräch muss durch den Arzt stattfinden. Die Impfung kann durch eine Arzthelferin oder einen Arzthelfer stattfinden. Dann ist noch eine kurze Ruhephase vorgesehen, um zu gucken, ob es zu Nebenwirkungen kommt.

Ich glaube, dieser Ablauf macht deutlich: Ganz so einfach ist es nicht, und es ist eine zusätzliche Belastung. Dazu kommen Bürokratie, Datenübermittlung, die gesamte Dokumentation - und man

braucht extra Räumlichkeiten; die hat auch nicht jede Arztpraxis.

Herr Kollege Meyer, ich wollte einfach nur darauf hinweisen, dass wir uns der Thematik annehmen und dass wir beides im Auge haben: schneller mehr Impfen, aber auch die hausärztliche Versorgung sicherstellen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke, Frau Kollegin. - Herr Kollege Meyer möchte zu dem Einstieg, ob er alles verstanden hat, antworten. Bitte sehr!

Volker Meyer (CDU):

Herr Präsident! Liebe Frau Janssen-Kucz, Sie können sich sicher sein, dass ich gestern alles richtig verstanden habe. Und wenn Sie meinen, Sie hätten das nicht in der Form gesagt, dann können wir uns einmal gemeinsam das Protokoll angucken, und dann werden wir feststellen, dass ich recht habe. In der Frage bin ich mir ziemlich sicher.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist ja ein sehr gemeinschaftlicher Hinweis!)

- Ja, genau, Herr Kollege Limburg.

Aber um vielleicht noch einmal auf den Kern und den Ernst der Sache zurückzukommen: 30 Minuten pro Impfling - ich glaube, wenn Sie sich einmal den Impfablauf in einem Impfzentrum angucken, werden Sie sehr schnell feststellen, dass das nicht der Zeiteinsatz ist, der dafür gebraucht wird, sondern er ist deutlich geringer.

Zum Zweiten können wir uns, glaube ich, sicher sein, dass die Hausärzte nicht angeboten hätten, dass sie bereit sind zu impfen, wenn sie dadurch die ärztliche Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten gefährdet sehen würden. Da bin ich mir ziemlich sicher, dass wir in keinster Form eine Gefährdung der ärztlichen Versorgung in diesen Bereichen - auch in den ländlichen Bereichen - bekommen werden.

Von daher finde ich es gut, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, die Hausärzte einzubeziehen. Das werden wir dann auch gemeinsam zum Erfolg führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Meyer. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich darf noch kurz um Aufmerksamkeit bitten. Der nächste, 41., Tagungsabschnitt - - - Halt, wir müssen noch die Ausschussüberweisung regeln! Konzentration ist immer gut!

Wir müssen zu TOP 9 eine Ausschussüberweisung tätigen. Es wird vorgeschlagen, dass sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung damit befasst. Wer dafür ist, hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu TOP 10 braucht es auch eine Ausschussüberweisung. Es soll ebenfalls der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung tätig werden. Wer dafür ist, hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit: Der nächste, 41., Tagungsabschnitt ist von Dienstag, 16., bis Donnerstag, 18. März 2021, vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung feststellen, und der Landtag wird von unserer Präsidentin einberufen werden.

Unserer lieben Präsidentin möchte ich im Namen des ganzen Hauses, da am Sonntag ein rundes Ereignis bevorsteht

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Das nicht vorher bekunden!)

- gratulieren tun wir nicht -, ein erholsames, gesundes und ruhiges Wochenende mit netten Anrufen nur von netten Menschen wünschen.

In diesem Sinne: Allen einen guten Nachhauseweg!

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 15.24 Uhr.